INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 7 /2022 • Sylke-Tempel-Fellowship – 2728

China und Israel: Von Macht und Märkten

Texte der Sylke-Tempel-Fellows 2022

Sylke Tempel
FELLOWSHIP PROGRAM

Liebe Leserin, lieber Leser,

aus der Fülle der Hefte, die wir übers Jahr für Sie machen, ragt das *IP Special* mit den Texten der Sylke-Tempel-Fellows als ungewöhnliches Format heraus. Das Fellowship ist eine von zwei Einrichtungen, die an die herausragende Journalistin, Publizistin und Chefredakteurin dieser Zeitschrift erinnern sollen; den Text der Gewinnerin des Sylke-Tempel-Essaypreises finden Sie im parallel zu dieser Ausgabe erscheinenden November/Dezember-Heft der *IP*.

Nach dem tragischen Unfalltod Sylke Tempels hat das Kuratorium der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum 2018 dieses Programm eingerichtet. Partnerorganisationen sind neben der *IP* das American Jewish Committee (AJC), das European Leadership Network (ELNET), Women in International Security Deutschland e.V. (WIIS.de) sowie in diesem Jahr zum ersten Mal die Bar-Ilan-Universität Ramat Gan, Tel Aviv.

Fünf Jahre liegt der Tod Sylke Tempels nun zurück. *Schon* fünf Jahre sagen die, die sich fragen, wo diese rasenden Jahre nur geblieben sind; *erst* fünf Jahre sagen die, die eine neue Epoche haben anbrechen sehen, in der sich vieles entfaltet, wovor Sylke Tempel gewarnt und wogegen sie angeschrieben hat. Angesichts der gewaltigen Veränderungen unserer Zeit fragen die, deren Weg sie begleitet oder bereitet hat, und das sind sehr viele, bis heute im Stillen oder öffentlich: Was hätte Sylke dazu gesagt?

Zu Israel hatte Sylke Tempel eine besondere Verbindung, nachzulesen in sprachmächtigen, klugen Büchern und Texten. Israel steht auch neuerlich im Zentrum dieses *IP Special*. Es versammelt neun Texte elf junger Autorinnen und Autoren. Sie haben die Rolle Chinas im Nahen Osten und speziell mit Blick auf Israel untersucht: Von Infrastruktur werden Sie lesen, von Images, IT und vielem mehr. Warum China? Zum einen ist das Agieren der aufstrebenden Macht in einer der fragilsten Regionen der Welt wichtig und erklärungsbedürftig – gerade jenseits medialer Tagesaktualität und Kurzatmigkeit. Zum anderen passt dieses Thema ausgezeichnet in die Welt der *IP*, in der wir den Raum bieten, faszinierende Komplexität mit neuen Sichtweisen tief zu erschließen. Wir wünschen eine gute Lektüre.

Martin Bialecki
Chefredakteur

Wie China Geschichte schreibt

Zum Sylke-Tempel-Fellowship-Programm

Von Tamara Or

Wofür stehen wir eigentlich? Mit dieser Frage begann Sylke Tempel 2013 einen Beitrag zur Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Sie kritisierte scharf die Haltung derer, die plädierten, Ländern wie dem Iran oder China mit Verweis auf deren lange Geschichte mehr Entgegenkommen und Verständnis zu zeigen.

Die Bedeutung der langen Geschichte unterstrich auch die sogenannte Historische Resolution, die die Kommunistische Partei Chinas anlässlich ihres 100jährigen Jubiläums im November 2021 verabschiedete. Die Resolution diente nicht der Rekonstruktion historischer Fakten. Sie verfolgte vor allem das Ziel, die Machtposition von Staatspräsident Xi Jinping ideologisch zu legitimieren und auszuweiten. Im November 2022 will er seine dritte Amtszeit antreten.

Auch dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ging eine geschichtspolitische Neuverortung des Verhältnisses von Russland und der Ukraine voraus, die in Putins Essay „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern" deutlich zum Ausdruck kam.

Geschichte schreibt, wer sich die Deutungshoheit über einen Sachverhalt aneignet. Autoritäre Regime bedienen sich der Geschichtsschreibung, um ausschließlich ihre eigene Deutung legitim erscheinen zu lassen. Diese Art der Geschichtsschreibung ist nicht rückwärtsgewandt. Im Gegenteil: Der Rückgriff auf die Geschichte dient vor allem der Legitimation gegenwärtiger und neuer Machtansprüche. Die Deutung der Geschichte durch autoritäre Regime verortet weniger historische Fakten als vielmehr ideologische Positionen der Gegenwart, und sie ist vor allem nicht in Bezug auf die Geschichte, sondern in Bezug auf die Zukunftsvisionen ihrer Autoren aussagekräftig.

Wir streiten nicht nur über einen geopolitischen Raum und die territoriale Integrität von Staaten, sondern führen auch eine ideologische Auseinandersetzung, die eng mit unterschiedlichen Werte- und Interessenslagen verbunden ist. Das zeigt sich auch in den Freiräumen für journalistische Arbeit. Faktenbasierter Journalismus dient in demokratischen Rechtsstaaten nicht der Legitimierung, sondern der Kontrolle der Macht. Qualitätsjournalismus macht sich nicht das eine Narrativ, sondern die Perspektivenvielfalt zur Aufgabe.

Im Rahmen des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms fördern wir in diesem Sinne gemeinsam mit unseren Partnern junge Menschen in Deutschland undIsrael, die sich 2022 aus unterschiedlichen Perspektiven mit Chinas Einfluss auf Israel und den Nahen Osten auseinandergesetzt haben.

Sylke Tempel hat die Frage beantwortet, wie wir uns außenpolitisch aufstellen müssen, um einen angemessenen Umgang mit autoritären Regimen zu finden. Sie hat sich deutlich für eine werteorientierte Außenpolitik ausgesprochen, die eine klare Haltung in Menschenrechtsfragen einnimmt.

Menschenrechtspolitik ist kein Zusatz zu interessengeleiteter Außenpolitik. Die Verteidigung unserer Rechtsordnung und unserer Wertevorstellungen sollte vielmehr den Kern unserer außenpolitischen Interessen darstellen. Autoritäre Regime mögen durchsetzungsstark erscheinen. Die gewaltsame Unterdrückung unterschiedlicher Perspektiven auf einen Sachverhalt ist jedoch kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche – auch wenn die lange Geschichte manchmal etwas Anderes zu suggerieren scheint.

Dr. Tamara Or ist geschäftsführender Vorstand der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum.

Inhaltsverzeichnis

Wie China Geschichte schreibt 2
Vorwort von Tamara Or

Unsere Werte sind unsere Zukunft 4
Grußwort von Tzipi Livni

Welt ohne Ordnung 5
Grußwort von Sigmar Gabriel

Infrastruktur ohne Vision 6
Eine Spurensuche zu Pekings Neuer Seidenstraße im Nahen Osten.
Von Maximilian Brien und Giacomo Köhler

Supermacht trifft Cyberstar 14
Die israelisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Folgen für die Region sowie das Verhältnis zu den USA.
Von Hila Roded

Das TikTok-Dilemma 22
Die Herausforderung chinesischer Innovation. *Von Einav Schiff*

Digitaler Drahtseilakt 30
Sicherheitsrisiko oder Druckmittel? Israels Technologiebeziehungen zu China.
Von Klara Leithäuser

Chinas subtile Charme-Offensive 38
Von Soft Power, Tech und Popkultur.
Von Maya Rollberg und Lukas Wiehler

Pakt von Drache und Löwe 46
Zur Annäherung zwischen China und Iran. *Von Julian Pfleging*

Seidenstraße nach Kairo 54
Wie China seinen Einfluss am Nil ausbaut – und wie der Westen darauf reagieren kann. *Von Mareike Enghusen*

Konfuzius' Welterfolg 62
Die Wissenschaftskooperation mit dem autokratischen System Chinas wirft Fragen auf. *Von Roy Zunder*

Die Wege des Xi Jinping 70
Eine Analyse der rationalen Grundlagen der Belt and Road Initiative im Nahen Osten. *Von Benaya Cherlow*

Das Fellowship-Programm 78
Impressum 80

Unsere Werte sind unsere Zukunft

Tzipi Livni war von 2006 bis 2009 Außenministerin Israels sowie 2013/14 Justizministerin. Sie ist Schirmherrin des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms.

Ein Grußwort von Tzipi Livni

Die Herausforderungen, denen sich die freie Welt gegenübersieht, nehmen rapide zu. Die Welt hat den Kampf gegen das Coronavirus noch nicht gewonnen, während die Erderwärmung und ihre dramatischen Folgen unsere Zukunft bedrohen. Der Krieg in Europa, Russlands Einmarsch in die Ukraine, ist nicht einfach nur ein weiterer Krieg, auch wenn er zunächst nicht über die Grenzen der Ukraine hinausgegangen ist. Er ist vielmehr eine direkte Provokation und eine unmissverständliche Herausforderung der gesamten westlichen Welt.

Kein Zweifel: Die komplexen Herausforderungen, vor denen wir stehen, erfordern eine weltweite, aufrichtige und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Leider sind unsere internationalen Organisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg genau dazu gegründet wurden, im Laufe der Jahre jedoch erheblich geschwächt worden. Der UN-Sicherheitsrat ist praktisch gelähmt und unfähig, verbindliche Konsensentscheidungen zu treffen.

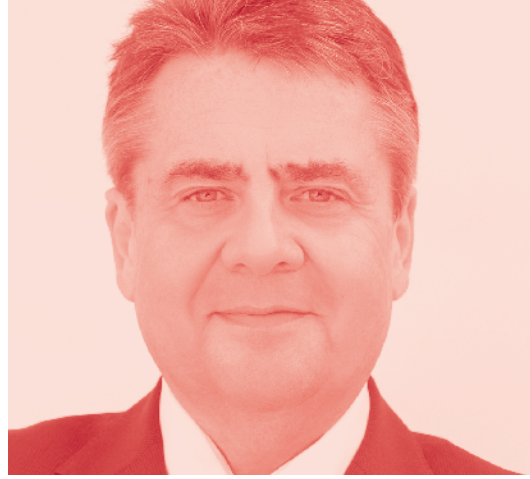
Die Rivalität zwischen den USA, Anführerin der freien Welt, und China, einer aufstrebenden und bedeutsamen Weltmacht, wirkt sich unmittelbar auf die Weltgemeinschaft aus – insbesondere auf demokratische Länder wie Deutschland und Israel. Die Dilemmata, mit denen alle freien Länder infolge dieser Rivalität zwischen den beiden Supermächten konfrontiert sind, werden uns noch jahrelang begleiten.

Das Gleiche gilt für die Bedrohungen der globalen Sicherheit. Während die freie Welt gemeinsame Maßnahmen ergriffen hat, um den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, hat die enge Zusammenarbeit zwischen China und dem Iran bereits heute direkte gefährliche Auswirkungen auf den Nahen Osten. Die Abraham-Abkommen – Verträge zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und arabischen Staaten – waren noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar. Sie sind nicht nur Teil einer gemeinsamen großen Anstrengung in Richtung Iran, sondern markieren eine echte Zeitenwende. An ihrem Ende könnte ein neuer, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zusammengewachsener Naher Osten mit einer besseren Zukunftsperspektive stehen. Dennoch sind Terror und Extremismus in der Region noch nicht verschwunden. Für Israelis, die an die Werte Israels als gesicherter jüdisch-demokratischer Staat glauben, ist die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts von wesentlicher Bedeutung.

Neben diesen und anderen globalen Herausforderungen sehen sich derzeit immer mehr Demokratien mit lokalen extremistischen Elementen konfrontiert, von denen einige leider breite öffentliche Unterstützung in einer Weise erhalten, die die Werte der Demokratie untergräbt. Angesichts dieser Herausforderungen müssen wir unsere Ansichten und Ideen unbedingt austauschen. Wir sind Teil einer Gruppe, die an dieselben Werte glaubt. Werte, die auch Deutschland und Israel verbinden, die geschützt werden und Grundlage jeder Lösung sein müssen.

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Welt ohne Ordnung



Sigmar Gabriel war Außenminister, Vizekanzler, SPD-Vorsitzender; derzeit ist er u.a. Vorsitzender der Atlantik-Brücke und Schirmherr des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms.

Ein Grußwort von Sigmar Gabriel

Viel ist in Deutschland seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine von einer „Zeitenwende" die Rede. Aber so erschreckend die Rückkehr militärischer Aggressionen nach Europa auch ist, dieser russische Überfall auf einen friedlichen Nachbarn ist wohl eher die Folge als die Ursache dieser „Zeitenwende".

Wir sind Zeitzeugen einer tektonischen Verschiebung in den Machtachsen der Welt: Nicht mehr länger der Atlantik und die transatlantische Allianz zwischen Europa und den USA bilden das Gravitationszentrum der Welt, sondern der Indo-Pazifik. Dort leben 60 Prozent der Weltbevölkerung, die auch 60 Prozent des Weltsozialprodukts erarbeiten. Mehr als zwei Drittel des ökonomischen Wachstums kommen aus dieser Region, und nicht zuletzt gibt es dort fünf Länder mit Atomwaffen.

Schon länger sehen deshalb die Vereinigten Staaten ihre großen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Herausforderungen im Indo-Pazifik, insbesondere in China. Ein Land, das – wie auch Indien und die Staaten Afrikas und Lateinamerikas – die Dominanz westlicher liberaler Demokratien in der globalen Ordnung infrage stellt. Alles Länder, die an der Nachkriegsordnung des Zweiten Weltkriegs nicht beteiligt waren, sondern von uns als „Entwicklungsländer" wahrgenommen und in westlicher Selbstüberschätzung als „Dritte Welt" bezeichnet wurden. So leben wir derzeit in einer Übergangsphase, in der die alte globale Ordnung keine friedenstiftende Kraft mehr entfalten kann, eine neue Ordnung aber noch nicht gefunden ist.

Die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion weitgehend unipolare Welt mit der unumstrittenen Führungsnation USA wandelt sich zunehmend in eine neue Bipolarität. Russlands Angriffskrieg war ganz offensichtlich der Versuch, sich im Ringen um eine neue globale Ordnung neben China und den USA als dritte Großmacht zu etablieren. Der Versuch kann schon jetzt als gescheitert angenommen werden, auch wenn im Krieg in der Ukraine kein Ende in Sicht ist. Russland ist nicht gleichberechtigter Partner Chinas geworden, sondern gerät in dessen Abhängigkeit.

Was macht das alles aus uns Europäern? Welche Folgen hat diese Entwicklung im Nahen Osten, dessen Reichtum an fossilen Brennstoffen keine strategische Bedeutung mehr entfaltet, weil die USA selbst zum Exporteur von Öl und Gas geworden sind und der mittelfristige Trend ohnehin aus Gründen des Klimaschutzes fossile Brennstoffe in der Energieerzeugung durch die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Geothermie ersetzen wird? Und: Was bedeutet das für Deutschland und für Israel in ihrer ökonomischen Entwicklung, ihrem Verhältnis zu ihren Nachbarn und zu den USA, welche Chancen können in einer verstärkten Zusammenarbeit Deutschlands und Israels liegen?

Genug zu besprechen also in der Generation von jungen Israelis und Deutschen, die gemeinsam in dieser völlig veränderten Welt ihr Schicksal frei und souverän in die eigenen Hände nehmen müssen, wenn sie nicht zum Spielball der geopolitischen Rivalitäten werden wollen. Getreu dem Motto: Man muss das Leben nehmen, wie es ist – aber man darf es nicht so lassen.

Infrastruktur ohne Vision

Eine Spurensuche zu Pekings Neuer Seidenstraße im Nahen Osten

Von Maximilian Brien und Giacomo Köhler

Die Geschichte Europas ist nicht denkbar ohne den Nahen Osten und die Handelswege, die ihn durchzogen. Seit 2013 lehnt sich eine Initiative der chinesischen Regierung an den bekanntesten dieser Handelswege an: Damals verkündete Präsident Xi Jinping den Beginn der Neuen Seidenstraße, auf Englisch: Belt and Road Initiative (BRI). Die Initiative ist zentraler Bestandteil chinesischer Politik und wurde 2017 sogar in die Verfassung aufgenommen. Offiziell soll mittels Infrastrukturprojekten multilaterale Konnektivität gefördert werden – Eurasien und Afrika sollen vernetzt, Handelswege geschaffen oder verbessert werden. Der Nahe Osten spielt dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Doch wie steht es um die Initiative in der Region? Der folgende Beitrag begibt sich auf Spurensuche, um die BRI im Nahen Osten greifbar zu machen.

Herzstück der BRI sind mehrere Transportkorridore, die sich über den eurasischen Kontinent spannen. Drei Eisenbahnkorridore verbinden China durch Zentralasien, Russland, den Iran und die Türkei mit Europa, drei weitere über Pakistan und Südostasien mit dem Indischen Ozean und Singapur. Eine so genannte „maritime Straße“ führt von China durch den Indischen Ozean ins Mittelmeer. Neben klassischer Transportinfrastruktur investiert China auch in Energieerzeugung, digitale Infrastruktur und den Gesundheitssektor. Laut Peking liegt der Fokus der Initiative auf gemeinsamer Entwicklung, Wachstum und regionaler sowie überregionaler

Integration. Der globale Bedarf an Infrastrukturinvestitionen ist dabei unumstritten. So schätzte die Weltbank den jährlichen Investitionsbedarf für Länder des Nahen Ostens zwischen 2010 und 2020 auf rund 100 Milliarden Dollar.

Laut einem häufigen Kritikpunkt verfolgt China innen- wie außenpolitische Eigeninteressen. Gal Luft, Leiter des Institute for the Analysis of Global Security in Washington, betont im Gespräch, China müsse „den Bau von Infrastrukturprojekten fördern, um die Staatsbetriebe auszulasten und Instabilität zu vermeiden. Jahrelang waren diese damit beschäftigt, Infrastruktur in China zu bauen, aber der Bedarf an neuer Infrastruktur ist dort allmählich aufgebraucht. Deshalb muss China externe Nachfrage generieren.“ Andere Expertinnen und Experten betonen geostrategische Interessen, wie die Sicherung alternativer Versorgungswege für Chinas Energieimporte. Außerdem versuche China im Sinne einer neoimperialistischen Politik, Kontrolle über essenzielle Infrastrukturen zu erlangen und Länder ökonomisch von sich abhängig zu machen. Weitere Kritikpunkte umfassen die überwiegende Nutzung chinesischer Arbeitskräfte, die Vernachlässigung von Umwelt- und Antikorruptionsstandards sowie die Nichtberücksichtigung lokaler Interessen.

Ein Flickenteppich

„Der Nahe Osten war nie das Kernstück der BRI, sondern immer nur ein Nebenschauplatz“, so Luft. Aber für China wächst die Bedeutung der Region stetig, und andersherum genauso: 2021 stiegen Chinas Gesamtinvestitionen in nahöstlichen Ländern um 360 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch Carice Witte, Leiterin des israelischen Thinktanks SIGNAL, betont, dass China der größte Investor im Nahen Osten sei – und das auch bleiben werde: „Während Investitionen in BRI-Projekte weltweit zurückgegangen sind, sind sie im Nahen Osten gestiegen. Pekings Blick auf den Nahen Osten hat sich also definitiv geändert.“

Aber welche Konturen nimmt die BRI in der Region an? Aus der Vogelperspektive erblickt man einen Flickenteppich verschiedener Initiativen, Projekte und Investitionen, die auf schwer zu durchschauende Weise miteinander verknüpft sind. Die BRI ist alles andere als transparent: Es gibt keine offizielle Website, keine Liste von Projekten. Sie wird von verschiedenen Stellen in chinesischen Ministerien gesteuert und aus unterschiedlichen Quellen finanziert. Zunächst bildeten konventionelle Infrastrukturprojekte wie Häfen, Straßen und Schienen das Herzstück, aber unter dem amorphen Label tummelt sich mittlerweile auch im Nahen Osten eine Vielzahl an Subinitiativen wie die Health Silk Road oder die Digital Silk Road. Dieser Flickenteppich wirft viele Fragen auf: Verfolgt China eine ganzheitliche Vision für die Region? Wie wirkt sich die BRI im Nahen Osten auf grenzüberschreitende wirtschaftliche Integration aus? Und warum nimmt Israel wie so oft im Nahen Osten eine Sonderrolle ein?

Die BRI verfügt über keine übergeordnete rechtliche Basis. Als Grundlage dienen sogenannte Memoranda of Understanding (MoU) – oftmals vage Absichtserklärungen, die von der Regierung in Peking mit einzelnen Ländern getroffen werden.

Während Investitionen in BRI-Projekte weltweit zurückgehen, stiegen Chinas Gesamtinvestitionen im Nahen Osten 2021 um 360 Prozent.

Während Israel und Jordanien bislang keine MoU auf Regierungsebene unterzeichnet haben, und Libanon (2017), Oman (2018) und Syrien (2022) jeweils nur eines, haben andere regionale Mächte wie Saudi-Arabien, Ägypten, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) im Laufe der vergangenen Jahre eine Vielzahl an MoU unterzeichnet. Hinzu kommen noch zahlreiche MoU auf Unternehmensebene.

Außerdem gibt es zahlreiche Projekte mit chinesischer Beteiligung in der Region, die zwar einen BRI-ähnlichen Charakter aufweisen und oft als solche behandelt werden, jedoch offiziell nicht der Initiative angehören. Ein Beispiel hierfür ist der Bau des neuen Hafenterminals in Haifa. Die Finanzierung der Projekte ist ähnlich vielschichtig wie die rechtliche Basis. Während chinesische staatseigene Banken und der staatliche Seidenstraßen-Fonds einen großen Teil übernehmen, beteiligen sich auch Israel sowie westliche Geberländer über die Asian Infrastructure and Investment Bank an der Finanzierung.

Ein Label für verschiedenste Projekte

Nicht nur die fragmentierte rechtliche Grundlage führt dazu, dass die Initiative oft vage erscheint. So umfasst die Belt and Road Initiative mehr als nur klassische Transportinfrastruktur, die man mit regionaler Konnektivität assoziieren würde. Im Nahen Osten baut China im Rahmen der BRI auch fossile wie erneuerbare Energie-Infrastruktur aus. 2020 bezog das Land 47 Prozent seiner Rohölimporte aus dem Nahen Osten. Chinesische Firmen sind in den Bau von fossilen Kraftwerken im Irak, in Jordanien, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten involviert.

Darüber hinaus beteiligen sich chinesische Staatskonzerne immer stärker am Ausbau und auch der Förderung von Öl- und Gasfeldern. Sinopec hat beispielsweise 49 Prozent der Anteile am irakischen Gasfeld Manuriya übernommen, und PetroChina beteiligt sich an verschiedenen Konzessionen in Abu Dhabi. Saudi-Arabien, die VAE und China kooperieren zudem immer stärker im Sektor erneuerbare Energien. So erwarb der Silk Road Fund 49 Prozent der „Clean Energy"-Sparte des saudischen Konzerns Acwa Power, und die chinesische Firma Jinko Power beteiligt sich am Bau einer der weltgrößten Photovoltaik-Anlagen in Al-Dhafra in den VAE. Dabei bleibt unklar, ob dies alles nur Einzelprojekte sind oder ob sie einer klaren regionalen Strategie folgen.

Bei klassischer Transportinfrastruktur ergibt sich ein durchwachsenes Bild. In der BRI spielen Häfen nach wie vor eine zentrale Rolle. Chinesische Investoren erwarben im vergangenen Jahrzehnt Anteile von Hafenanlagen oder investierten in den Ausbau von Terminals in Ägypten, Israel, den VAE, Kuwait, dem Oman, Saudi-Arabien und der Türkei. Darüber hinaus entstehen wie beispielsweise in Ägypten mit der Suez Canal Economic Zone rund um diese Hafenanlagen große Sonderwirtschaftszonen mit umfassender chinesischer Beteiligung. Gemeinsam mit geplanten oder bereits abgeschlossenen Hafenprojekten in Myanmar, Sri Lanka, Pakistan, Kenia sowie in Griechenland und Italien reihen sich diese Häfen gemäß der sogenannten „Perlenketten-Strategie" der Maritime Road auf.

Der Fokus auf Hafenanlagen zeigt: China scheint lieber bestehende Infrastruktur auszubauen oder zu sichern, statt für gewaltige Kosten Neues zu schaffen. Dementsprechend liegt der Ausbau von regionalen Straßen- und Schienennetzen aktuell eher nicht im Fokus. Dabei sind das die Projekte, die die Öffentlichkeit oft mit der BRI in Verbindung bringt. Zwei solcher Projekte, die schon länger diskutiert werden – die Red-Med Railway, eine Eisenbahnverbindung zwischen Eilat am Roten Meer und Ashdot am Mittelmeer, und die sogenannte Peace Railway, die Haifa mit dem Persischen Golf verbinden soll –, sind trotz des angeblichen Interesses chinesischer Geldgeber aus finanziellen und ökologischen Gründen schon länger fraglich. „Beide Projekte leiden jenseits von politischen Problemen unter einer zweifelhaften wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Daher ist ihre Verwirklichung unwahrscheinlich", sagt Galia Lavi, Expertin für israelisch-chinesische

Beziehungen am Institute for National Security Studies in Tel Aviv.

Auf bilateraler Ebene unterstützt China den Ausbau und die Erneuerung von Eisenbahnnetzen noch. Ein ägyptisch-chinesisches Konsortium plant den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen den Häfen Ain Sokhna und Alamein, während die China Exim Bank den Bau der Stadtbahn zwischen Madinat al-Aschir min Ramadan und der neuen ägyptischen Verwaltungshauptstadt finanziert. Aber andernorts wurden ähnliche Projekte in den vergangenen Jahren stillschweigend aufgegeben. Chinesische Geldgeber zogen sich beispielsweise 2021 aus der Elektrifizierung der Teheran-Mashhad Railway zurück. Andere prominente, grenzüberschreitende Eisenbahnprojekte kommen ebenfalls nicht über die Diskussions- und Planungsphase hinaus. So konnten sich türkische Behörden und das chinesische Transport- und Infrastrukturministerium bisher nicht über den Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Edirne-Kars einigen, die den China-Central Asia-West Asia-Corridor ergänzen würde.

Chinas digitale Seidenstraße hat hingegen in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Im Nahen Osten umfasst sie mindestens 500 Projekte, darunter alles von 5G-Netzen und Unterseekabeln bis hin zu mobilen Bezahlplattformen und Bioengineering. China reagiert damit auf einen unbestreitbaren Bedarf an digitaler Infrastruktur: Laut Weltbank könnte eine umfassende Digitalisierung der Volkswirtschaften im Nahen Osten und Nordafrika das regionale BIP pro Kopf im Laufe von 30 Jahren um 46 Prozent steigern. Der Ausbau von 5G-Netzen spielt dabei eine zentrale Rolle: „Je schneller die Netzanbindung in einer Region, desto schneller kann sich diese Region entwickeln“, argumentiert Dale Aluf, Forschungsdirektor von SIGNAL. Die digitale Seidenstraße ermöglicht wiederum China die Schaffung eines umfassenden digitalen Ökosystems, in dem alle Datenströme nach Peking fließen. Diese Datenmengen dienen als Grundlage für Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz oder maschinelles Lernen. Darüber hinaus gibt es auch sicherheitspolitische Bedenken. Die US-Regierung warnt regelmäßig vor den Konsequenzen einer technologischen Abhängigkeit von China. Die Länder im Nahen Osten zeigen sich davon unbeeindruckt, insbesondere da die USA keine Alternativen bieten können. Gleichzeitig scheint es verfrüht, von chinesischer Dominanz zu sprechen: „Die Realität vor Ort ist wesentlich komplizierter. Tatsächlich sehen wir [bei 5G] einen heftigen Wettbewerb zwischen europäischen, japanischen und chinesischen Unternehmen“, so Aluf. Die Staaten in der Region sind also durchaus in der Lage, zwischen den Mächten zu manövrieren und von deren Wettbewerb zu profitieren.

Prestige statt Substanz?

Statt regionale Konnektivität voranzutreiben, bestand der Ausbau der physischen Belt and Road Initiative in den vergangenen Jahren eher aus Prestigeprojekten wie der neuen ägyptischen Verwaltungshauptstadt, der saudischen NEOM City oder dem kuwaitischen Projekt Silk City. Expertinnen wie Carice Witte vom Thinktank SIGNAL gehen deshalb davon aus, dass es kein gesamtstrategisches Vorgehen gibt: „Ich sehe keinen holistischen Ansatz im Nahen Osten. Im Moment geht es vor allem darum: Was kann man hier tun? Was kann man dort tun? Welche Bedürfnisse gibt es, welche Vorteile? Ich sehe da keine integrierte chinesische Politik.“

Trotz des hochfliegenden Leitbilds vom „gemeinsamen Schicksal“ der Teilnehmerstaaten scheint Peking eher einen pragmatischen Ansatz zu verfolgen, bei dem man ad hoc länder- und kontextspezifische Gelegenheiten ergreift. Laut Lavi versteht China es bestens, „Ideen zu entwickeln, die später, je nach Bedürfnissen, situationsbedingt konkrete Gestalt annehmen können“. Dennoch betont Luft, dass Chinas Partner im Nahen Osten – insbesondere unter den ölfördernden Ländern – über sehr unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, Wirtschaftsstrukturen und Bedürfnisse verfügen, was das Verfolgen einer einheitlichen Vision erschwert: Wirtschaftlich

schwache, krisengebeutelte Länder wie Syrien oder Irak müssen „die Produktion überhaupt erst wiederherstellen, anstatt darüber nachzudenken, wie sie sich erhöhen ließe. Wohlhabende Länder wie Saudi-Arabien brauchen an sich keine chinesischen Investitionen, denn sie haben ausreichend Ressourcen. Was sie brauchen, ist Marktintegration. Sie müssen Nachfragesicherheit gewährleisten."

Neben der Frage nach einer regionalen Vision stellt sich auch die nach der Umsetzung konkreter Projekte. Nach Jahren vollmundiger Ankündigungen, aber auch wachsender Kritik, ist es merklich ruhiger geworden um die BRI. Zuletzt wurden immer wieder große Projekte auf Eis gelegt: Die ägyptische Regierung stoppte 2021 den Bau eines gewaltigen 6-MW-Kohlekraftwerks in Hamrawein aufgrund ökologischer und sozialer Bedenken. Pläne für einen großen saudisch-chinesischen Ölraffineriekomplex im saudischen Yanbu sind ebenfalls seit 2020 in der Schwebe, große Prestigeprojekte wie der Mubarak-al-Kabir-Hafen – Teil des kuwaitischen Megaprojekts Silk City – werden aufgrund finanzieller Hürden derzeit nicht aktiv weiterverfolgt. Die wirtschaftlichen Verwerfungen der Covid-19-Pandemie haben in China wie auch unter den Partnerländern den Appetit auf große Infrastrukturprojekte gedämpft.

Die Länder haben sehr unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen, Wirtschaftsstrukturen und Bedürfnisse, was das Verfolgen einer einheitlichen Vision erschwert.

Große Visionen, komplizierte Realitäten

Oft ist es nicht nur die finanzielle Machbarkeit, die die Umsetzung einer ambitionierten Initiative ausbremst. Da eine umfassende Vision fehlt und unausgegorene Projekte oft nicht auf lokale Umstände abgestimmt sind, kommt es immer wieder zu Verstimmungen. Anschläge auf Infrastrukturprojekte in der pakistanischen Provinz Belutschistan und antichinesische Proteste in Kasachstan zeigen, dass so auch lokale Spannungen verschärft werden. Kritiker beklagen immer wieder fehlende chinesische Bereitschaft, sich in der Planungsphase genügend mit lokalen Bedürfnissen zu befassen und soziale, ökologische und wirtschaftliche Folgen ausreichend zu berücksichtigen. „Die betroffenen Länder haben auch begriffen, dass die BRI keine Gans ist, die goldene Eier legt", so Lavi.

Auch blieben Versuche, Dritte in die Finanzierung und Umsetzung von BRI-Projekten einzubinden, weitestgehend erfolglos. Witte bemühte sich über mehrere Jahre, Einblicke in die Vergabe- und Teilnahmerichtlinien von BRI-Projekten zu erlangen, um die Einbindung israelischer Firmen und israelischen Know-hows zu stärken: „Nichts davon führte zu Ergebnissen. Die Antworten der chinesischen Seite lauteten immer: ‚Wir können keine Auskunft geben. Das ist nicht unsere Aufgabe.' Wir konnten nicht herausfinden, wer die Projekte

verwaltet, was genau sie umfassen und wie wir uns daran beteiligen könnten." Trotz chinesischen Interesses verliefen Versuche, israelische Sicherheitsfirmen am Schutz des Ausbaus des ägyptischen Stromnetzes durch chinesische Firmen zu beteiligen oder israelische Agrartechnologien mithilfe chinesischer Gelder nach Ägypten zu exportieren, im Sand. Im Zuge wachsender Kritik betonten Vertreter der chinesischen Regierung, verstärkt mit lokalen Partnern und Dritten zusammenarbeiten zu wollen. Viele Projekte in der Region, wie zum Beispiel in Ägypten und Saudi-Arabien, werden heute tatsächlich von binationalen Konsortien geführt. Dennoch scheint die BRI im Nahen Osten nach wie vor eher einer bilateralen als multilateralen Logik zu folgen.

Multilaterale Verhandlungen sind komplizierter und erfordern ein höheres Maß an politischem Engagement, um zahlreiche, teils widersprüchliche regionale Interessen miteinander zu vereinen. Ist China gewillt, das erforderliche Maß an Engagement aufzubringen? Vieles deutet darauf hin, dass China dazu trotz wachsender Präsenz im Nahen Osten bisher nicht bereit ist. Laut Yoram Evron von der Universität Haifa präsentiert sich China als „jedermanns Freund" und versucht, Spannungen mit allen Partnerländern möglichst gering zu halten. So titelte die *Global Times* im Frühjahr 2022: „China hat keine Feinde, nur Freunde im Nahen Osten".

Dies zeigt sich auch in Chinas wachsender Beteiligung an Konfliktmediation. Vor allem im Rahmen wachsender ökonomischer Verflechtungen mit Ländern entlang der BRI hat Peking dort in verschiedenen Konflikten Mediationsversuche gestartet, so zum Beispiel in Afghanistan, Jemen oder zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde. Greifbare Ergebnisse blieben jedoch die Ausnahme. Aluf sieht diese Mediationsverfahren oft eher als Produkt chinesischer Eigeninteressen wie den Schutz ökonomischer Interessen oder der Profilierung auf der internationalen Bühne. Die Bereitschaft, komplexe Interessenkonflikte durch aufwendige Mediationsverfahren auszuräumen und ambitionierte grenzüberschreitende Projekte wie die „Peace Railway" möglich zu machen, fehle aber bislang.

Bislang fehlt die chinesische Bereitschaft, komplexe Interessenkonflikte durch aufwendige Mediationsverfahren auszuräumen.

Die BRI in Israel: eine Fata Morgana

Der mangelnde Wille Pekings, sich mit komplexen und potenziell konfliktträchtigen Situationen zu befassen und in tiefgreifende Beziehungen zu investieren, zeigt sich auch in Chinas Politik gegenüber Israel. 2016 bezeichnete die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften Israel noch als wichtiges Partnerland der BRI. Heute scheint die Realität jedoch eine andere zu sein: „Es gibt keine Belt and Road Initiative in Israel. Wir haben kein BRI-Abkommen und wir haben keine BRI-Projekte", so Witte. Bestehende chinesische Infrastrukturprojekte wie das neue Hafenterminal in Haifa und die neue Stadtbahn in Tel Aviv gehören formell nicht zur BRI. Selbst die Bereitschaft, in Israels Hightech-Sektor zu investieren, schwindet:

„Israel ist der letzte Ort, an dem China jetzt investieren möchte. Sie wissen, dass es dort so viele Einschränkungen geben wird. Und ich denke, dass jeder chinesische Planer sein hart verdientes Geld lieber dort anlegen wird, wo nicht im letzten Moment ein amerikanischer Regierungsbeamter den Israelis sagt, sie sollen eingreifen", so Luft. Auf die Frage, ob China ernsthaft zwischen Israelis und Palästinensern vermitteln würde, antwortet er: „Absolut nicht, sie würden das Thema nicht einmal mit einer Kneifzange anfassen."

Ein offenes Ende?

Was bleibt also von den großen Visionen grenzüberschreitender Konnektivität im Nahen Osten, ermöglicht von China? Chinesische Firmen werden sich in naher Zukunft zweifelsohne an weiteren Infrastrukturprojekten in der Region beteiligen. Doch kann man nicht von einem holistischen Vorgehen Pekings sprechen. Trotz der wachsenden chinesischen Präsenz spricht vieles eher für einen pragmatischen punktuellen Ansatz. Da China tiefergehendes regionales Engagement zu scheuen scheint, rücken große grenzüberschreitende Handels- und Transportkorridore vorerst in weite Ferne. Chinesische Firmen investieren eher bilateral und bevorzugen digitale und energiebezogene Projekte vor Transportinfrastruktur. Multilaterale Zusammenarbeit an BRI-Projekten bleibt eine Seltenheit. Zudem geraten ambitionierte BRI-Projekte immer wieder in finanzielle und logistische Schwierigkeiten. Von multilateraler Konnektivität unter chinesischer Ägide scheint der Nahe Osten also noch weit entfernt zu sein.

Dennoch schafft der große Infrastrukturbedarf wachsende Spielräume für China. „Ich denke, dass China auf jeden Fall eine Menge gemeinsamer Interessen finden könnte. Vor allem mit Ländern, bei denen es das Gefühl hat, dass es die Infrastruktur gegen Öl- und Gaslieferungen eintauschen könnte", so Luft. Insbesondere da die BRI nicht wirklich Konkurrenz fürchten muss. Zwar verkündeten die G7 zuletzt eine 600 Milliarden Dollar schwere „Partnerschaft für globale Infrastruktur". Luft zufolge vertritt die G7-Initiative aber ein fundamental anderes und abstrakteres Verständnis von Infrastruktur, das – im Gegensatz zur BRI – möglicherweise an dem vorbeigeht, was Schwellenländer im Nahen Osten erwarten. Er kritisiert auch den Versuch, Infrastrukturprojekte über private Investitionen zu finanzieren: „Dazu kann man nur viel Glück wünschen. Ich finde es lächerlich. Der Privatsektor mag Infrastruktur überhaupt nicht." Trotz der zahlreichen Mängel der BRI braucht der Nahe Osten mehr physische wie digitale Infrastruktur. Sei es also unter dem Label BRI oder unter einem anderen, ob multilateral oder bilateral – China wird weiterhin eine Rolle spielen. •

Maximilian Brien
studiert seit Sommer 2021 Analysis and Policy in Economics im Master an der Paris School of Economics. Seinen Bachelor hat er in Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft in Heidelberg und Madrid abgeschlossen. Anschließend absolvierte er ein Praktikum beim International Trade Centre in Genf. Seit 2018 engagiert er sich beim Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK). Dort war er als Co-Chefredakteur mitverantwortlich für die Herausgabe der Konfliktbarometer 2020 und 2021.

Giacomo Köhler
studiert seit Herbst 2021 Conflict Studies im Master an der London School of Economics, im Anschluss an ein Bachelor-Studium in Politikwissenschaft und Geschichte in Heidelberg und Dublin. Er absolvierte Praktika beim Auswärtigen Amt und bei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Seit 2017 engagiert er sich beim Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK). Dort war er als Co-Chefredakteur mitverantwortlich für die Herausgabe des Konfliktbarometers 2020. Sein Forschungsinteresse umfasst soziale Bewegungen, Protest und Repression u.a. in Nordafrika und in China.

Supermacht trifft Cyberstar

Die israelisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Folgen für die Region sowie das Verhältnis zu den USA

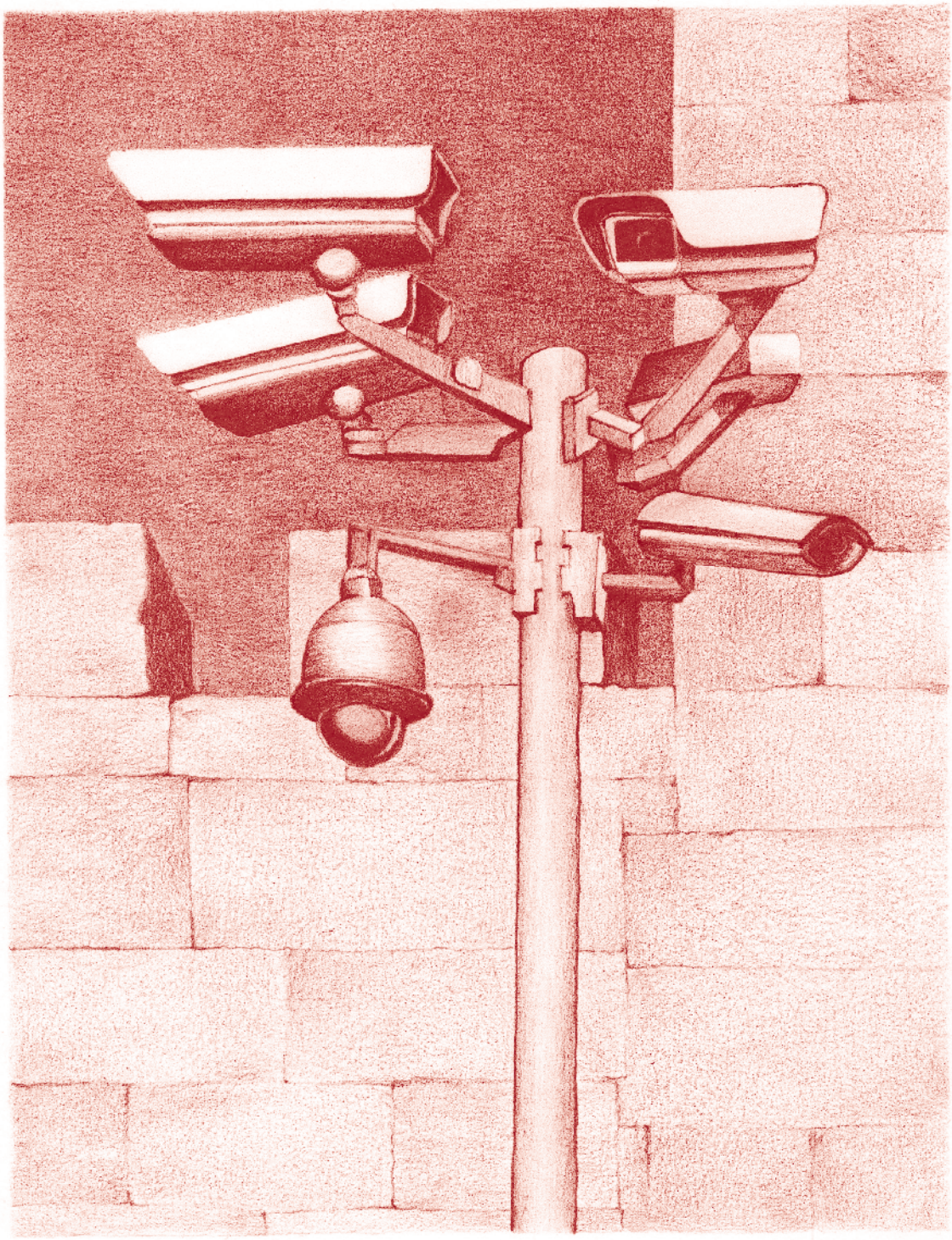
Von Hila Roded

Wenn es um das Thema Handel geht, haben China und Israel eine ganze Reihe von gemeinsamen Interessen. Aus israelischer Sicht ist die Volksrepublik China – ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen – Weltmacht und Einflussfaktor im Nahen Osten, ein wichtiger Markt für israelische Start-ups und ein potenzieller Investor für Infrastrukturprojekte. Für China ist Israel wiederum ein vielversprechender Partner im Nahen Osten. Allerdings rufen die Investitionen chinesischer Unternehmen in Israel und der Ausbau der dortigen Infrastruktur durch chinesische Konzerne gemischte Reaktionen hervor. Das könnte politische Auswirkungen haben, die bislang noch nicht abzusehen sind.

Infrastruktur für zwei Drittel der Welt

Wenn ein Investor einen Vermögenswert im Ausland erwirbt, dann tut er das, um sich darum zu kümmern, was damit geschieht. Das unterscheidet eine Auslandsinvestition von einer passiven Investition in ein Portfolio, das ausländische Aktien enthält. Ausländische Direktinvestitionen sind einer der Schlüsselfaktoren für die Förderung neuer Industrien und für die Entwicklung von Volkswirtschaften. Dabei lassen sich drei Arten von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland unterscheiden: Direktinvestitionen, Anlagen in Wertpapiere und sonstige Investitionen, die alle anderen Finanztransaktionen umfassen.

Im Jahr 2013 kündigte Chinas Präsident Xi Jinping die Belt and Road Initiative an, die sich



an der alten Seidenstraße zwischen Asien und Europa orientierte. Dieses Projekt sieht den Aufbau eines umfassenden Infrastrukturnetzes mit Straßen, Seehäfen, Flughäfen, Zugstrecken, Stromnetzen, Ölpipelines und vielem mehr vor.

Läuft alles wie geplant, dann wird die Initiative China auf dem Landweg über die Türkei, den Iran, Afghanistan und den Irak mit dem Persischen Golf und dem Mittelmeer verbinden, während die Verbindung zum Mittelmeer auf dem Seeweg über den Indischen Ozean, den Golf von Aden, das Rote Meer und den Suez-Kanal erfolgt. Schätzungen zufolge wird das Infrastrukturprojekt insgesamt rund 70 Länder, 63 Prozent der Weltbevölkerung und 21 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts betreffen.

Daneben soll die Initiative das chinesische Wirtschaftswachstum steigern. Da Peking ein investitionsgetriebenes Wachstumsmodell verfolgt, ist es stets bestrebt, sein Wirtschaftswachstum durch die Erschließung neuer Märkte anzukurbeln. Bereits heute gilt der Nahe Osten dabei als die größte Quelle für Erdölimporte – und die Seidenstraßen-Initiative soll China dabei helfen, weitere Versorgungsrouten für den Ölimport zu schaffen.

Auslandsinvestment und nationale Sicherheit

Geopolitisch gesehen ist die Seidenstraßen-Initiative eine Art friedliche Antwort auf die Strategie der USA gegenüber China. Mit ihr will Peking die Beziehungen zu anderen Ländern in Asien und Europa stärken – auch wenn es einige Staaten gibt, aus deren Sicht die Kombination aus umfangreichen wirtschaftlichen Investitionen und einer ehrgeizigen außenpolitischen Strategie ein Warnsignal ist.

Chinas Unternehmen verfügen über umfangreiche Erfahrungen mit Infrastruktur- und Bauprojekten und somit sollten sie zweifelsohne imstande sein, in einem entwickelten Land wie Israel Projekte dieser Art erfolgreich umzusetzen. Das dürfte unterm Strich das chinesische Image verbessern und die Aktivitäten der Konzerne legitimieren, was wiederum zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen entwickelten Ländern in ähnlichen Bereichen führen könnte.

Viele westliche Länder, allen voran die USA, definieren strategische Wirtschaftssektoren wie Infrastruktur oder Technologie sehr breit, um das Ausmaß des Einflusses von Auslandsinvestoren wie den chinesischen präziser beurteilen zu können.

Die sogenannten U.S. Foreign Investment and Acquisition Regulations basieren auf dem Foreign Investment and National Security Act, in dessen Rahmen 2008 die U.S. Foreign Investment Commission eingerichtet wurde. Diese Kommission berät den Präsidenten in Fragen, die Auslandsinvestitionen berühren, und sie entscheidet darüber, ob diese Investitionen potenziell die nationale Sicherheit gefährden oder sie einem ausländischen Unternehmen die Kon-

Auch in Europa arbeitet man an Gesetzen, um eine Übernahme europäischer Firmen durch nichteuropäische Unternehmen zu verhindern.

trolle über strategische amerikanische Vermögenswerte ermöglichen. Im Jahr 2018 erließ die US-Regierung neue Bestimmungen, durch die man die Befugnisse der Kommission ausdehnte und weitergehende Prüfungen einführte. Hierdurch sollte eine Übernahme amerikanischer Unternehmen speziell durch russische und chinesische Staatsunternehmen erschwert werden.

In der Europäischen Union gibt es in mehreren Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und Italien, Initiativen zur Förderung und Umsetzung von Gesetzen, die außereuropäische Unternehmen daran hindern sollen, europäische Firmen – unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen – zu erwerben. So prüft etwa in Deutschland das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie den Erwerb von oder die Beteiligung an deutschen Unternehmen durch nichteuropäische ausländische Investoren, und das unabhängig von der Branche. Zudem gibt es ein Gesetz, das es ausländischen Firmen untersagt, mehr als 25 Prozent eines Unternehmens zu erwerben, das zur „wesentlichen Infrastruktur" zählt. Darunter fallen neben anderen Software-, Sicherheits- und Energieunternehmen.

In diesem Jahr haben die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten zugesagt, im Rahmen der sogenannten „Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen" Milliarden von Euro in Infrastrukturprojekte in Schwellenländern zu investieren. Das Programm wurde als Reaktion auf die chinesische Seidenstraßen-Initiative entwickelt und soll in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen Projekte unterstützen, die dort bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels, der Verbesserung der Gesundheitssysteme, der Gleichstellung der Geschlechter und einer Optimierung der digitalen Infrastruktur helfen.

Konzerne unter Kontrolle

Bei seinen Investitionen in Israel verfolgt China zwei Wege: Zum einen finanzieren chinesische Unternehmen die Produktentwicklung israelischer Konzerne und verpflichten sich dazu, die Produkte auf dem lokalen Markt zu etablieren. Und zum anderen investiert China in Risikokapitalfonds, mit deren Hilfe israelische Technologieunternehmen und Start-ups finanziert werden.

Die chinesischen Investoren selbst lassen sich in vier Kategorien einteilen: staatliche Unternehmen, öffentliche Unternehmen, Privatunternehmen und Risikokapitalfonds. Staatliche Unternehmen sind Firmen, die unter der Ägide der State-owned Assets Supervision and Administration Commission stehen und im Besitz der Zentralregierung in Peking oder einer der kommunalen Regierungen sind. Zu dieser Kategorie gehören auch staatliche Investitionsfonds und Risikokapitalfonds, die staatliche Mittel verwalten. Staatseigene Unternehmen treffen ihre Investitionsentscheidungen möglicherweise aus gesellschaftspolitischen Motiven und nicht unbedingt aus rein wirtschaftlichen Gründen. Daher werden solche Investitionen als strategische Investitionen betrachtet.

Neben den staatlichen Unternehmen gibt es zudem sogenannte öffentliche Unternehmen, also Firmen, die an der Börse in China oder im Ausland gehandelt werden. Nicht selten besitzt die chinesische Regierung jedoch auch an diesen Unternehmen kleine Aktienanteile und kann so eine gewisse Kontrolle ausüben. Das gilt ebenso für Privatunternehmen, deren Aktien nicht an der Börse gehandelt werden, und die trotzdem parteipolitischer und staatlicher Steuerung unterliegen können.

Risikokapitalfonds wiederum sind private Investmentfonds, die über Kapital aus verschiedenen Quellen verfügen und deren Zweck es ist, durch Investitionen und wachstumsfähige Start-ups oder junge Unternehmen möglichst ausgiebige Gewinne zu erzielen. Solche Risikokapitalfonds werden innerhalb der Unternehmen, in die sie investieren, nicht selten zu sogenannten Kommanditgesellschaften (KG). Deren rechtliche Besonderheit besteht darin, dass ein Gesellschafter die Geschicke der KG leitet und voll haftet, während ein anderer Gesellschafter lediglich Geldgeber ist und nur in Höhe seiner Einlage

haftet. Dadurch kann chinesisches Geld in Wirtschaftssektoren fließen, die für Auslandsinvestitionen aus China eigentlich gesperrt wären.

Attraktives Investitionsziel Israel

China betrachtet Israel sowohl im Technologie- als auch im Infrastrukturbereich als attraktives Investitionsziel. Bis 2016 lässt sich dementsprechend ein allmählicher Anstieg der Investitionsbeträge und der Zahl der Transaktionen mit Beteiligung chinesischer Unternehmen feststellen. Ab 2019 beobachten wir jedoch einen Rückgang – sowohl was die Zahl der Transaktionen angeht als auch, was das Transaktionsvolumen betrifft. Dieser Trend ähnelt der Entwicklung in Europa und in den USA, wo das Volumen chinesischer Investitionen seit einem vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2016 rückläufig ist. Chinesische Investitionen in die israelische Infrastruktur gehen ausschließlich auf chinesische Staatsunternehmen zurück, die über das Wissen, die Technologie, die Erfahrung und das Kapital verfügen, um in Israel erfolgreich zu sein. Chinesische Hightech-Investitionen kommen derweil hauptsächlich von privaten Unternehmen und Risikokapitalfonds.

Die Aktivitäten chinesischer Unternehmen in Israel, etwa der Erwerb strategisch wichtiger Konzerne oder die Bewerbung um große Infrastrukturprojekte, können Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft und die nationale Sicherheit des Landes haben. Einerseits tragen diese Beziehungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels bei, andererseits gibt es aber eine Vielzahl strategischer Bedenken, insbesondere mit Blick auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den USA.

Unternehmen übernehmen

Zu den bedeutenden chinesischen Konzernübernahmen in Israel gehören die des Chemieunternehmens Makhteshim-Agan (heute Adama) durch ChemChina und die des Agrarkonzerns Tnuva durch Bright-Food. Darüber hinaus ist China an der Entwicklung der Infrastruktur in Israel beteiligt, etwa an dem Bau der Carmel-Tunnel, der Entwicklung einer Stadtbahn in Tel Aviv, der Errichtung je eines Terminals im Hafen von Ashdod und im Hafen von Haifa. Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch einige Übernahmeversuche, die an israelischen Vorschriften gescheitert sind – etwa der Versuch der chinesischen Pawson Corporation, die Phoenix Company zu erwerben.

Im Jahr 2019 wurden in Israel rund 135 Investitionen in einer Gesamthöhe von 1,27 bis 2,1 Milliarden Dollar dokumentiert, die von chinesischen Investoren ausgingen. Die meisten dieser Transaktionen, insgesamt 107, hatten ein Volumen zwischen einer und 20 Millionen Dollar. Die Wirtschaftsbereiche, in denen die chinesischen Investitionen getätigt wurden, sind ausgesprochen vielfältig. So entfielen beispielsweise 42 der Transaktionen auf den Bereich Biowissenschaften, 31 auf Kommunikation und Internet und 28 auf Technologie.

Die israelische Regierung fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China aktiv. Umgekehrt benötigt China Israel wegen dessen geografischer Lage als Landbrücke, um die chinesischen Handelsrouten im Fernen Osten und in Afrika mit dem Nahen Osten zu verbinden. Seit der Ankündigung der Seidenstraßen-Initiative hat Israel sich nicht öffentlich dazu geäußert, wie es das Projekt einschätzt. Im Jahr 2015 trat Israel jedoch der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) bei, die die Initiative unterstützt.

Israel, China und die USA

China ist Israels größter Handelspartner in Asien und nach den USA der zweitgrößte israelische Handelspartner überhaupt. Insgesamt machen Chinas Geschäfte mit Israel jedoch nur 0,3 Prozent des chinesischen Handels aus. Trotzdem verschärft die Tatsache, dass China in erheblichem Maße an der israelischen Wirtschaft beteiligt ist, vor allem den Wettbewerb zwischen China und den Vereinigten Staaten. Zwar ist der Einfluss Washingtons im Nahen Osten geringer geworden. Jedoch bleiben die USA der wichtigste ausländische Akteur in der Region. Und gerade Chinas Beteiligung an kritischer Infrastruktur

Solange die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten zumindest einigermaßen stabil bleiben, dürften die chinesisch-israelischen Beziehungen künftig noch weiter ausgebaut werden.

könnte vor diesem Hintergrund eine Bedrohung amerikanischer Interessen darstellen.

Für China erfüllt ein Ausbau der Beziehungen zu Israel, einem wichtigen Akteur im Nahen Osten und einem engen Verbündeten der Vereinigten Staaten, gleich eine ganze Reihe von Zwecken. So verspricht sich Peking von einer vertieften Kooperation ein besseres Verständnis der Entwicklungen in der Region, eine bessere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und ein wichtiges geografisches Standbein für die Seidenstraßen-Initiative.

Warnungen aus Washington

Das Jahr 2018 gilt in den Beziehungen zwischen China und den USA als Wendepunkt. Durch den von der Trump-Regierung angezettelten Handelskrieg mit Peking wollten die USA auch andere Staaten dazu bewegen, ihre Zusammenarbeit mit China zu beenden oder deutlich zu reduzieren. Als Reaktion auf diesen Schritt rief Israel mehrere Ausschüsse ins Leben, die chinesische Investitionsprojekte in Israel prüfen sollten. Weitestgehend laufen diese Projekte jedoch bis heute weiter.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die chinesisch-israelischen Beziehungen in Zukunft noch weiter ausgebaut werden – zumindest solange das Verhältnis zwischen China und den USA einigermaßen stabil bleibt. Aufgrund von Erfahrungen aus der Vergangenheit könnte eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Peking und Washington jedoch auch zu Einschränkungen in den Beziehungen der beiden Länder zu Israel führen.

Der Umfang der chinesischen Investitionen in Israel bereitet vielen Beobachtern in den USA Kopfzerbrechen. Insbesondere deshalb, weil Investitionen in Wirtschaftszweige wie die Computerchip-Produktion, Software, IT, Biowissenschaften, Internet und Kommunikationstechnologien das Potenzial haben, die Entwicklung Chinas maßgeblich zu fördern und so die Sicherheit der USA gefährden könnten.

Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit chinesische Investitionen in die israelische

Infrastruktur, wie etwa in den Hafen von Haifa, in sicherheitspolitischer Hinsicht tatsächlich strategisch riskant sind. Immerhin haben sich die USA in anderen Ländern nicht gegen chinesische Investitionen in Hafenprojekte gewehrt. Der Verweis auf die nationale Sicherheit rührt also womöglich eher aus dem ohnehin schon angespannten Verhältnis zwischen den Regierungen in Washington und Peking.

China hat inzwischen begriffen, dass Israel von den Vereinigten Staaten dazu gedrängt wird, die Beteiligung chinesischer Unternehmen an seiner Wirtschaft zu verringern. Mit diesem Wissen könnte China in Zukunft etwa beschließen, bestimmte Ausschreibungen nicht wahrzunehmen oder von Geschäften Abstand zu nehmen, die durch amerikanischen Widerstand behindert werden könnten. So kam etwa der damalige US-Außenminister Mike Pompeo im Mai 2020, wenige Tage vor der Entscheidung über die Ausschreibung für den Bau und den Betrieb der Entsalzungsanlage Whistling 2, nach Israel und warnte offen vor einer chinesischen Beteiligung am Bau wichtiger Infrastrukturprojekte. Am Ende gewann ein nichtchinesischer Bewerber die Ausschreibung.

Gemischte Reaktionen

Das Bestreben chinesischer Unternehmen, durch Investitionen, Übernahmen und Beteiligungen an Infrastrukturprojekten in Israel Fuß zu fassen, ruft dort gemischte Reaktionen hervor. Einerseits begrüßen die Wirtschaft, die Regierung und Teile der Industrie die Finanzspritzen und sehen eine enge Zusammenarbeit mit China als logische Konsequenz der Globalisierung. Einige Beobachter argumentieren sogar, dass eine tiefe Kooperation aufgrund der Bedeutung des chinesischen Marktes und des Fortschritts chinesischer Technologieunternehmen unerlässlich sei – und sich Investitionen aus China im Übrigen nicht grundlegend von anderen Auslandsinvestitionen unterschieden.

Andererseits gibt es in der politischen und sicherheitspolitischen Gemeinschaft Israels viele

In Israel befürchten viele, dass sich China durch eine enge Zusammenarbeit auf dem Hightech-Sektor geistiges Eigentum aneignen und selbst zu einem ernstzunehmenden Wettbewerber in diesem Bereich werden könnte.

Stimmen, die dem Vormarsch chinesischer Unternehmen skeptisch gegenüberstehen. Sie geben zu bedenken, dass China sich durch eine enge Zusammenarbeit fortschrittliche Technologien und geistiges Eigentum aneignen und so selbst zu einem ernstzunehmenden Wettbewerber im Hightech-Sektor werden könnte. Zudem befürchten manche Beobachter, dass China seine wirtschaftliche Stärke in der Region alsbald auch für politisch-strategische Zwecke nutzen könnte – für Zwecke, die den nationalen Interessen Israels zuwiderlaufen.

Im Oktober 2019 beschloss die israelische Regierung, einen beratenden Ausschuss unter der Leitung des Finanzministeriums einzurichten, um zu prüfen, inwiefern bestimmte Auslandsinvestitionen die nationale Sicherheit gefährden. Dem Ausschuss gehören neben hochrangigen Vertretern des Finanzministeriums und des Verteidigungsministeriums auch Beobachter des Außenministeriums, des Wirtschaftsministeriums und anderer Ministerien an. Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, die Behörden dabei zu unterstützen, bei der Genehmigung von Auslandsinvestitionen neben den üblichen Erwägungen auch Überlegungen zur nationalen Sicherheit einzubeziehen.

Gebildet wurde der Ausschuss nicht zuletzt aufgrund des politischen Drucks aus den Vereinigten Staaten, chinesische Investitionen in Israel genauer zu verfolgen. Mittlerweile haben die Verantwortlichen in Washington jedoch anerkennen müssen, dass der Ausschuss nicht befugt ist, Transaktionen im Technologiebereich zu prüfen und chinesische Unternehmen somit weiterhin problemlos in den israelischen Hightech-Sektor investieren können. Darüber hinaus hat China seit der Einrichtung des Gremiums erneut mehrere wichtige Ausschreibungen im Infrastrukturbereich gewonnen, etwa im Verkehrssektor. Die Gefahr, dass Israel in Zukunft in sicherheitspolitisch relevanten Sektoren noch abhängiger von chinesischen Konzernen werden könnte, ist aus Washingtons Sicht also nicht gebannt.

Laut einem Bericht des israelischen Rechnungshofs vom August 2020 können Investitionen und Unternehmensbeteiligungen von ausländischen Konzernen gerade dann negative Folgen haben, wenn es um Projekte von nationaler Bedeutung geht. In demselben Bericht wurde außerdem festgestellt, dass die Regulierungsbehörden bislang nicht dazu verpflichtet sind, den beratenden Ausschuss zu konsultieren. Vielmehr können die Behörden weiterhin nach eigenem Ermessen handeln.

Offener als die anderen

Vor diesem Hintergrund kann also festgehalten werden, dass Israel die Regulierung ausländischer und insbesondere chinesischer Investitionen noch immer nicht maßgeblich verschärft hat. Es ist möglich, dass das Ausbleiben entsprechender Maßnahmen darauf zurückzuführen ist, dass Israel weiterhin von diesen Investitionen profitieren will. Symbolpolitische Schritte wie die Bildung von zahnlosen Kontrollorganen würden nach dieser Lesart in erster Linie dazu dienen, den Vereinigten Staaten ein Einlenken zu signalisieren.

Die Tatsache, dass viele westliche Länder wie Deutschland, Australien und Kanada mittlerweile viel weitreichendere Maßnahmen ergriffen haben, um Auslandsinvestitionen in wichtige Infrastrukturen einzuschränken, könnte Israel jedoch in Zukunft dazu bewegen, seine Politik in diesem Bereich ebenfalls zu verschärfen. •

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Hila Roded
hat einen Bachelor of Arts in Regierungs-, Diplomatie- und Strategiestudien abgeschlossen und sich im Interdisciplinary Center Herzliya auf nationale Sicherheitsfragen und Terrorismus spezialisiert. Sie moderiert den „Talking Lauder"-Podcast, der Themen aus den Bereichen Außenpolitik und Sicherheit behandelt. Außerdem hat Hila ein Praktikum beim Law Terrorism Intensity Program des Institute for National Security Studies (INSS) absolviert und ist als Forschungsassistentin im Bereich China- und Mittelmeerstudien tätig.

Das TikTok-Dilemma

Die Herausforderung chinesischer Innovation

Von Einav Schiff

Am 24. Oktober 2019 veröffentlichte TikTok ein Statement auf seiner offiziellen Website. Der Kontext war eine hitzige Debatte darüber, ob die Social-Media-App in privatwirtschaftlicher chinesischer Hand ein Risiko für die nationale Sicherheit der USA und den Rest der westlichen Welt darstellt.

„In den vergangenen Wochen war TikTok Gegenstand öffentlicher Äußerungen von Mitgliedern des US-Kongresses und anderer, die sich um Fragen der Zensur und des Datenschutzes drehten", heißt es dort. „Bei TikTok nehmen wir diese Fragen ebenfalls sehr ernst. Uns sind Transparenz und Verantwortung im Umgang mit unseren Nutzern in den Vereinigten Staaten und weltweit sehr wichtig." Im Rest des Statements geht es darum, warum die erhobenen Vorwürfe haltlos sind – Vorwürfe, die Präsident Trump dazu brachten, TikTok in den USA per Dekret zu verbieten.

Das Unternehmen erklärte daraufhin, alle in den USA gesammelten Daten würden auch in den Vereinigten Staaten gespeichert und ein zweites Mal zwecks Back-ups auf Servern in Singapur. Darüber hinaus betonte das Unternehmen, keinerlei Zensur bei Inhalten, die dem chinesischen Regime ein Dorn im Auge sein könnten, durchzuführen. „TikTok führt aktuell keinerlei Geschäfte in China durch und beabsichtigt auch nicht, damit zukünftig zu beginnen", endet das Statement.

Das beruhigte wohl in ausreichendem Umfang. Während andere Tech-Giganten immer wieder bei Unwahrheiten erwischt wurden, wie etwa Face-

book, zeigte sich TikTok in der Lage, mit ähnlichen Anschuldigungen direkter umzugehen. Es sah so aus, als hätte TikTok die notwendige Mauer zwischen China und dem Unternehmen endlich erfolgreich errichtet, obwohl die Plattform mittlerweile zu Bytedance gehört, einem chinesischen Unternehmen, das mehrere bekannte Plattformen in China betreibt. Dazu gehört auch Douyin, die chinesische Version von TikTok. Während Bytedance innerhalb der chinesischen Grenzen einem strengen Zensur- und Propagandaregime unterworfen ist, wurde TikTok global zu einem Phänomen, insbesondere bei Generation-Z-Usern. Die Zahlen machen schwindelig: 59,8 Prozent Wachstum im Jahr 2020, dann noch einmal 40,8 Prozent im Folgejahr. Heute ist TikTok das drittbeliebteste Social-Media-Netzwerk der Welt, nach Facebook und Instagram, die beide zu Meta gehören.

Und dann, am 17. Juni 2022, ließ Buzzfeed News eine Bombe platzen: In internen Unterlagen, die der Website vorlagen, gaben TikTok-Mitarbeiter zu, dass auch chinesische Ingenieure Zugang zu den Daten von US-Nutzern erhalten. „In China sehen sie alles", war auf einer Aufnahme vom September 2021 zu hören. Die Enthüllung hatte schnell eine gigantische Wirkung und immer mehr Rufe wurden laut, TikTok müsse seine Datenspeicherpraktiken dringend ändern.

In Zeiten immer stärker eskalierender Spannungen zwischen den USA und China müssen viele Nationalstaaten sich fragen, wie sie eine Strategie entwickeln, die ihnen helfen kann, zwischen den beiden Supermächten nicht unter die Räder zu kommen. Dabei ist ein wichtiges Thema immer wieder auch die Frage: Wie mit Chinas boomender Hightech-Industrie umgehen, die Erfolgsgeschichten wie TikTok produziert?

Kleine, aber blühende Volkswirtschaften wie Israel können die Möglichkeiten, die chinesische Aufmerksamkeit bietet, nicht übersehen. Zudem will das Land China nicht herausfordern. Auf der anderen Seite kann Israel auch nicht so tun, als existierten die Berichte über die Kontrolle privater Unternehmen durch das chinesische Regime nicht. Anders gesagt: Israel möchte seinen Bürgern die Nutzung TikToks nicht verwehren, die Gefahren aber auch nicht ignorieren. Diese Zwickmühle nennen wir das „TikTok-Dilemma", das sich genauso für jede andere chinesische Plattform darstellt, die im Westen operiert. Dieses Dilemma umfasst eine Menge sicherheitspolitischer, justizieller, diplomatischer und ökonomischer Fragen.

Zudem ist das TikTok-Dilemma Teil einer größeren Diskussion, die sich um den Charakter dieser neuen Welt drehen muss, die zugleich mutig und angstgetrieben ist. In diesem Text werde ich zunächst versuchen, eine neue Definition dieses Dilemmas im israelischen Kontext zu geben und anschließend einige erste Schritte aufzeigen, wie ihm begegnet werden könnte.

Laut Datareportal.com gibt es in Israel derzeit etwa 2,5 Millionen TikTok-User ab 18 Jahren. Die tatsächliche Zahl dürfte aufgrund der Popularität der Plattform unter jüngeren Israelis weit höher liegen. Die Bedeutung TikToks in Israel ist jüngst durch unglückliche Umstände noch einmal vor Augen geführt worden: Im Frühling 2021 gingen viele Videos viral, über die Medien unter dem Titel „TikTok-Terror" berichteten und die palästinensische Gewalt gegen jüdische Menschen, insbesondere in Ost-Ierusalem dokumentierten. Es stellte

Wie soll Israel mit Chinas boomender Hightech-Industrie umgehen, die solche Erfolgsgeschichten wie TikTok produziert?

sich heraus: Nachdem lange Zeit Facebook als Plattform für Hetze im Fokus der Regierung stand, musste nun auch TikTok mehr Aufmerksamkeit zuteil werden.

Eine regulatorische Grauzone

Facebook und TikTok bewegen sich, wie der Rest der sozialen Medien, allerdings in einer gesetzgeberischen Grauzone. Der Staat Israel hat keine kohärente Cyberpolitik, was dazu führt, dass Gerichte entscheiden müssen, ob sie in wichtigen Grundsatzfragen eingreifen sollen. Dazu zählen Redefreiheit, Datenerfassung und sogar Standards für den Kundenservice. „Derzeit reguliert der Staat Israel, wie die meisten Länder der Welt, die Internetwelt nicht", sagt der israelische Kommunikationsminister Yoaz Hendel im Interview. „Daher lautet die grundsätzliche Frage, ob der Staat das Internet stärker unter Kontrolle bringen sollte. Meine Antwort ist ja. Deshalb arbeiten wir aktuell an passender Gesetzgebung. Das ist eines der Ziele meines Ministeriums."

Minister Hendels Ansatz zur Regulierung der Online-Welt, einschließlich der sozialen Medien, unterscheidet nicht zwischen „amerikanischen" oder „chinesischen" Apps und Diensten. Was beispielsweise die Frage der Datenerfassung betrifft, so ist die Beziehung zwischen TikTok und dem chinesischen Regime nicht mehr oder weniger relevant als die anhaltenden Spannungen zwischen Facebook und der US-Regierung oder der Europäischen Union. In beiden Fällen sollte der Staat bei einer Reihe von Fragen ein Mitspracherecht haben, wie zum Beispiel bei Verleumdungsfällen und der transparenten Kommunikation mit den Nutzern, ganz so als wären die Tech-Unternehmen klassische Telefongesellschaften.

Und doch ist der Fall China anders gelagert, da die Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft hier nicht ausbalanciert sind. Auch wenn TikTok außerhalb Chinas operiert und privatwirtschaftlich orientiert ist, könnten Assets wie Big Data und leistungsstarke Algorithmen attraktiv sein, um chinesische Interessen im Westen durchzusetzen. „Das Problem ist, dass wir einfach keine Ahnung haben, wo die Daten gespeichert sind", sagt Luwei Rose Luqiu, Expertin für Massenkommunikation von der Hong Kong Baptist University, im Gespräch. „Das ist beunruhigend. Für Menschen, die in hochsensiblen Bereichen, wie etwa der nationalen Sicherheit, tätig sind, ist es sogar äußerst besorgniserregend."

Dr. Luqiu betont, dass es derzeit keinen Beweis dafür gibt, dass das chinesische Regime TikTok für seine Interessen manipuliert. Sie weist zudem darauf hin, dass der chinesische Zensurmechanismus nicht daran interessiert sei, was in den TikTok-Posts inhaltlich vor sich geht, da die Inhalte für chinesische Nutzer ohnehin gesperrt sind. „Mit internationalen Nutzern, die China kritisieren, haben sie kein Problem, weil es die chinesischen Nutzer nicht erreicht. Erst kürzlich stellte sich in einer Studie zu palästinensischen Videos heraus, dass TikTok weniger zensierte als Facebook oder Twitter."

Hochrangige Quellen im Ministerium für Kommunikation kommen zu ähnlichen Aussagen. Ihnen zufolge zeigte sich TikTok bei der Bekämpfung von Hass und Hetze kooperativer als andere Social-Media-Plattformen. „Die Kommunikation mit der Regulierungsbehörde war eine Initiative TikToks", so die Quellen.

Die Bekämpfung von Hetze, so wichtig sie auch ist, schafft jedoch nicht alle Bedenken aus der Welt, wenn es um die potenzielle Verletzung der Privatsphäre durch ein autoritäres Regime geht, das bekanntlich eine dominierende Rolle in der Welt anstrebt. So hat die US Army beispielsweise bereits ihre Soldaten angewiesen, TikTok nicht zu nutzen. Es sieht so aus, als würde die chinesische Tech-Industrie der gleiche Ansatz treffen wie chinesische Infrastrukturunternehmen und wichtige Lieferanten: Missmut, Misstrauen und mögliche Sanktionen, wie sie Donald Trump gegen TikTok zu verhängen versucht hat.

Dies ist ein weltweites Problem, aber Israel stellt es noch vor eine weitere Herausforderung: Als engster Verbündeter der USA in der Region sollte das Land an der Seite der USA gegen die chinesische Expansion ankämpfen. Andererseits erfreut

sich TikTok auf der ganzen Welt überwältigender Beliebtheit, eine Einschränkung oder vollständige Sperrung würde in jedem Fall nicht ohne rechtliche und diplomatische Auseinandersetzungen ablaufen. Das erneuert die schon weiter oben genannte Frage: Warum stellt TikTok ein größeres Problem dar als Facebook? Wie sollte mit einer russischen App wie Telegram umgegangen werden?

„Das Problem ist nicht chinesisch oder amerikanisch, es ist die Privatsphäre insgesamt", sagt Minister Hendel. „Die gesamte Cyberwelt hat Probleme mit dem Datenschutz, und wenn ich ehrlich bin, sehe ich nicht, dass die Welt als Ganzes dort vorankommt."

Recht und Unordnung

Die Besorgnis über Chinas Kontrolle über den Technologiesektor hat in den vergangenen Jahren zugenommen, während der chinesische Markt seinen Schwerpunkt immer mehr auf boomende Start-ups und das Bereitstellen von Risikokapital verlagerte. Im Juni 2017 führte China beispielsweise ein neues Cybergesetz ein, das den Ansatz des Staates bei der Datenerfassung im Internet neu definiert. Einer der umstrittensten Artikel des Gesetzes besagt, dass alle persönlichen Daten, die in China erfasst werden, auch in China gespeichert werden müssen, was einen Zugriff des chinesischen Staates nicht ausschließt.

Nach Artikel 28 dürfen die Sicherheitsbehörden Netzbetreiber um Unterstützung bitten, die diese auch gewähren müssen. Artikel 50 besagt, dass Behörden zudem die Löschung von Informationen verlangen dürfen, wenn diese als illegal oder gefährlich eingestuft werden. „Das Gesetz zeigt, dass sich die chinesische Regierung des zunehmenden Potenzials von Internetanwendungen für Wirtschaft und Staat bewusst ist und weiß, wie sie zur Anhäufung wirtschaftlicher Macht innerhalb und außerhalb Chinas sowie zur politischen Einflussnahme genutzt werden können", schreiben Israel Kanner und Doron Ella vom Institute for National Security Studies, einem der renommiertesten Thinktanks Israels in Fragen der Strategie und nationalen Sicherheit.

„Anhand des chinesischen Cybergesetzes lässt sich viel über Chinas Umgang mit Daten lernen, und daraus kann man ableiten, welche Art von Informationen andere Nationen besonders schützen sollten", sagt Tamar Groswald Ozery, Expertin für Chinas Volkswirtschaft und Recht an der Hebräischen Universität in Jerusalem, im Gespräch. „Wenn China Cybersicherheit in seiner nationalen Gesetzgebung durch Elemente wie logistische Anpassungen definiert, können daraus auch Schlüsse gezogen werden, wie es in die andere Richtung funktionieren kann."

Außerdem ist zu berücksichtigen, wie hart die chinesische Regierung jüngst im Hightech-Sektor durchgegriffen hat. Im Jahr 2021 haben neue Gesetze und Vorschriften Druck auf chinesische Tech-Giganten wie die Handelsriesen Alibaba und Tencent ausgeübt. Die Politik von Präsident Xi signalisiert den globalen Märkten, dass es keinen Sektor gibt, der sich dem Zugriff der Regierung entziehen kann. Der westliche Glaube, genug Geld würde ein autoritäres Regime auf die Dauer schon in die Schranken weisen, hat sich als falsch herausgestellt. Daher wird jeder Versuch, zwischen privaten Unternehmen innerhalb und außerhalb Chinas zu unterscheiden, oberflächlicher Natur bleiben. Oder wie Ozery es ausdrückt: „Es ist praktikabel, bis es nicht mehr praktikabel ist."

Andererseits steckt hinter dem harten Durchgreifen gegen Hightech-Unternehmen mehr, als man im Westen wohl zunächst dachte. „Ein Großteil der Maßnahmen zielt darauf ab, die monopolistische Macht der großen Unternehmen zu brechen", sagt Ozery. „Chinesische Verbraucher haben zahlreiche Beschwerden über bestimmte Unternehmen und Leistungen geäußert. Die Regierung sorgt sich zudem wegen der wirtschaftlichen Ungleichheit und der Tatsache, dass viele Haushalte ihre Ersparnisse für Aktivitäten vergeudet haben, die die Regierung als unproduktiv, spekulativ und somit riskant ansieht, wie beispielsweise die Glücksspielindustrie – ein Bereich, in dem auch Unternehmen aus der Tech-Branche tätig sind. Schaut man sich die Reaktion des chinesischen Marktes nach dem

ersten Einbruch an, dann scheinen Investoren und Verbraucher das zu verstehen."

„Es ist auch wichtig zu erwähnen", fügt sie hinzu, „dass viele der jüngsten Schritte, die die Tech-Industrie einschränken könnten, zunächst nur in einem regulatorischen Rahmen festgelegt sind. Sie müssen erst noch in praktische Vorschriften umgesetzt werden. In China haben die verschiedenen Ministerien und Provinzen oft einen großen Ermessensspielraum, wenn es um die Umsetzung solcher Regularien geht. Das hat viel zu Chinas Wachstum beigetragen. Aus diesem Grund wissen wir aber trotz der Aufregung im Westen nicht wirklich, wie die neuen Gesetze und Vorschriften sich auf die Praxis in der Tech-Industrie auswirken werden. Dennoch sollte jedes nichtchinesische Unternehmen, das in China operiert, und jedes Land, in dem ein chinesisches Unternehmen tätig ist, wissen: Es ist nur ein schmaler Grat zwischen der Nichteinmischung der Regierung und dem Moment, an dem ein Unternehmen so viel Macht erlangt, dass der Einparteienstaat beschließt, es aus welchen Gründen auch immer ins Visier zu nehmen." Die chinesische Regierung verfügt dafür über die notwendigen Fähigkeiten und Mittel – mögen diese innerhalb der geltenden Gesetze liegen oder nicht.

Es ist nur ein schmaler Grat zwischen der Nichteinmischung des Staates und dem Moment, in dem ein Unternehmen ins Visier des Einparteienstaats gerät.

Der Zukunft ins Auge sehen

Im Jahr 2017 erhielt ein BBC-Korrespondent Zugang zu einem der modernsten Projekte Chinas. Man schickte ihn auf einen Spaziergang durch die Stadt Guiyang, in der fast sechs Millionen Menschen leben, während die Behörden sein Bild verfolgten. Ziel war es, herauszufinden, wie lange es dauern würde, ihn mit Hilfe der Überwachungs- und Gesichtserkennungstechnologie ausfindig zu machen. Das Ergebnis verblüffte: sieben Minuten.

Aber das war noch relativ simpel: Die Identität des Reporters war bekannt, bevor die Verfolgungsjagd begonnen hatte. Genau hier kommt ein weiteres chinesisches Projekt ins Spiel: die fortschrittlichste Industrie der Welt im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) zu werden. Damit Maschinen ihre Lernfähigkeit verbessern können, müssen sie mit Daten gefüttert werden. Wenn es zum Beispiel um Gesichtserkennung geht, wird es künftig nicht ausreichen, sich mit der einheimischen Bevölkerung oder einem neugierigen BBC-Reporter zufriedenzugeben.

Hier liegt eine mögliche Antwort auf die Frage, die im Westen immer wieder gestellt wird: Was geschieht mit all den Daten, die zur Verfügung gestellt wurden? Und was kann passieren, wenn die Behörden auf diese Daten zugreifen?

Im Jahr 2018 veröffentlichte *Foreign Policy* einen Artikel, der sich um Chinas Engagement in Afrika drehte. Es stellte sich heraus, dass sich im Rahmen der Bemühungen Chinas, in Afrika durch den Bau von Infrastrukturprojekten wie Häfen und Kommunikationssystemen mehr Einfluss zu gewinnen, auch Unternehmen eingeschaltet hatten, die ihre KI-Fähigkeiten verbessern wollten. In Simbabwe etwa unterzeichnete die Regierung

ein Abkommen mit dem chinesischen Unternehmen CloudWalk, das der Regierung modernste Überwachungstechnologie sichert. Im Gegenzug erhielt CloudWalk Daten, die der Gesichtserkennungssoftware helfen, mehr über People of Colour zu lernen. „Wenn China außer Wirtschaftswachstum und Einflusssteigerung ein Interesse im Nahen Osten hat, dann ist es dieses", sagt Galia Lavi, China-Forscherin am Institute for National Security Studies, im Gespräch. „China schert sich nicht um Einzelpersonen, vielleicht um ein paar wenige, aber nicht um Sie und mich. Aber China ist die führende Kraft im KI-Bereich, und westliche Dilemmata wie das des Datenschutzes kümmern das Regime wenig."

Chinas Wunsch, eine KI-Supermacht zu werden, liefert das fehlende Glied im TikTok-Dilemma: Wenn die von TikTok gesammelten Daten potenziell chinesischen Behörden zur Verfügung stehen, können diese sie für ihre eigenen Zwecke nutzen, die nicht Teil der Absprachen zwischen TikTok und seinen Nutzern waren. Und das, ohne den offensichtlichen potenziellen Wert der Daten zu erwähnen, der zum Beispiel in der Vorhersage wirtschaftlicher Trends liegt. „Chinas Art", sagt Lavi, „ist nicht, mit scharfen Waffen auf dich loszugehen. Sie gehen die Dinge viel ruhiger und behutsamer an."

„Chinas Art", sagt die Forscherin, „ist nicht, mit scharfen Waffen auf dich loszugehen. Sie gehen die Dinge viel ruhiger und behutsamer an."

Wie geht es weiter?

Während Regierungen auf der ganzen Welt darum ringen, wie eine kohärente Vision für die Beziehung zwischen Staat und Technologieunternehmen aussehen kann, tritt die Notwendigkeit eines neuen Paradigmas immer klarer zutage. Ein kleines, aber hochentwickeltes Land wie Israel könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen, insbesondere was den Schutz personenbezogener Daten angeht. Obwohl sich das Land in einem tiefgreifenden politischen Umbruch befindet, erscheint die Ausarbeitung einer solchen Agenda nicht als unlösbare Aufgabe. Das gilt vor allem, wenn die USA zusätzlichen Druck von außen ausüben.

Israels Datenschutzgesetz wurde zuletzt im Jahr 2017 überarbeitet. Die neuen Vorschriften, die vom Justizministerium erlassen wurden, sind eine deutliche Verbesserung. Sie schreiben hohe Sicherheitsstandards für gesammelte Daten vor. Doch wie der Reporter bei seinem Experiment in Echtzeit feststellte, bieten sie noch keine ausreichende Regulierung der Nutzung von Daten durch die sie erhebenden Unternehmen selbst.

Der nächste Schritt wäre daher, das Spielfeld der Datenerfassung neu zu gestalten, unabhängig davon, woher das Unternehmen kommt, das Daten sammeln möchte. Die Ministerien für Justiz und Kommunikation sollten gemeinsam einen neuen staatlichen Ansatz für den Schutz der Daten nicht nur vor Hacking oder Leaks, sondern auch vor den Datensammlern selbst entwickeln. Das Team sollte sich auch von Experten aus den Bereichen Cyber, Technologie und Ethik beraten lassen.

Als Nebenprodukt dieses Teams könnte es ein neues Cyber- und Datenerfassungsgesetz geben, das die Beziehungen zwischen Staat, der datenerfassenden Stelle und der Öffentlichkeit neu regelt. So sollte das Gesetz beispielsweise die Definition von personenbezogenen Daten an die neuen technologischen und kulturellen Gegebenheiten

anpassen und sich dabei ein Beispiel an anderen Ländern nehmen.

Um Fragen rund um den Umgang mit China Rechnung zu tragen, sollte das Gesetz außerdem eine Art Schranke einziehen, die es jedem Unternehmen unmöglich macht, personenbezogene Daten an einen Staat weiterzugeben. Wenn das chinesische Gesetz die Möglichkeit vorsieht, Unternehmen zur Weitergabe von Daten zu zwingen, sollte das israelische Gesetz jede Einrichtung, die Daten an eine Regierung weitergibt, zur Rechenschaft ziehen, bewehrt mit finanziellen Sanktionen oder der Möglichkeit zur Zivilklage.

Die Bedeutung breiteren Datenschutzes

Im Rahmen dieser Gesetzgebung sollte auch ein neuer Ansatz für die Durchsetzung des Gesetzes erarbeitet werden. Gegenwärtig ist die zuständige Behörde Teil der Cyberabteilung des Justizministeriums und heißt „Abteilung zum Schutz der Privatsphäre". Doch wie schon bei der letzten Aktualisierung der Datenschutzgesetzgebung geht es ihr in erster Linie darum, die Bedeutung des Datenschutzes aufrechtzuerhalten und Verstöße gegen das Datenschutzrecht zu untersuchen. Die Datenerhebung an sich, insbesondere wenn sie mit Zustimmung des Nutzers erfolgt, wird somit nicht als Problem angesehen – weder für die Nutzer selbst noch für die nationale Sicherheit.

Deshalb muss der Ansatz dringend verbreitert werden und Datenmissbrauch durch Unternehmen umfassen. Dazu könnte es beispielsweise hilfreich sein, eine spezielle Arbeitsgruppe unter Aufsicht des Nationalen Sicherheitsrats zu bilden. Die Taskforce, die sich aus Experten verschiedener Disziplinen (Justiz, Militär, Cybersicherheit, Privatsektor usw.) zusammensetzen könnte, könnte sich freiwillig mit Fragen der Datenerhebung befassen. Sie könnte so alle Aspekte der Datenerhebung durch große Organisationen oder Unternehmen analysieren und Alarm schlagen, sobald ein Aspekt entdeckt wird, dem weitere staatliche Behörden Aufmerksamkeit schenken sollten.

Zu guter Letzt liegt es auch im Interesse der Öffentlichkeit, ihren Teil beizutragen. Wir leben nicht mehr in einem Zeitalter, in dem wir uns noch der Illusion einer gutwilligen und verantwortlich handelnden Tech-Industrie hingeben können. Wir werden durch den Ausbau unseres digitalen Lebens immer mehr nicht nur zu bloßen Nutzern der Digitalindustrie, sondern auch zu ihrem Produkt. Dem wird nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Speziell in Israel wird auf das chinesische Regime oft viel freundlicher geblickt als in anderen Staaten: Eine kürzlich durchgeführte weltweite Umfrage belegt das eindrucksvoll. Solange China nicht in Taiwan einmarschiert oder ein Ereignis einer ähnlich radikalen Tragweite eintritt, dürften sich die Zahlen auch nicht allzu schnell ändern.

Aus diesem Grund werden Gesetze und Vorschriften nicht ausreichen. Es liegt auch in der Verantwortung der Öffentlichkeit und der führenden Politiker, eine tiefgehende Debatte über die Möglichkeiten und Bedrohungen in dieser beispiellosen Zeit zu führen. Ob es um die Risiken der TikTok-Nutzung oder einen neuen Deal zwischen User und Plattform geht, unsere Generation muss verstehen, dass Daten das neue Öl sind und wir sie produzieren – am laufenden Band. China, wie auch Facebook und Google, hat das verinnerlicht. Die Frage ist, ob wir das endlich auch tun. •

Aus dem Englischen von John-William Boer

Einav Schiff arbeitet als Journalist für Yediot Ahronot, Israels führendes Medienunternehmen. Sein Hauptaugenmerk gilt der Kultur und ihren Verbindungen zu anderen Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Technologie. Als leitender Fernsehkritiker für Yediot Ahronot reflektiert er täglich über die Content-Revolutionen des 21. Jahrhunderts; er verfasst Meinungsbeiträge und hat eine wöchentliche Kolumne, in der er digitale Trends analysiert. Einav hat einen Master-Abschluss in Organisationsberatung. 2018 arbeitete er als Ernst Cramer & Teddy Kollek-Stipendiat beim deutschen Medienunternehmen Tagesspiegel. Er lebt in London.

Digitaler Drahtseilakt

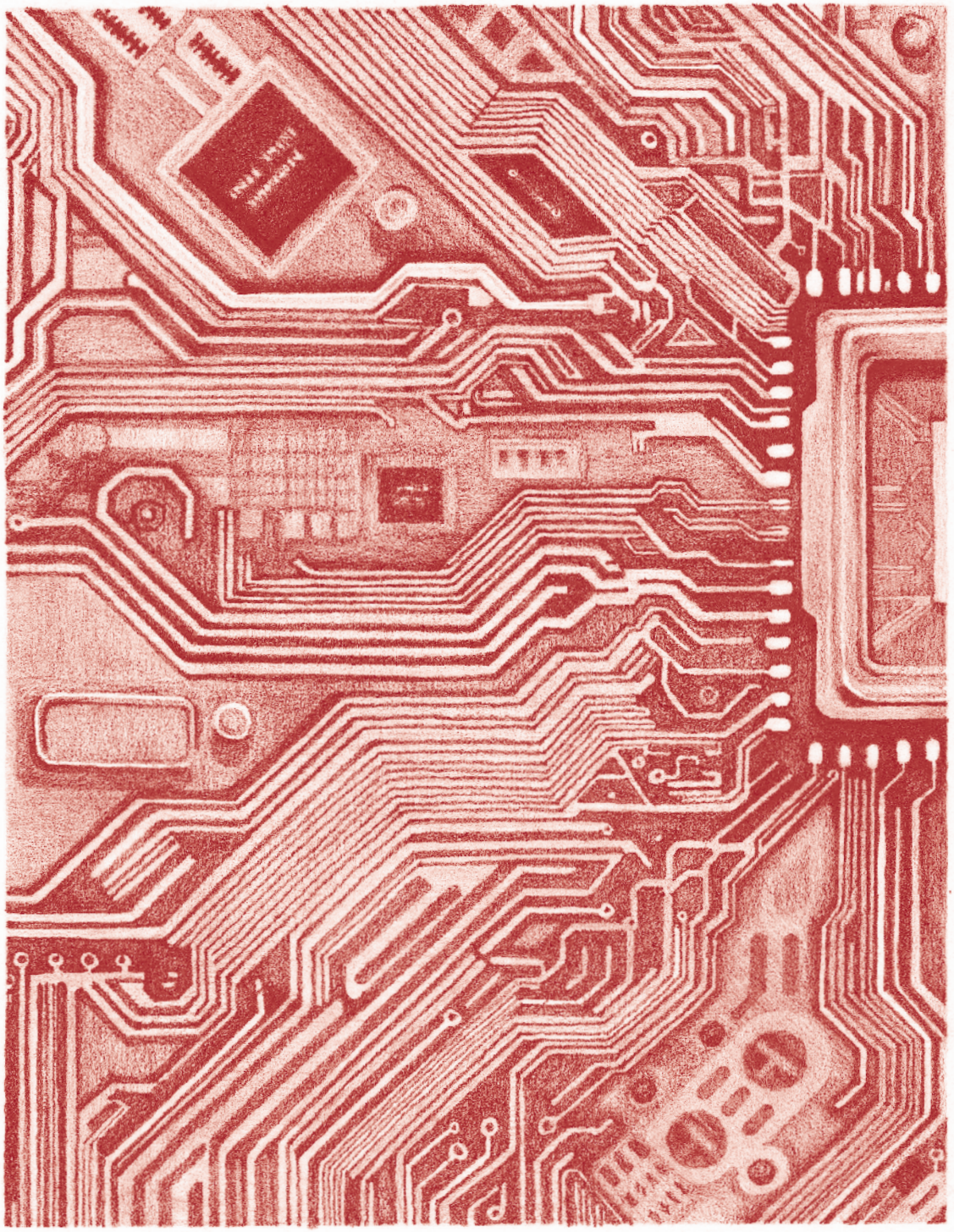
Sicherheitsrisiko oder Druckmittel? Israels Technologiebeziehungen zu China

Von Klara Leithäuser

„Made in China 2025“ – so ist der Fahrplan der Kommunistischen Partei betitelt, der die chinesische Wirtschaft von einer arbeitsintensiven und auf einfache Fertigungsprozesse ausgerichtete Ökonomie zu einer technologieintensiven und innovationsgetriebenen Wissenswirtschaft verändern soll.

Dieser Plan, der sowohl kommerzielle als auch militärische Zwecke in den Blick nimmt, ist nur eine der vielen nationalen Strategien, mit denen Peking sein Ziel, eine der führenden Mächte in Sachen Spitzentechnologie zu werden, erreichen will. Bei allen diesen Initiativen geht es darum, Chinas Innovationsfähigkeit und den heimischen Hightech-Sektor zu fördern. Dieser digitale Fokus ist für China besonders wichtig, da der Innovations- und Technologiesektor ein zentraler Bereich ist, in dem die Volksrepublik und die USA um die Vorherrschaft wetteifern. Dabei geht es nicht nur um die technologischen Fähigkeiten der beiden Länder, sondern auch darum, Standards und Normen zu setzen. Um die angestrebten Ziele zu erreichen und die Abhängigkeit von ausländischen Technologien langfristig zu verringern, werden chinesische Unternehmen dazu ermutigt, in Hightech-Sektoren im Ausland zu investieren und technologisches Know-how „nach Hause“ zu bringen.

Vor diesem Hintergrund zieht gerade Israel, das einen guten Ruf als Start-up-Nation genießt, die chinesische Aufmerksamkeit und dementsprechend auch chinesische Tech-Investitionen



an. Wie der damalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nach seiner Rückkehr von einem Besuch in China im Jahr 2013 betonte, ist China an „drei Dingen interessiert: an israelischer Technologie, israelischer Technologie und israelischer Technologie“. Der Technologietransfer war stets eine Konstante der chinesisch-israelischen Beziehungen.

Israel hat seinerseits ein starkes Interesse daran, die wirtschaftlichen Beziehungen zu China zu vertiefen. So lobte Netanjahu 2013 öffentlich chinesische Infrastrukturprojekte und stärkte die Wirtschaftsbeziehungen zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, indem er eine Regierungsresolution verabschieden ließ, die den Ausbau aller „nicht sensiblen“ Bereiche der israelisch-chinesischen Zusammenarbeit vorsieht. Israel hofft, durch die Ausweitung des Handels nach Asien seine Exportmärkte und Investitionen zu diversifizieren. Derweil verzeichnen israelische Technologieunternehmen einen Boom bei der chinesischen Nachfrage nach ihren Technologien.

Amerika greift ein

Über die chinesisch-israelischen Beziehungen zu schreiben, ohne den USA dabei einen Platz einzuräumen, wäre kurzsichtig. Denn als engster Verbündeter Israels und als Konkurrent Chinas beobachten die Vereinigten Staaten diese Beziehungen mit einem kritischen Auge, insbesondere wenn es um den Austausch von Technologie geht.

Die womöglich bekanntesten Beispiele für das Eingreifen der USA in die Beziehungen der beiden Länder sind die „Phalcon“- und „Harpy“-Zwischenfälle in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren. Auf Druck der USA kündigte Israel damals eine Vereinbarung über die Installation des modernen Radarsystems Phalcon in Überwachungsflugzeugen der Volksbefreiungsarmee auf.

Nur wenige Jahre später fanden die USA dann heraus, dass Israel die unbemannten Luftfahrzeuge Harpy, die es bereits in den 1990er Jahren an China verkauft hatte, weiter wartete und modernisierte. Auch in diesem Fall bestanden die Vereinigten Staaten darauf, dass Israel das Geschäft abbrach.

Diese Auseinandersetzungen mit den USA führten unter anderem zu Israels Exportkontrollgesetz aus dem Jahr 2007. Es regelt unter anderem die Anforderungen für Ausfuhrgenehmigungen, Beschränkungen für Waffenverkäufe und die Ausfuhr von Technologien mit „doppeltem Verwendungszweck“, zu zivilen und militärischen Zwecken. Infolgedessen kamen die Beziehungen zwischen China und Israel beim militärischen Technologietransfer zum Erliegen und wurden auf „zivile“ Bereiche verlagert. Der kritische Blick der USA auf das israelisch-chinesische Verhältnis blieb dennoch bestehen.

In den ersten Jahren des Technologietransfers zwischen den beiden Ländern bestand der Austausch hauptsächlich darin, dass Israel bestimmte Technologien, Komponenten oder Know-how nach China exportierte. Im Laufe der Zeit sind die Technologiebeziehungen vielfältiger geworden und betreffen mittlerweile auch den Überwachungs- und Cybersektor. Und auch die chinesischen Investitionen in den israelischen Technologiesektor steigen stetig.

Netanjahu zufolge sei China „an drei Dingen“ interessiert: „an israelischer Technologie, israelischer Technologie und israelischer Technologie“.

Strategien des Technologietransfers

Um ein umfassenderes Verständnis der Funktionsweise des Technologietransfers zwischen den beiden Staaten zu erlangen, müssen die chinesisch-israelischen Beziehungen jedoch umfassender und analytischer betrachtet werden. Denn erst aus solch einer Betrachtung lassen sich verschiedene Strategien des Technologietransfers ableiten. Zu diesen gehören:

- *Der Export nach China*
  Die Bestimmungen des chinesischen Marktes sind mitunter so gestaltet, dass ausländische Unternehmen unter Druck gesetzt werden, ihre Technologie oder kritische technische Informationen während des Genehmigungsverfahrens an chinesische Unternehmen weiterzugeben – als Bedingung für Geschäfte auf dem chinesischen Markt.

- *Der akademische Austausch*
  In den vergangenen zehn Jahren haben Israel und die Volksrepublik China ihren akademischen Austausch erheblich ausgeweitet. So vereinbarten die beiden Länder im Jahr 2015 die sogenannte „Israel-China 7+7 Research University Alliance“, um die Forschung und den wissenschaftlichen Austausch zwischen chinesischen und israelischen Universitäten zu fördern. In diesem Sinne umfasst der Austausch nicht nur den von Studierenden oder gemeinsame Forschungsprogramme, sondern auch die Einrichtung gemeinsamer Forschungszentren. So ist zum Beispiel das im Jahr 2014 von der Universität Tel Aviv in Zusammenarbeit mit der Tsinghua-Universität gegründete „XIN Center“ ein gemeinsames Zentrum für innovative Forschung und Bildung, das von der Regierung und der Privatwirtschaft finanziert wird. Diese Projekte sind zwar akademischer Natur, einige von ihnen – etwa in der Nanotechnologie, in „neuen Materialien“ oder Satellitentechnologie – können jedoch durchaus eine militärische Bedeutung haben.

- *Investitionen*
  Die chinesischen Direktinvestitionen verlagerten sich zuletzt von den Sektoren Bergbau, Energie und verarbeitendes Gewerbe in die Hightech-Branchen, also etwa in KI, Robotik sowie Informations- und Telekommunikationstechnologien. Zudem erhielten Israels Tech-Unternehmen und Forschungszentren zwischen 2011 und 2018 die meisten chinesischen Investitionen.

- *Infrastrukturen*
  Israel ist ein geografisch relevanter Standort für Chinas Belt and Road Initiative (BRI). So wurde im Rahmen von BRI-Infrastrukturprojekten der Ausbau der Häfen von Ashdod und Haifa ins Werk gesetzt. Chinesische Bauunternehmen werden in Israel bevorzugt behandelt, da sie erfahrener sind als israelische Unternehmen, wettbewerbsfähige Angebote abgeben und dafür bekannt sind, Projekte in kurzer Zeit zu realisieren. Auf den ersten Blick mag eine derartige Kooperation nicht allzu viel mit einem Technologietransfer zu tun haben. Am Beispiel des Hafens von Haifa zeigt sich jedoch, wie chinesische Unternehmen während des Bauprojekts ihre eigene Hard- und Software einsetzten, um die Aktivitäten des nahe gelegenen Militärhafens zu überwachen. Die Kooperation bot China also letztlich ganz neue Überwachungsmöglichkeiten.

- *Cyberspace*
  Zwischen 2011 und 2012 haben vermutlich chinesische Hacker kritische Informationen über das israelische Raketenabwehrsystem Iron Dome gestohlen.

Kritische Beobachter haben betont, dass in all diesen Bereichen bestimmte Sicherheitsrisiken bestehen. Denn wenn es um chinesische Aktivitäten und Investitionen im Ausland geht, darf nicht übersehen werden, dass die Grenzen zwischen privaten und staatlichen Unternehmen immer weiter verschwimmen. Gerade im Technologie-

sektor ist davon auszugehen, dass die Motivation für die Auslandsaktivitäten aus der eingangs skizzierten chinesischen Technologiestrategie resultiert, die wiederum von der Kommunistischen Partei Chinas vorgegeben wird.

Bedenkliche Sicherheitsrisiken

Das bedeutet, dass kommerzielle und militärische Zwecke dabei eng beieinander liegen. So veröffentlichte die RAND Corporation im Jahr 2020 einen Bericht, der elf von den 33 chinesischen Unternehmen, die in Israel tätig sind, als Sicherheitsbedrohung einstuft. Dazu gehören unter anderem Huawei, Alibaba, Baidu, Tencent und die ZTE Corporation, die von den USA wegen ihrer nebulösen Verbindungen zur chinesischen Regierung und zum Militär genau beobachtet werden.

Anlass zur Sorge bietet vor diesem Hintergrund vor allem der Umgang der Unternehmen mit Daten. So wurde berichtet, dass Browser chinesischer Technologieunternehmen sensible Informationen wie GPS-Daten, Wi-Fi-Zugangspunkte und aufgerufene URLs übermitteln. Ein weiteres Sicherheitsrisiko besteht darin, dass israelische Technologien – aufgrund einer Unschärfe des Doppelverwendungs- oder Dual-Use-Konzepts – zur Modernisierung und Ausrüstung des chinesischen Militärs verwendet werden könnten. Tatsächlich zeigt das Beispiel der chinesischen Cyberhacker, die zwischen 2011 und 2012 sensible Informationen über Israels Abwehrsystem Iron Dome gestohlen haben sollen, das anhaltende chinesische Interesse an israelischer Verteidigungstechnologie.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die hohen chinesischen Investitionen in den Bau und den Betrieb von Infrastruktur, die von China langfristig als politisches Druckmittel genutzt werden könnte. Da viele der chinesischen Unternehmen, die in Israel aktiv sind, auch im Iran arbeiten, könnte Peking zudem mit einer Weitergabe von Informationen an die iranische Regierung drohen. Viele der in dem erwähnten RAND-Bericht befragten israelischen Beamten sahen Chinas Aktivitäten „nicht per se als Bedrohung an“. „Allerdings“, so der Bericht weiter, „äußerten die meisten von ihnen Bedenken, Geld von China anzunehmen, weil dies die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beeinträchtigen könnte.“ Im Jahr 2019 berichteten israelische Zeitungen, dass der damalige US-Präsident Donald Trump die Regierung in Jerusalem davor warnte, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern könnten leiden, wenn Israel seine Beziehungen zu China nicht einschränke.

Mit Amerika gegen China und Russland

Die anhaltenden Versuche der USA, den Technologietransfer zwischen Israel und China zu kontrollieren, gipfelten jüngst in einer gemeinsamen Vereinbarung, die beide Seiten zu einem strategischen Dialog verpflichtet. Es war während seines Besuchs in Israel im Juli dieses Jahres, als US-Präsident Joe Biden und der israelische Premierminister Yair Lapid eine gemeinsame Erklärung über die Aufnahme eines solchen Dialogs abgaben. Der Dialog wird nicht unter der Leitung der jeweiligen Wirtschafts- oder Wissenschaftsministerien stattfinden, sondern von den Leitern der Nationalen Sicherheitsräte beider Länder geführt werden. In der offiziellen Erklärung der USA dazu heißt es: „Wir verpflichten uns, unsere gegenseitigen Innovationsökosysteme zu stärken, unser bilaterales Engagement zu vertiefen, kritische und neu entstehende Technologien im Einklang mit unseren nationalen Interessen, demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten voranzutreiben und zu schützen und geostrategische Herausforderungen anzugehen.“ All das deutet darauf hin, dass die neue Partnerschaft vor allem dem Einfluss Chinas oder Russlands entgegenwirken soll und Israel und die USA ihre Position gegenüber China in Zukunft enger abstimmen wollen.

Während die USA seit Langem bestrebt sind, Chinas Beteiligung an der israelischen Infrastruktur und dem Technologiesektor auf ein Minimum zu beschränken, waren die israelischen Reaktionen auf den Druck aus Washington in der Vergangenheit nicht immer ganz unmissverständlich. So entpuppte sich der 2019 von Israel eingeführte Investitionsprüfungsmechanismus nicht als un-

bedingt wirksames Instrument. Es ist also nicht eindeutig sicher, dass Israel den gemeinsamen Regeln folgt. Ein ähnliches Verhalten zeigte Israel zuletzt auch in Bezug auf seine Haltung zum Krieg in der Ukraine: Die Regierung hat den Krieg zwar aufs Schärfste verurteilt, hält sich aber bis heute nicht an die von der EU und den USA verhängten Sanktionskataloge gegen Russland – auch um die Beziehungen zu Moskau als wichtigem Sicherheitspartner in der Region nicht zu gefährden.

Israels Tech-Vorsprung wächst

Einer der Hauptgründe dafür, dass China in Zukunft an Präsenz und Einfluss im Nahen Osten gewinnen wird, ist der, dass China immer noch rund 80 Prozent seines Erdöls aus dieser Region bezieht – und chinesische Infrastruktureinrichtungen, wie etwa am Golf von Aden, am Golf von Suez und am Roten Meer, allein schon geografisch kritische Knotenpunkte für den Welthandel sind.

Israel verurteilt Russlands Krieg gegen die Ukraine auf das Schärfste, hält sich aber bis heute nicht an die von der EU und den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionskataloge.

Wenn Peking sich in einer politisch so angespannten Region als verantwortungsbewusste und friedenstiftende Macht präsentieren will, ist es gezwungen, seine politischen Beziehungen hier ausgewogen zu gestalten. Während sich die meisten dieser Beziehungen jedoch auf den Handel mit Öl und anderen Rohstoffen konzentrieren, hat Israel mit seiner fortschrittlichen Technologie und seinem innovativen Energiesektor ein Alleinstellungsmerkmal. Und da die großen Technologieunternehmen in China seit Ende 2020 in wachsendem Maße unter Druck geraten sind, weil Peking so langsam misstrauisch gegenüber ihrer Macht wird und begonnen hat, sie stärker zu regulieren, hat sich Israels technologischer Vorsprung gegenüber China noch weiter vergrößert.

Weder Spielball noch Spielwiese

Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie Israel seine Beziehungen zu China vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden technologischen Großmächtewettbewerbs gestalten sollte. Unter Hinweis darauf, dass „Made in China 2025“ ein Konzept ist, das Israel direkt herausfordert, argumentieren einige, dass China künftig nur noch als Konkurrent betrachtet werden sollte. Und das Abkommen zwischen den USA und Israel über die strategische technologische Zusammenarbeit legt nahe, dass Israel sich den Interessen und der Politik der USA mittlerweile anpasst.

Das Land könnte jedoch auch einen Mittelweg suchen, bei dem es weder Spielball noch Spielwiese der chinesisch-amerikanischen Machtkämpfe ist. Das soll nicht heißen, dass Israel den USA in den Rücken fallen sollte. Die genannten Sicherheitsrisiken sind besorgniserregend und verdienen höchste Aufmerksamkeit. Nichtsdestotrotz könnte der technologische Vorsprung Israels ein politisches Druckmittel werden und dem Land in

der Gestaltung der Beziehungen zu China einen größeren Handlungsspielraum geben.

Klare Position gegenüber Peking

Israel kann gegenüber China eine klare Position beziehen. Die Tatsache, dass Jerusalem bereits geschlossene Vereinbarungen mit chinesischen Unternehmen auf Druck der USA hin annulliert hat, macht das Land in den Augen Pekings ohnehin zu einem unzuverlässigeren Partner – auch wenn die USA in diesem Fall als Hauptschuldiger wahrgenommen wurden. Daher gilt es, klare Bedingungen für die israelisch-chinesische Zusammenarbeit zu formulieren.

In einem ersten Schritt ist es deshalb wichtig, Sicherheitsrisiken zu erkennen und ein neues Bewusstsein für die Bedeutung von Infrastrukturen zu entwickeln. Der strategische Dialog mit den USA könnte dafür den passenden Rahmen bieten. Der israelische Investitionsprüfungsmechanismus könnte beispielsweise dadurch verbessert werden, dass er gesetzlich verankert wird, die Empfehlungen des entsprechenden Prüfungsausschusses verbindlich werden und er technologische Investitionen prüfen kann. Zuletzt wurde berichtet, dass die israelische Regierung durchaus dazu bereit wäre, dieses Instrument anzupassen und zu stärken.

Darüber hinaus sollte der Begriff des militärischen und zivilen Doppelnutzens (Dual-Use) klarer definiert werden. Gerade bei Technologietransfers sind Dual-Use-Aspekte auf den ersten Blick nicht immer augenfällig. Daher sollte die dem israelischen Ministerium für Wirtschaft und Industrie unterstellte Exportkontrollbehörde gerade im Hinblick auf Expertise in Sicherheits- und Technologiefragen personell aufgestockt werden.

Ebenso wäre es sinnvoll, ein ressortübergreifendes Forum oder eine China-Strategie zu entwickeln, damit sowohl das Wirtschaftsministerium als auch die Ministerien für Bildung, Landwirtschaft und Sicherheit eine einheitliche Politik verfolgen. Es wäre naiv, weiterhin anzunehmen, dass es im Technologiebereich unpolitische Bereiche gebe, in denen sich eine Zusammenarbeit ohne Rücksicht auf politische Erwägungen gestalten ließe. Wenn jedoch Maßnahmen zur besseren Kontrolle und Regulierung des chinesischen Engagements ergriffen würden, dann wäre eine Kooperation mit China im Agrarsektor oder im Hinblick auf den Klimawandel durchaus denkbar.

Israels Behörde für die Exportkontrolle sollte im Hinblick auf Expertise in Sicherheits- und Technologiefragen personell aufgestockt werden.

Möglichkeiten der Kooperation

Die rasche Urbanisierung Chinas und der daraus resultierende Druck auf die landwirtschaftliche Produktion hat chinesische Unternehmen dazu veranlasst, die künftige Lebensmittelversorgung des Landes durch den Kauf und die Übernahme von Farmen, Ackerland und Lebensmittelfabriken in Asien, Australien und Afrika abzusichern. Darüber hinaus hat die Umweltverschmutzung die chinesischen Behörden dazu bewegt, der Sicherheit von Lebensmitteln und Trinkwasser mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Israel verfügt derweil mit seinen eher kargen und trockenen Landschaften und seinen geringen Niederschlagsraten nur über äußerst beschränkte

Ressourcen für den Anbau von Lebensmitteln. Mit Blick auf die chinesischen Investitionen in Israel erhielt der dortige Agrarsektor zwischen 2011 und 2018 immerhin die zweitgrößte chinesische Aufmerksamkeit. In gemeinsamen Forschungseinrichtungen könnte man hier an Lösungen für die Agrarindustrie mit Blick auf den Klimawandel und die Wasserversorgung arbeiten. Natürlich sind dazu Verhandlungen über Fragen wie geistige Eigentumsrechte und den Export von Technologien an Dritte erforderlich. Angesichts seines technologischen Vorsprungs muss Israel jedoch nicht davor zurückschrecken, bei der Erörterung dieser Fragen selbstbewusst aufzutreten.

Mit Blick auf die Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels verhält es sich ganz ähnlich. Hier liefert China nicht nur das nötige Baumaterial, etwa für Solarmodule, sondern ist – nicht zuletzt aufgrund des innenpolitischen Drucks – auch ein Vorreiter in Sachen klimafreundlicher Technologien.

Beim Klimaschutz handelt China – ebenso wie in den meisten anderen Bereichen – vor allem strategisch. Bei der Verarbeitung von Seltenen Erden und der Herstellung von Silizium hat das Land bereits eine Führungsrolle erreicht. Insofern bleibt die Zusammenarbeit mit China von grundlegender Bedeutung und bietet Potenzial für israelische Innovationen. Die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels könnte auch in multilateralen Formaten, einschließlich der EU, in Angriff genommen werden. Auch hier sind Technologietransfer, Innovation und die Abhängigkeit von Lieferketten im Auge zu behalten.

Technologie als Steuerungshebel

Wie skizziert ist die Frage, wie sich Israel im eskalierenden Technologiewettbewerb zwischen den USA und China positionieren sollte, ausgesprochen komplex. Auf der einen Seite steht das Festhalten an amerikanischen Prinzipien und Werten und die Einsicht, dass chinesische Interessen im israelischen Technologiesektor auch Fragen der nationalen Sicherheit berühren. Auf der anderen Seite ist davon auszugehen, dass der Einfluss Chinas im Nahen Osten weiter wachsen wird und die technologische Zusammenarbeit künftig als Hebel dienen könnte, um den chinesischen Einfluss im Nahen Osten zu steuern. Gleichzeitig steht die Welt sowohl in Bezug auf die Lebensmittel- und Wasserversorgung als auch mit Blick auf den Klimawandel vor großen Herausforderungen. Und all die Fragen und Lösungen, nach denen diese Probleme rufen, sind zweifelsohne eng mit der strategischen Agenda der USA und Chinas und mit ihrem Kampf um die globale Vorherrschaft verwoben.

Israel kann wirksame Maßnahmen zum Schutz seiner nationalen Sicherheit ergreifen, indem es einen kritischeren Blick auf chinesische Investitionen im eigenen Land und in der Region wirft. Das erfordert jedoch nicht nur einen regen Austausch mit den USA, sondern auch eine intensivere Beschäftigung mit China im wissenschaftlichen Bereich. Denn eine kohärente China-Strategie kann dazu beitragen, Sicherheitslücken zu schließen und Israel gegenüber China gleichzeitig wieder als verlässlichen Partner zu präsentieren.

Die nationalen Technologiepläne Chinas sind ehrgeizig und klingen beeindruckend. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass sie in erster Linie innenpolitisch wirken sollen. •

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Klara Leithäuser ist in Berlin und London aufgewachsen. In Freiburg studiert sie Politikwissenschaft, Geographie und Jura. Als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Internationale Politik ist sie mit wissenschaftlichen Arbeiten zur EU, zur Autokratieforschung und zu China als politischem Akteur befasst gewesen. Nach diesen Inhalten richtete sie ihr Studium aus. Ihre politikwissenschaftliche Abschlussarbeit schreibt sie über die Neubewertung von Raum im Rahmen der Konnektivitätsstrategien des 21. Jahrhunderts. Als News Analyst verfasst sie politische Kurznachrichten für das Unternehmen Mediabrief.

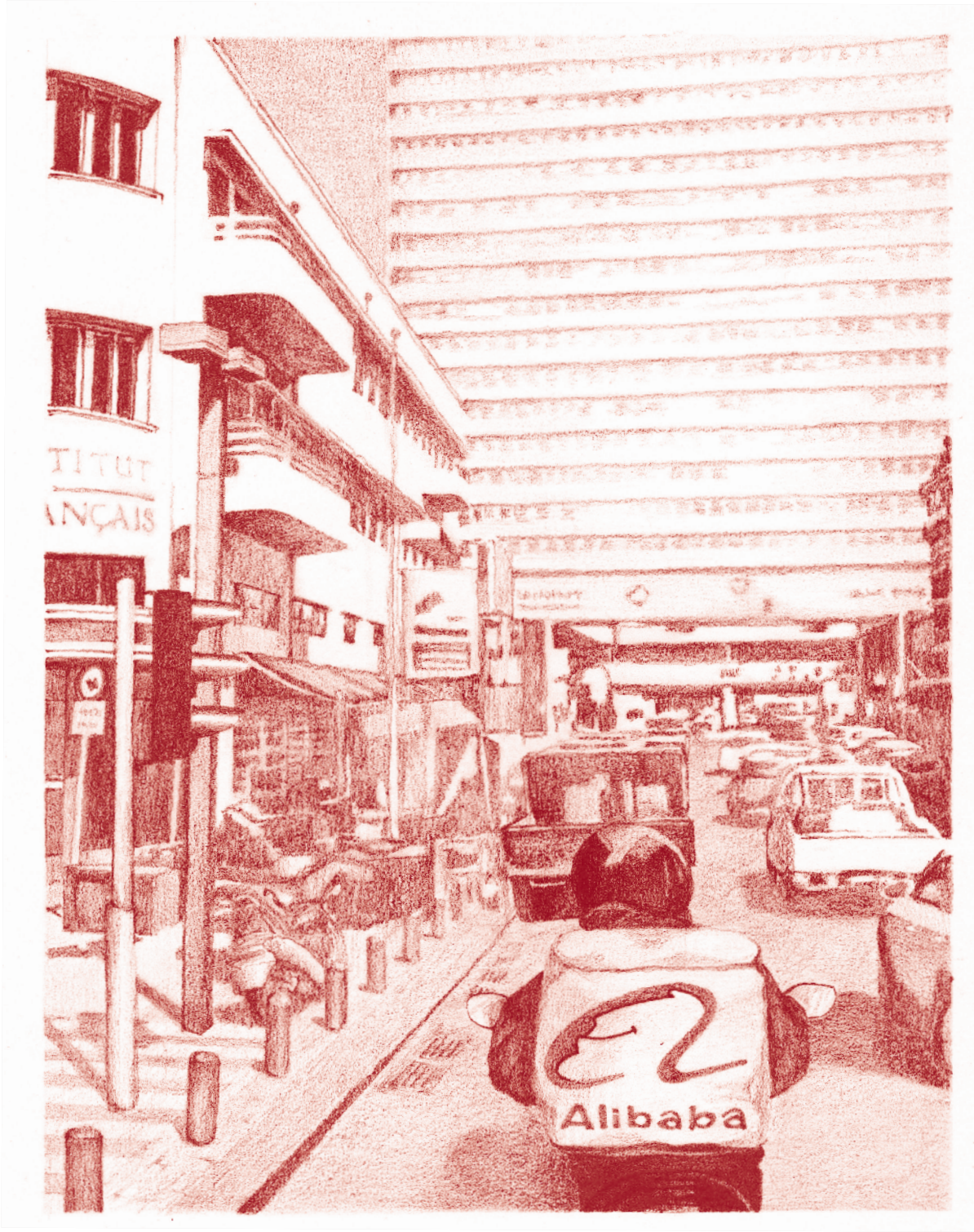
Chinas subtile Charme-Offensive

Von Soft Power, Tech und Popkultur

Von Maya Rollberg und Lukas Wiehler

In Israel hegen vergleichsweise viele Menschen eine Faszination für China. Laut Umfragen des Pew Research Center haben zwei Drittel der Israelis eine insgesamt positive und wohlwollende Einstellung gegenüber Peking – dieser Wert übertrifft die Stimmungslage in allen anderen westlich orientierten Ländern. Mögliche Erklärungen finden sich in der israelischen und internationalen Presse: Von chinesischen Investitionen in Israel über Hightech-Kooperationen und intelligente Diplomatie bis hin zum chinesischen Einfluss auf die israelischen Medien und zur Popularität von TikTok wurden bereits verschiedene Interpretationen bemüht. Sind die Umfrageergebnisse vielleicht lediglich ein Ausdruck der Bewunderung für die chinesische Tech-Industrie, die chinesische Popkultur und China als Geldgeber? Oder lassen sie Rückschlüsse darauf zu, was Israelis – auch im Hinblick auf kontroverse Themen wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – über das chinesische Wertesystem denken?

Dieser Artikel wirft zunächst einen allgemeinen Blick auf Chinas Image im Ausland und auf die Geschichte der diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen China und Israel. Dabei werden auch verschiedene Faktoren beleuchtet, die in Israel zu einer positiven Wahrnehmung Chinas geführt haben könnten, darunter Wirtschaftsbeziehungen, Sicherheitsbelange, diplomatische Bemühungen und Public Diplomacy sowie (soziale) Medien und Chinas kulturelle Anziehungskraft. Im zweiten Teil werden wir uns


Alibaba

mit den Missverständnissen und Unklarheiten befassen, die in Israel mit Blick auf China existieren.

Globale Wahrnehmung Chinas

Es wird oft behauptet, dass die chinesische Soft Power hinter der wirtschaftlichen und neuerdings auch diplomatischen Macht des Landes zurückbleibt. China sei zwar zu einer globalen Supermacht geworden, so die Erzählung, habe es jedoch nicht geschafft, im Ausland ein besonders positives Image aufzubauen. Und tatsächlich ist die Wahrnehmung von China vor allem in liberalen Demokratien eher negativ. Wurde die Volksrepublik einst als riesiges, unterentwickeltes Land und als Produzent billiger Produkte angesehen, so wird sie heute als geopolitischer Konkurrent wahrgenommen, der die westliche Vormachtstellung bedroht. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg hat im Ausland nicht zu einer wohlwollenderen Wahrnehmung seiner Werte und kulturellen Erzeugnisse sowie seines politischen und sozialen Systems geführt. Stattdessen mündete der wachsende chinesische Einfluss gerade in westlichen Demokratien stets in neue Wellen der Kritik und der Antipathie und befeuerte die Sorge, dass China das globale System aus den Fugen bringen und eine neue antiliberale Weltordnung schaffen könnte.

Anders verhält es sich jedoch mit Israel, wo das Bild von China ganz erheblich positiver zu sein scheint. Laut Umfragen haben ganze 66 Prozent der Israelis eine insgesamt positive und wohlwollende Einstellung zu China. Ein Wert, mit dem weltweit nur Russland und der Libanon mithalten können. Dem Gefühl der Bedrohung und der Beunruhigung, das mit Blick auf China in vielen anderen westlichen Ländern herrscht, scheint sich Israel also zu entziehen. Kann die chinesische Soft Power durch den Einsatz wirtschaftlicher, diplomatischer, medialer und kultureller Instrumente in Israel anders oder effektiver eine Wirkung erzielen?

Die politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Israel und China hat eine bewegte und wechselhafte Geschichte. Chinas Unterstützung für den Staat Israel beziehungsweise den Zionismus geht bis in das Jahr 1920 zurück, in dem die zionistische Bewegung in Schanghai gegründet wurde. Im Jahr 1947 gehörte China zu den zehn Nationen, die sich bei der historischen Abstimmung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Aufteilung Palästinas der Stimme enthielten und so der Gründung des Staates Israel den Weg ebneten, da für diese Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war. Im Gegenzug war Israel das erste Land des Nahen Ostens, das 1956 die Volksrepublik China anerkannte. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1992 entwickelten sich dann auch erste Kooperationen und Partnerschaften; spätestens zu Beginn des 21. Jahrhunderts erkannte China Israel dann als globalen Technologiestandort von entwicklungspolitischer und strategischer Bedeutung an. In Israel entwickelte sich in dieser Zeit wiederum ein Bild von China als alternativem Wirtschafts- und Entwicklungspartner zu den USA oder anderen westlichen Ländern.

Dieser historische Rückblick deutet auf ein bemerkenswertes Phänomen hin: In der israelischen politischen Landschaft gibt es, anders als

In Umfragen haben 66 Prozent der Israelis eine positive Einstellung zu China – damit können nur Russland und der Libanon mithalten.

in Europa und Nordamerika, keine starke antichinesische Lobby. Zwar haben einige Mitglieder der Knesset in der Vergangenheit eine genauere Prüfung des chinesischen Engagements in Israel gefordert. Eine echte antichinesische Lobby, die etwa mit dem Lager von Marco Rubio in den USA vergleichbar wäre, gibt es innerhalb des israelischen politischen Establishments allerdings nicht.

Seit den 1970er Jahren konzentrieren sich Israel und China darauf, Synergien zu identifizieren und das Potenzial ihrer diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen in Bezug auf wirtschaftliche Innovationen zu nutzen. Zwischen 2001 und 2018 hat sich das Volumen des israelisch-chinesischen Handels verzehnfacht. Dazu kommt, dass etwa 50 Prozent der chinesischen Investitionen in Israel in die Infrastruktur flossen, wie zum Beispiel in den neuen Hafen von Haifa. Weniger sichtbar sind derweil die Investitionen in den Hightech-Sektor gestiegen: 50 Prozent der israelischen Exporte nach China sind mittlerweile elektronische Komponenten, die in der chinesischen Produktion verwendet werden. In der Öffentlichkeit wurde die Wirtschaftspartnerschaft der beiden Länder zuletzt folgerichtig als „umfassende Innovationspartnerschaft" bezeichnet, die beiden Ländern gegenseitige wirtschaftliche Vorteile verschafft.

Dies führt uns zur Perspektive der Verbraucher: Interessant ist hier, dass der chinesische E-Commerce, vertreten durch Unternehmen wie Alibaba, in Israel teilweise erfolgreicher ist als in anderen Ländern. So meldete AliExpress, der Einzelhandelsdienst von Alibaba, dass der israelische Markt trotz seiner geringen Größe international einer seiner größten Abnehmer ist – und erwartet wird, dass die Nachfrage noch steigt. Auch Rami Blachman, Tech-Unternehmer und Experte für den Tech-Sektor in Israel und China, sieht in Israel eine viel größere Offenheit für Geschäfte mit China und sogar eine gewisse Herzlichkeit gegenüber chinesischen Geschäftspartnern: Die Geschichte Israels als Start-up-Nation werde auf dem chinesischen Markt viel mehr geschätzt als in vielen anderen Ländern. Chinesische Produkte und der chinesische Markt scheinen also eine große Anziehungskraft auf israelische Verbraucher und Jungunternehmer auszuüben. Diese allgemeine Atmosphäre prägt natürlich auch die Wahrnehmung von chinesischen Investitionen in Israel: So wurde die Beteiligung von Huawei am israelischen Solarmarkt mit Begeisterung aufgenommen, obwohl die USA versuchten, diesen Schritt zu verhindern, weil sie das Engagement des Konzerns als wichtigstem Sicherheitspartner Israels kritisch sahen.

In Israel selbst scheint die technologische Zusammenarbeit jedoch bis heute recht unkritisch gesehen zu werden, der Sektor ist für das Land ein wichtiger Investitionsbereich. Dies wird auch durch Pew-Umfragen untermauert, die belegen, dass im Jahr 2022 rund 57 Prozent der Israelis eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu Peking unterstützen – trotz anhaltender Debatten über die Menschenrechtssituation in China. Letztere scheinen nur 10 Prozent der Israelis für ein ernstes Problem zu halten.

Chinesische Public Diplomacy

Wie kommt es zu dieser deutlich weniger kritischen Wahrnehmung Chinas in Israel? Ein wichtiger Aspekt ist sicher die öffentliche Diplomatie. So publiziert die chinesische Botschaft in Tel Aviv seit 2008 auf ihrer Website in der Rubrik „Embassy News" kleine Nachrichtenstücke. Ursprünglich wurden dort hebräische Übersetzungen von Propagandamaterial der Kommunistischen Partei veröffentlicht, von denen einige auf den ersten Blick seltsam und in einem westlichen Kontext nur wenig wirkungsvoll erscheinen mögen (so ein Artikel mit dem Titel „CIA steuerte Tibet-Contras seit 1959").

Nach Angaben des Middle East Institute hat die chinesische Botschaft ihre Nachrichtenrubrik jedoch kontinuierlich verfeinert, indem sie gezieltere und auf ein israelisches Publikum zugeschnittene Beiträge veröffentlichte. So berichtete die Botschaft beispielsweise über die Aktivitäten ihrer eigenen Beamten in Israel, einschließlich diplomatischer und geschäftlicher Treffen, aber auch über das chinesische Engagement in der

israelischen Gesellschaft. Botschaftswebsites sind nicht dafür bekannt, dass sie den öffentlichen Diskurs maßgeblich beeinflussen, aber die Inhalte und Erzählungen können indirekt in den Diskurs einfließen, wenn Journalisten Informationen von der Website aufgreifen und in ihrer Berichterstattung verwenden.

In ähnlicher Weise wandten sich chinesische Botschaftsmitarbeiter an die israelische Öffentlichkeit: So begann Botschafter Zhan Yongxin im Jahr 2015, Artikel in der führenden englischsprachigen Zeitung zu schreiben, der *Jerusalem Post*. In seinen Texten versuchte er unter anderem, Bedenken über chinesische Investitionen zu zerstreuen, die in den USA Misstrauen hervorriefen und Israel in eine schwierige Lage brachten. 2018 schaltete sich der Botschafter außerdem durch Videointerviews auch in die hebräischsprachigen Lokalnachrichten und eine Vielzahl von Onlinemedien ein, deren Plattformen ihm einen direkten Zugang zu jüngeren Israelis ermöglichten. Das Narrativ lautete dabei stets: „China möchte den besonderen Beziehungen Israels zu anderen Ländern keinen Schaden zufügen“ und „die Zusammenarbeit mit China bietet Chancen für unsere Unternehmen und Bevölkerungen und sogar für die ganze Welt“.

Botschafter Du Wei, Zhans Nachfolger, und andere chinesische Beamte setzten diese Arbeit im Jahr 2020 fort, wobei sie auch mit einer Reihe von religiösen und säkularen Gruppen aus dem gesamten politischen Spektrum Israels in Kontakt traten. In Medienbeiträgen wie *Makor Rishon* (einer konservativen hebräischen Zeitung, die mit dem rechten religiösen Zionismus in Verbindung gebracht wird) und *Yated Ne'eman* (einer hebräischen Zeitung, die der orthodoxen Haredi-Gemeinschaft Israels nahesteht) signalisierte die chinesische Diplomatie ein tiefgreifendes und breit gefächertes Verständnis der israelischen Gesellschaft. Durch diese direkten und vielfältigen Formen der Kommunikation sprach China die israelische Öffentlichkeit auf mehreren Ebenen an. Außerdem wurde das Bild Chinas als wohlwollender Geschäftspartner gezeichnet, der alles tut, um internationale politische Spannungen zu vermeiden.

(Soziale) Medien

Die Arbeit chinesischer Medien in Israel kommt als zusätzlicher prägender Faktor hinzu. So veröffentlichte das chinesische Radio International (CRI) 2009 seine ersten hebräischsprachigen Websites. Das CRI ist Chinas nationaler Auslandssender und umfasst ein Netzwerk von über 14 Kanälen in verschiedenen Ländern, das von der China Media Group kontrolliert wird, die ihrerseits wiederum der Kommunistischen Partei untersteht. Kaum überraschend zeichnet der hebräische Arm des CRI ein positives Bild von China, bietet Nutzern die Möglichkeit, Social-Media-Profile anzulegen, und verspricht eine „chinesische Perspektive auf verschiedene Themen“.

Neben den herkömmlichen Medien ist das CRI auch in den sozialen Medien aktiv: Xi Xiaoqi oder „Chinese Itzik“ ist beispielsweise ein beliebter chinesisch-hebräischsprachiger Influencer, der das israelische Publikum mit lokalen Beiträgen anspricht und gleichzeitig mit positiven Botschaften über China unterhält. Itzik steht offiziell bei der Chinese Media Group unter Vertrag und ist bereits in verschiedenen Fernsehsendungen aufgetreten, außerdem hat er kurze Videos für verschiedene TV-Programme produziert, in denen er auch zu geopolitischen Themen und der chinesischen Kultur Stellung bezieht. So kritisierte er in einem Interview etwa die US-amerikanische Außenpolitik und verteidigte Chinas Regierung. Der Social-Media-Popstar ist ein gutes Beispiel dafür, wie China es geschafft hat, mit lokal verbreiteten und sehr gezielten Botschaften die öffentliche Meinung im Ausland zu beeinflussen.

Neben der wachsenden Präsenz in den Medien investierte China in den 2000er und 2010er Jahren erheblich in den Export chinesischer Kultur nach Israel. Dieser Schritt kann als Teil der chinesischen „Charmeoffensive“ zur Verbesserung des chinesischen Ansehens im Ausland verstanden werden. Im Jahr 2007 eröffnete China sein erstes Konfuzius-Institut an der Universität Tel Aviv. Das zweite folgte 2015 an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Diese Institute werden von einem Ableger des chinesischen Kulturminis-

teriums betrieben und unterliegen damit direkt der politischen Kontrolle der Kommunistischen Partei. Interessanterweise konzentrieren sich die israelischen Konfuzius-Institute jedoch – anders als Dependancen in anderen Ländern – nicht auf die Verbreitung der chinesischen Sprache, sondern legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Finanzierung von chinabezogener Forschung, Konferenzen und kulturellen Aktivitäten wie Aufführungen, also etwa chinesische Feste und Feiertage. All diese Aktivitäten zielen darauf ab, das Interesse und das Verständnis für die chinesische Kultur zu fördern.

Die chinesische Regierung setzt auch lokalisiert und gezielt vermehrt auf Instrumente der sanften Diplomatie, um in Israel ein positives Bild von sich zu erzeugen.

Neben dem Konfuzius-Institut richtete die chinesische Regierung in Tel Aviv auch ein Kulturzentrum ein. Während die Konfuzius-Institute auf ein akademisches Publikum abzielen, richten sich die chinesischen Kulturzentren an die breite Öffentlichkeit und verbreiten mit Hilfe von Ausstellungen, Workshops und Veranstaltungen ein positives Bild des Landes, von chinesischer Kunst und Kultur. Diese sehr lokalisierte und gezielte Form des kulturellen Engagements zeigt, dass China mittlerweile vermehrt auf Instrumente der sanften Diplomatie setzt, um die israelische Wahrnehmung zu beeinflussen.

Wenngleich die israelische Wahrnehmung Chinas im Vergleich relativ positiv ist, sind die israelisch-chinesischen Beziehungen nicht unproblematisch. Im Gegenteil: Es gibt Hinweise darauf, dass die beiden Länder in einer ganzen Reihe von Themen eher kritisch miteinander umgehen und eine gewisse Skepsis hegen. Und gegenüber dem chinesischen Engagement in Israel gibt es neben viel Wohlwollen ebenfalls Argwohn und Misstrauen. Zudem werden die chinesische (öffentliche) Diplomatie, die strategische Kommunikation und die wirtschaftliche Strategie Pekings nicht immer positiv gesehen. In der internationalen Politik gab und gibt es zwischen China und Israel erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die in der israelischen Öffentlichkeit auch sehr ausgiebig besprochen werden. Wie bereits erwähnt, hat das Problem der Handels- und Sicherheitsbeziehungen in der Verteidigung, insbesondere aufgrund der Abhängigkeit von den USA, wiederholt zu negativen Debatten über China geführt. Darüber hinaus wurde Chinas langjährige Unterstützung der palästinensischen Sache in internationalen Foren wie der Generalversammlung der Vereinten Nationen und dem UN-Menschenrechtsrat kritisch gesehen, auch wenn diese politischen Schachzüge von der israelischen Führung routinemäßig als „Witz“ oder als „Zirkus“ abgetan wurden. Zudem wird in Israel das wachsende chinesische Engagement in Westasien – etwa durch Waffen-, Energie- und Infrastrukturgeschäfte – kritisiert. Diese Fragen blieben in Israel jedoch bislang vor allem ein Thema der Eliten und fanden in den Medien kaum Widerhall.

Nicht alle Bemühungen der chinesischen Öffentlichkeitsdiplomatie scheinen also auf fruchtbaren Boden zu fallen – und wie viel Aufmerksamkeit entsprechenden Aktionen in Israel

zuteil wird, ist weiterhin von Fall zu Fall höchst unterschiedlich. Das liegt wohl nicht zuletzt daran, dass die chinesische Politik, chinesische Angelegenheiten und die israelisch-chinesischen Beziehungen ganz allgemein trotz ihrer wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung in den israelischen Medien nur wenig Beachtung finden. Ein Großteil der Berichterstattung über China wird aus europäischen oder amerikanischen Zeitungen übernommen und einfach übersetzt.

Auch chinesische Investitionen und wirtschaftliche Aktivitäten blieben in Israel nicht immer ohne Kritik. So wurde beispielsweise die Übernahme des zweitgrößten israelischen Molkereiunternehmens Tnuva durch das staatliche chinesische Agrar- und Lebensmittelunternehmen Bright Food von Befürchtungen hinsichtlich der Kontrolle und der Abhängigkeit von dem chinesischen Megakonzern begleitet. Ähnliche Bedenken wurden geäußert, als der israelische Versicherungs- und Finanzkonzern Phoenix beinahe von der größten privaten chinesischen Holding Fosun International gekauft worden wäre. Angesichts der drohenden Übernahme rief die Phoenix-Gewerkschaft zu Streiks auf, da der neue Eigentümer angeblich weitergehende Verhandlungen verweigerte. Auch mehrere Analysten äußerten Sicherheitsbedenken, da Phoenix ihrer Meinung nach durch seinen großen Marktanteil ein systemrelevantes Unternehmen sei, dessen Übernahme die nationale Sicherheit beeinträchtigen könnte. Schließlich wurde das Geschäft unter Verweis auf angebliche Korruption von chinesischer Seite abgeblasen, während israelische Insider über eine gescheiterte behördliche Genehmigung berichteten.

Einige israelische Wissenschaftler haben auch auf ein allgemeines Problem hingewiesen, das die Kommunikation zwischen China und der Außenwelt belastet. So argumentiert Wang Yu, dass „chinesische ausländische Eigentümer gut mit Zahlen umgehen können, aber schlecht darin sind, andere Mentalitäten zu verstehen“. Chinesische Investitionen im Ausland scheiterten deshalb oft nicht an wirtschaftlichen Bedenken, sondern an kultureller Skepsis. Und selbst Wissenschaftler, die dem chinesischen Engagement im Ausland positiv gegenüberstehen, wie der Experte für Schifffahrt und Häfen Yigal Maor, der in der Vergangenheit unter anderem die Verpachtung des Hafens von Haifa an chinesische Unternehmen verteidigte, lassen sich mit Aussagen wie diesen zitieren: „Ich stimme zu, dass wir China nicht vollständig verstehen – sie haben dort eine andere Mentalität als wir.“

In den israelischen Medien finden chinesische Politik und das Verhältnis zu Peking trotz wachsender Bedeutung nur wenig Beachtung.

Die oft angesprochenen (kulturellen) Unterschiede zwischen Israel und China sind für Unternehmen mittlerweile sogar zu einer interessanten Nische geworden: So wurde beispielsweise der „China Israel Innovation Accelerator“ gegründet, um Unterschiede zu überbrücken und es chinesischen wie israelischen Unternehmern zu ermöglichen, auf den jeweiligen Märkten Fuß zu fassen. „In China werden Geschäfte anders gemacht“, sagt Gründer Rami Blachman, der sich selbst als „Tech-Entrepreneur“ bezeichnet und beide Märkte sehr gut kennt. Für ihn besteht die Attraktivität Israels

darin, dass es eine Art neues Silicon Valley werden könnte, auch wenn das Land für China in globaler Perspektive gar nicht so wichtig ist. China wiederum hat sich in Israel als ein sehr offener Markt präsentiert, der weder mit hohen Eintrittshürden aufwartet noch ehrgeizige politische Forderungen stellt.

Trotz allem wurde die anfängliche israelische Begeisterung über den chinesischen Markt bis zu einem gewissen Grad von der Realität eingeholt. Viele israelische Technologieunternehmen konnten in China nicht so leicht Fuß fassen wie versprochen – und andersherum sah es genauso aus.

Fazit

Die vergleichsweise positive Wahrnehmung Chinas in Israel ist faszinierend, wenn man bedenkt, dass das Misstrauen gegenüber der Volksrepublik zuletzt weltweit eher zugenommen hat. Die Gründe für diese Stimmung im Land sind jedoch vielfältig; dieser Artikel stellt nur einige Aspekte der vielschichtigen und verwobenen Erklärungen dar. China hat in Israel eine ganze Reihe von Soft-Power-Instrumenten effektiv eingesetzt, um seine Entwicklungsagenda voranzutreiben. Dazu gehören gezielte und lokalisierte Formen der öffentlichen Diplomatie in Zusammenarbeit mit Medien. Das Ziel dieser Strategie lag hauptsächlich darin, die wirtschaftliche Rolle Chinas zu bekräftigen sowie Staaten und Akteure zu besänftigen, die eine chinesische Einmischung in Sicherheitsfragen befürchteten. Im Mittelpunkt der Beziehungen standen für China also stets die eigenen wirtschaftlichen Vorteile. China versuchte darüber hinaus, seine kulturelle Anziehungskraft durch die Eröffnung von Konfuzius-Instituten und Kulturzentren sowie durch lokale Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens oder Influencer zu stärken.

Dennoch können auch diese Soft-Power-Instrumente das anhaltende Misstrauen und die Kritik nicht ausgleichen, die in den Diskursen rund um das israelisch-chinesische Verhältnis vorherrschen. Denn trotz der Konzentration auf den wirtschaftlichen Aspekt der Partnerschaft wuchs die Frustration auch in Israel schnell, als sich die wirtschaftlichen Hoffnungen nicht in vollem Umfang verwirklichten. In dieser Hinsicht wird China bis heute nicht als echter alternativer Partner wahrgenommen, der die Beziehungen zu den USA gefährden könnte. Auf die israelische Öffentlichkeit – und insbesondere auf ein jüngeres Publikum – scheint die chinesische Soft-Power-Strategie jedoch weiterhin große Anziehungskraft auszuüben. Sie ist anscheinend so stark, dass wirtschaftliche Interessen sogar Vorrang vor Menschenrechtsbedenken haben können. •

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Maya Rollberg
ist Masterstudentin der Environmental Governance und lebt derzeit in Freiburg, wo sie als freie Redakteurin für den Südwestrundfunk arbeitet. Außerdem ist sie als freiberufliche Moderatorin für Kulturveranstaltungen und politische Diskussionen tätig und engagiert sich als Senatssprecherin der Universität Freiburg und in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im journalistischen Nachwuchskollektiv „We Talk Freiburg" hat sie ehrenamtlich Bildungsarbeit zu Erinnerungskultur und Integration geleistet und sich in ihrem Auslandsjahr (Penn State University) mit den Konfliktlinien zwischen Israelis und Palästinenser*innen aus US-Perspektive beschäftigt.

Lukas Wiehler
ist Absolvent des Masterprogramms Transnational Governance am European University Institute in Florenz und an der Hertie School of Governance in Berlin. Für seine Masterarbeit beschäftigte er sich mit transnationalen Regulierungsansätzen für Künstliche Intelligenz, zuvor hat er sich u.a. auf die Politik des Nahen Ostens und der Türkei spezialisiert. Parallel arbeitete er als Redakteur im ZDF-Debattenformat „13 Fragen". Mit Theater- und Kurz- oder Dokumentarfilmprojekten hat er zudem die subkulturelle und freie Szene stets im Blick.

Pakt von Drache und Löwe

Zur Annäherung zwischen China und Iran

Von Julian Pfleging

Fariba Adelkhah wurde im Jahr 2019 unrechtmäßig im Iran verhaftet und der Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie der Verbreitung regimefeindlicher Propaganda beschuldigt. Die französisch-iranische Anthropologin ist Forschungsdirektorin am Institut d'études politiques de Paris. Sie wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt und sitzt mit zahlreichen politischen Gefangenen im berüchtigten Evin-Gefängnis am Rande Teherans. Berichte und Videos belegen, dass Häftlinge dort gefoltert werden. Ihr Schicksal ist kein Einzelfall. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft Iran die Geiselnahme Unschuldiger vor, um politische Ziele zu erreichen.

Drei Jahre später, Sommer 2022. Die iranisch-amerikanische Menschenrechtsaktivistin Masih Alinedschad entging einem Anschlag: Ein schwer bewaffneter Mann versuchte, in ihr Haus in Brooklyn einzudringen und wurde festgenommen. Bereits im vorherigen Jahr hatte der iranische Geheimdienst versucht, Alinedschad in den Iran zu entführen und ihre feministische Kritik an der Unterdrückung der Frauen und dem Schleierzwang in der Islamischen Republik zu beenden. Dieses grausame Schicksal traf den Journalisten Ruhollah Zam, der aus seinem französischen Exil in den Irak gelockt, entführt und 2020 im Iran hingerichtet wurde.

Sprung in die Gegenwart. 13. September 2022. Die 22-jährige Kurdin Jina Mahsa Amini wurde in Teheran von der Sittenpolizei in Gewahrsam genommen und ins Koma geprügelt. Drei Tage später

stirbt sie. Der Grund: ihr nicht korrekt sitzendes Kopftuch. Kurz darauf brechen Proteste aus, die sich aus den kurdischen Gebieten über das ganze Land ausbreiten. Videos zeigen, wie Frauen ihre Kopftücher in der Öffentlichkeit abnehmen – eine direkte Herausforderung des iranischen Regimes. Wie 2009 und 2019 reagiert das Regime mit Gewalt auf die Proteste. Um dieses Vorgehen vor der Welt zu verschleiern und die Vernetzung der Protestierenden zu erschweren, wird erneut das Internet abgeschaltet. Dennoch halten die Proteste an und die Forderungen weiten sich aus. Frauen und Männer fordern gemeinsam das Ende der Islamischen Republik, während Bilder von Repräsentanten des Regimes zusammen mit Kopftüchern verbrannt werden.

Bei der Meinungsfreiheit ganz hinten

Angesichts der Menschenrechtsverletzungen im Iran überraschen diese Fälle nicht. Ulrike Becker, Forschungsleiterin beim Mideast Freedom Forum Berlin, verweist darauf, dass der Iran zu den repressivsten Staaten der Welt gehört. Das Land steht bei der Meinungsfreiheit im Bericht von Reporter ohne Grenzen auf Platz 178 von 180 Staaten – gefolgt nur von Eritrea und Nordkorea. Im Iran werden Frauen systematisch unterdrückt, ebenso ethnische und sexuelle Minderheiten. Religiöse Minderheiten wie die Bahai werden systematisch verfolgt. Auf homosexuelle Handlungen steht die Todesstrafe. Proteste gegen den Klerus, gegen Korruption und Willkürherrschaft oder gegen den Schleierzwang werden mit dem Vorwurf der Islamfeindlichkeit diskreditiert und gewaltsam niedergeschlagen. Laut dem World Justice Project belegte der Iran im Jahr 2021 den letzten Platz aller 139 analysierten Staaten im Hinblick auf die staatliche Achtung von Menschenrechten.

Das erste Opfer des Regimes ist die Bevölkerung; seine Gewalt erstreckt sich jedoch weit über die Landesgrenzen hinaus. Neben der Terrorunterstützung auf quasi der ganzen Welt destabilisiert der Iran seine Nachbarschaft. Iranische Stellvertretergruppen untergraben oder beeinflussen die Staatlichkeit im Libanon, Irak, in Syrien und

China und Iran sehen sich als Großmächte, die durch den Westen kolonialisiert wurden und nun ihren rechtmäßigen Platz in der internationalen Arena zurückfordern. Sie teilen eine autoritäre Ideologie und lehnen eine westlich geprägte Weltordnung ab.

Jemen. Die Verbindung aus Irans revisionistischer Außenpolitik und seinem Atomprogramm wird in der MENA-Region (Middle East and North Africa) als derartige Bedrohung wahrgenommen, dass sie sogar die Annäherung zwischen Israel und arabischen Staaten im Rahmen der Abraham-Abkommen ermöglichte. Als Folge seiner atomaren Bestrebungen wird der Iran vom Westen isoliert und sanktioniert. Seitdem die USA unter Präsident Trump 2018 das umstrittene Atomabkommen (JCPOA) verlassen haben, ist der Sanktionsdruck immens. Die Bevölkerung leidet unter hoher Inflation. Iran befindet sich in einer prekären politischen und wirtschaftlichen Lage, bei der Suche nach neuen Partnern orientiert sich Teheran ostwärts.

China strebt nach Kontrolle der MENA-Region

China hat sein Engagement in der MENA-Region zuletzt erheblich ausgeweitet. Zwei Jahre, nachdem US-Präsident Obama 2011 den vielzitierten „pivot to Asia" (etwa: Schwenk nach Asien) angekündigt und somit perspektivisch Räume in der MENA-Region geöffnet hatte, präsentierte Chinas Präsident Xi seine Belt and Road Initiative, die zahlreiche Projekte in knapp 70 Ländern einschließt. Ausgelöst durch den gigantischen Bedarf an Ressourcen und Absatzmärkten vergrößerte Peking seine Investitionen auch in den Staaten der MENA-Region und entwickelt sich dort von einem ökonomischen zu einem geopolitischen Akteur, der die Kontrolle über die Region von den USA schrittweise übernehmen möchte.

Im Gegensatz zu zahlreichen europäischen Staaten ist Peking in der Region nicht durch eine koloniale Vergangenheit belastet. Es beruft sich auf ein strikt westfälisches Verständnis von staatlicher Souveränität, das Nichteinmischungsprinzip und die territoriale Integrität von Staaten sind absolut. Diese Umstände machen chinesische Investitionen attraktiv für autoritäre Staaten wie den Iran. Im Gegensatz zur EU sind chinesische Investitionen an keinerlei Konditionalität bei Menschenrechten oder Umweltschutz geknüpft.

Das kommt Peking gelegen. In erwähntem Ranking liegt China in Sachen Menschenrechte nur drei Plätze vor dem Iran auf Platz 136 von 139 und richtet (gefolgt vom Iran) weltweit die meisten Menschen hin. Wenn chinesische Investitionen angelockt werden sollen, ist Kritik an der Ein-China-Politik vis-à-vis Taiwan, am sogenannten „Sicherheitsgesetz" für Hongkong, am Umgang mit den Uiguren, an der orwellianischen Massenüberwachung der Bevölkerung oder am aggressiven Vorgehen im Südchinesischen Meer tabu. Zahlreiche Staaten geraten so in eine asymmetrische Abhängigkeit von China. Peking verlangt politischen Rückhalt, um die lauter werdende Kritik demokratischer Staaten abzuschwächen. Dieses Kalkül geht auf: Trotz ihrer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung unterstützen die meisten Staaten der MENA-Region beispielsweise das chinesische Vorgehen gegen die Uiguren in Xinjiang.

China ist Irans größter Handelspartner und wichtigste Quelle ausländischer Investitionen. Beide Staaten teilen eine autoritäre Ideologie und die Ablehnung der von den Vereinigten Staaten geprägten internationalen Ordnung. Außerdem sehen sich beide Staaten als Großmächte, die durch den Westen kolonialisiert wurden und nun ihren „rechtmäßigen" Platz in der internationalen Arena zurückfordern. China ist der wichtigste Abnehmer von iranischem Erdöl. Insbesondere seit dem US-Sanktionsregime gegen den Iran von 2018 waren die Exporte nach China überlebenswichtig für Teheran. Als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verliere der Iran jedoch aktuell Marktanteile, da China aufgrund der vorteilhafteren Konditionen verstärkt Öl aus Russland kaufe, sagt Azadeh Zamirirad, stellvertretende Forschungsgruppenleiterin Afrika und Mittlerer Osten der Stiftung Wissenschaft und Politik, im Gespräch.

Annäherung zu beiderlei Nutzen

Zuletzt haben sich die beiden Regime weiter angenähert, siehe ihr langfristiges Kooperationsabkommen, den iranischen Antrag auf Mitgliedschaft in der BRICS-Staatengruppe sowie den Beitrittsprozess Teherans zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der größten Regionalorga-

nisation der Welt. Das Kooperationsabkommen wurde im März 2021 unterzeichnet und schreibt die politische, strategische, wirtschaftliche und militärische Kooperation beider Länder für die nächsten 25 Jahre fest. Während China sich langfristig Öl zu günstigen Konditionen sichert, will es im Gegenzug 400 Milliarden Dollar in iranische Infrastrukturprojekte investieren. So soll ein Wirtschaftskorridor zwischen Zentral- und Ostasien entstehen, der die Geopolitik in der Region langfristig verändert. Das Abkommen ist in der iranischen Bevölkerung allerdings umstritten, es wird als Ausverkauf von Interessen kritisiert.

Keine Scheu vor Konfrontation

Der Beitritt zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist bedeutsam, da diese die (wenn auch eingeschränkte) militärische Kooperation der Mitgliedstaaten einschließt; bislang fehlt Iran die Einbindung in ein System kollektiver Sicherheit. Der Beitritt war ein lange gehegter Wunsch Irans, der bislang von Peking abgelehnt wurde – wohl, um die USA nicht zu brüskieren. China scheut sich nun aber weniger, den Konfrontationskurs mit US-Interessen in der MENA-Region zu suchen. So kam es jüngst vermehrt zu chinesisch-iranischen Militärübungen, häufig unter Einbeziehung Moskaus. „China, Russland und Iran bilden eindeutig einen Block, der sich gegen die Hegemonie der USA stellt. Die Ukraine-Krise hat die Beziehungen zwischen Peking, Moskau und Teheran weiter gestärkt“, sagt Dost Mohammad Barech vom Institute of Strategic Studies Islamabad. 2017 eröffnete Peking seine erste ausländische Militärbasis in Dschibuti, die den unter Xi gewachsenen Machtanspruch Chinas symbolisiert.

Für China ist der Iran ein trefflicher Partner. Dies gilt nicht nur aufgrund der unmittelbaren materiellen Vorteile für China, vielmehr ist der Iran ein geopolitisches Ass für Peking. China hält das schwache iranische Regime auch am Leben, weil Teheran samt seiner regionalen Verbündeten ein potenzieller Unruheherd in der MENA-Region ist, der die USA fernab von chinesischem Territorium beschäftigen kann. Gleichzeitig stabilisiert diese Rückendeckung das iranische Regime. Sie hilft ihm, die westlichen Sanktionen abzufedern und vergrößert das Selbstvertrauen im Hinblick auf sein Atomprogramm. So schränkte Teheran im Juli 2022 seine Kooperation mit der Internationalen Atomenergie-Organisation weiter ein, erhöhte den Anreicherungsgrad seines Urans weiter über die im JCPOA erlaubten und für eine friedliche Nutzung erforderlichen 3,67 Prozent und installierte modernere Zentrifugen. Parallel wurden Kameras in den Nuklearanlagen abgeschaltet, sodass eine Kontrolllücke entsteht. Die sogenannte Breakout-Zeit (die Zeitspanne, die der Iran benötigt, um eine Atombombe herzustellen) ist in der Folge besorgniserregend kurz. Eine Rückkehr zum JCPOA müsste zwingend den Rückbau iranischer Kapazitäten beinhalten.

Azadeh Zamirirad betont die Relevanz der Beziehungen zwischen Iran und China und Teherans zentrale Position in der BRI, will aber jüngste Entwicklungen nicht überbewerten. Obgleich die Beziehung als strategische Partnerschaft dargestellt werde, fehlten doch bedeutende Bestandteile wie eine militärische Beistandsverpflichtung oder ein koordiniertes Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen. Ordnungspolitische Gemeinsamkeiten wie die Ablehnung der unipolaren Weltordnung und die Erwartung eines relativen Machtgewinns in einem künftigen multipolaren System ermöglichten es, ideologische Unterschiede zwischen einem nominell kommunistischen und einem theokratischen System zu überbrücken.

Die Uiguren sind für den Iran kein Hindernis

Einer dieser Unterschiede zeigt sich in der Behandlung der muslimischen Minderheit der Uiguren in China. Iran präsentiert sich als Stimme unterdrückter Glaubensbrüder und -schwestern, besonders im Fall der Palästinenserinnen und Palästinenser. Pekings spätestens seit der Veröffentlichung der Xinjiang-Police-Files nicht mehr zu leugnende Genozid an den Uiguren stellt jedoch kein Hindernis für die chinesisch-iranischen Beziehungen dar. Tatsächlich stellt sich angesichts

des lauten Schweigens der Machthaber in Teheran zum Leid der Uiguren die Frage, ob die „Solidarität mit Palästina“ nicht primär ein Vehikel für den Kampf gegen den jüdischen Staat ist.

Die enge Kooperation zwischen China und Iran hält Israel indes nicht davon ab, ebenfalls gute Beziehungen mit Peking zu unterhalten. Angesichts iranischer Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel, seiner antisemitischen Staatsideologie, seiner Unterstützung islamistischer Terrorgruppen und des Cyber-Schattenkriegs ist das nicht selbstverständlich. Nicht nur mit dem Iran, sondern auch mit Israel gute wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten, ist charakteristisch für die bisherige chinesische Strategie, sich oberflächlich aus regionalen Konflikten herauszuhalten.

Die ungewisse Zukunft der amerikanischen Präsenz im Nahen Osten zwingt Israel dazu, sich mit China zu arrangieren. Die Annäherung Pekings an das antisemitische Regime in Teheran besorgt Tel Aviv allerdings zutiefst.

Die Beziehungen zwischen China und Israel unterscheiden sich von denen anderer Staaten der MENA-Region, sagt Doron Ella, China-Experte am Institute for National Security Studies der Universität Tel Aviv, im Gespräch: „Israel ist der Außenseiter im Nahen Osten. Wir sind eine liberale, entwickelte Demokratie, ein Hightech-Land. Viele Länder des Nahen Ostens werden als strategische Partner bezeichnet, aber mit Israel hat China keine strategischen Beziehungen. Das zeigt, was China von Israel will: innovative Fähigkeiten, Know-how und Technologie erwerben und lernen, so innovativ zu sein wie Israel. Im Gegensatz zu anderen Staaten des Nahen Ostens, wo China Öl, Märkte und politische Unterstützung sucht.“

Wirtschaft und Diplomatie werden getrennt

Die Wirtschaft ist der Schwerpunkt der israelisch-chinesischen Beziehungen. China ist der zweitgrößte Handelspartner Israels. Relevante sicherheitspolitische Zusammenarbeit gibt es aufgrund des amerikanischen Drucks nicht, zudem gibt es zahlreiche politische Differenzen. Doron Ella betont: „In diplomatischer Hinsicht ist China meistens gegen uns. Wir versuchen, wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zu trennen und weiterhin Geschäfte mit China zu machen, während wir seine diplomatische Haltung gegenüber Israel weitgehend ignorieren.“

Israel setzt auf die Chancen der Belt and Road Initiative und versucht, chinesische Investitionen in Hightech-Sektoren wie Agrar- und Medizintechnologie und Infrastruktur anzuziehen. Zudem sollen Chinas Investitionen das Wirtschaftswachstum in der Nachbarschaft verbessern, könnte dies – gemäß der liberalen Schule der Internationalen Beziehungen – dort doch zu mehr Frieden, Stabilität und Wohlstand führen, zum allseitigen Nutzen. „Abgesehen von Iran und Syrien hat Israel kein Problem mit Chinas verstärktem Engagement im Nahen Osten“, sagt Ella.

Die ungewisse Zukunft der US-Präsenz in der MENA-Region zwingt Israel, sich mit China zu arrangieren. Doron Ella verweist jedoch auf eine Ausnahme: „Was Israel beunruhigt, ist Chinas zunehmende Annäherung an den Iran." Dies gelte natürlich vor allem mit Blick auf das iranische Atomprogramm, das in Israel angesichts der Vernichtungsdrohungen des Teheraner Regimes parteiübergreifend als existenzielle Bedrohung betrachtet wird. Diese Sorge bekräftigt Ella: „Das ist unser Hauptanliegen: Wir wollen keinen nuklearen Iran, keinen aggressiveren Iran, der aufgrund seines gestiegenen Selbstbewusstseins durch die verstärkten Beziehungen zu China aggressiver wird. Israel hat dies China gegenüber mehrmals zum Ausdruck gebracht, aber wir haben keinen großen Einfluss."

China investiert langfristig und strategisch

Ebenso wie die Gaspipeline Nord Stream 2 nie ein rein wirtschaftliches Projekt war, ist es auch die BRI nicht. Chinesische Investitionen und Kredite basieren auf langfristigen geopolitischen Interessen. Ella: „Chinesische Initiativen sind formell bedingungslos, während sie informell Bedingungen stellen wie die Angleichung des Abstimmungsverhaltens an China. Wenn man gute Beziehungen zu China haben will, ignoriert man die Menschenrechte." Sigmar Gabriel, ehemaliger deutscher Außenminister, sagte 2018 auf der Münchner Sicherheitskonferenz: „China erscheint derzeit als das einzige Land der Welt mit einer wirklich globalen, geostrategischen Idee, und es verfolgt diese Idee konsequent." Zu lange hat die transatlantische Wertegemeinschaft diesem rivalisierenden Weltordnungsmodell nichts entgegengesetzt.

Das ungeklärte Verhältnis zu China wird deutlich im Dreiklang der EU: Peking sei zugleich Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Die bequeme Ambivalenz von Partnerschaft und Rivalität ermöglichte die Trennung von Wirtschaft und Politik. Daraus entstanden für Länder wie Deutschland und Israel große wirtschaftliche Vorteile durch den Handel mit China. Diese Aufteilung in autonome Sphären ist angesichts der Weltlage nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Legitimierung des Handels mit Autokratien durch die Formel vom „Wandel durch Handel" ist spätestens mit der russischen Invasion der Krim im Jahr 2014 gescheitert. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die militärischen Drohgebärden Chinas gegenüber Taiwan markieren

„Chinesische Initiativen sind formell bedingungslos, während sie informell Bedingungen stellen wie die Angleichung des Abstimmungsverhaltens an China. Wer gute Beziehungen zu China will, ignoriert die Menschenrechte."

das Ende der Illusion einer quasi automatischen Demokratisierung und Integration in die regelbasierte Weltordnung durch wirtschaftliche Verflechtung.

Keine Kritik der BRICS-Staaten

Anfang März 2022 enthielt sich China bei der UN-Resolution gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, teilweise unterstützt es den Krieg offen. Aus den BRICS-Staaten kommt keine Kritik am russischen Vorgehen; das Nichteinmischungsprinzip gilt für China und Russland anscheinend nur für westliche Staaten. Teheran wiederum unterstützt ausdrücklich die Aggressionen beider Staaten. Nun gilt es, der chinesischen Version von Wandel durch Handel, die für Wohlstand die Aufgabe mühsam erkämpfter universeller Menschenrechte und globaler Ordnungsprinzipien verlangt, etwas entgegenzusetzen.

Das auf dem NATO-Gipfel von Madrid im Juni 2022 beschlossene neue strategische Konzept ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn es klarstellt: „Die von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs stellen unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte vor Herausforderungen."

Die Demokratie muss verteidigt werden

Nun wäre es erforderlich, den Wettbewerb mit China anzunehmen, den Staaten des Globalen Südens Alternativen zum chinesischen Modell anzubieten und Pekings Einfluss global zurückzudrängen. Der „Build Back Better World"-Plan der USA und die „Global Gateway"-Initiative der EU sind überfällige Maßnahmen. Hierzu Ella: „Westliche Alternativen wie Global Gateway hätten schon vor fünf Jahren gestartet werden sollen. Es ist zwar zu spät, aber besser spät als nie."

Derartige Projekte verfolgen nicht nur wirtschaftliche und geopolitische Eigeninteressen westlicher Staaten, sie beeinflussen auch die Lebensqualität der MENA-Region. Dies ist kein Plädoyer für eine unkritische Lobhudelei des Westens, keine Apologetik seiner Menschenrechtsverletzungen. Dennoch existiert ein entscheidender Unterschied zwischen dem unvollkommenen demokratischen Modell des Westens, das zumindest den Anspruch erhebt, Menschenrechte zu achten, und den systematischen Menschenrechtsverletzungen von Diktaturen wie China, Iran und Russland. Das demokratische Modell ist zweifellos gegen jegliche Angriffe zu verteidigen. Aus dieser Überzeugung kämpfen die iranische Opposition ebenso wie Menschen in Taiwan, der Ukraine, in Belarus und zahlreichen anderen Ländern für ein demokratisches Staatswesen, westliche Werte und bürgerliche Freiheiten. Ein noch größerer chinesischer Einfluss in der MENA-Region würde der regelbasierten internationalen Ordnung und den Menschen vor Ort verheerenden Schaden zufügen.

„Wenn man die Menschenrechte aus einer westlichen Perspektive betrachtet, Menschenrechte als ein individuelles Recht begreift, bedeutet Chinas wachsender Einfluss nichts Gutes für die Menschenrechte im Nahen Osten", konstatiert Ella. Dies gilt für Masih Alinedschad und die protestierenden Frauen im Iran, deren Unterstützung eine tatsächlich feministische Außenpolitik wäre, ebenso wie für Fariba Adelkhah und all die anderen politischen Gefangenen im Iran und in China.

Auch für deren Freilassung und ihr Recht auf Kritik an den herrschenden Zuständen müssen sich die Länder des Globalen Nordens einsetzen. China und seine autoritären Verbündeten werden es mit Sicherheit nicht tun. •

Julian Pfleging studiert European Affairs – Politikwissenschaft im Doppelmaster an der Sciences Po Paris und der Freien Universität Berlin. Zuvor hat er seinen Bachelor in Politikwissenschaft und Arabistik an der Uni Leipzig mit einem Auslandsjahr an der Hebrew University in Jerusalem abgeschlossen. Seine Schwerpunkte liegen auf europäischer Außen- und Sicherheitspolitik und Internationalen Beziehungen in der MENA-Region. Neben seinem Studium absolvierte er Praktika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem Mideast Freedom Forum Berlin und dem Auswärtigen Amt.

Seidenstraße nach Kairo

Wie China seinen Einfluss am Nil ausbaut – und wie der Westen darauf reagieren kann

Von Mareike Enghusen

Ägypten zählt für den Westen zu den wichtigsten Partnern in der arabischen Welt. Einer der Gründe ist seine schiere Größe: Mit rund hundert Millionen Menschen ist es mit Abstand das bevölkerungsreichste Land der Region. Dazu kommen geopolitische Entwicklungen. Als erstes arabisches Land schloss Ägypten 1979 mit Israel Frieden und beendete damit eine Serie arabisch-israelischer Kriege. Heute kooperieren beide Länder bei der Bekämpfung von Terroristen im Sinai, bei der Grenzsicherung und bei der – wenngleich umstrittenen – Blockade des Gaza-Streifens.

Auch für Europa und die USA ist Ägypten von erheblicher strategischer Bedeutung. Über den Suez-Kanal werden Güter im Wert von 12 Prozent des Welthandels transportiert. Kairo kooperiert mit dem Westen in Sicherheitsfragen; seine Armee gilt als stärkste der Region, die israelische einmal ausgenommen. Und angesichts seiner jungen, rasch wachsenden Bevölkerung und seiner Nähe zu Europa ist Ägypten eine potenzielle Quelle großer Migrationsströme.

Globale Rivalen

Aus all diesen Gründen haben Europa, Israel und die USA ein Interesse daran, dass Ägypten wirtschaftlich stabil und in der westlichen Einflusszone bleibt. Russlands Überfall auf die Ukraine erinnert schmerzhaft daran, dass das Denken in Einflusszonen notwendig bleibt, um globale Entwicklungen verstehen und bewerten zu können.

Im Ringen um globalen Einfluss ist der wahre Rivale des Westens jedoch China. Die Volksrepublik weitet ihr Engagement in internationalen Foren und anderen Ländern stetig aus, auch und gerade im Nahen Osten. Fast alle arabischen Staaten beteiligen sich an der chinesischen Seidenstraßen-Initiative, einem gigantischen Infrastrukturprojekt. Zudem leitet China Milliardensummen in Form von Investitionen, Krediten und Spenden in die Region. Ägypten zählt zu den wichtigsten Empfängern chinesischer Gelder und Aufmerksamkeit.

Aus westlicher Perspektive wirft das mehrere Fragen auf: Wie wirkt sich Chinas finanzielles Engagement auf die ägyptische Wirtschaft aus? Wird das Geld nachhaltig eingesetzt, schafft es Arbeitsplätze und damit eine Perspektive für die junge Bevölkerung? Oder droht es, strukturelle Probleme zu vertiefen? Wie wirkt sich das Geld politisch aus? Erwartet China Gegenleistungen für seine Großzügigkeit? Und wie sollte der Westen darauf reagieren?

Am Tropf ausländischer Geberländer

Ägyptens Wirtschaft leidet unter mehreren strukturellen Problemen, die das Land in einem gefährlichen Ausmaß abhängig machen von ausländischen Geldern. Zwar ist Ägyptens Wirtschaft in den vergangenen Jahren jeweils um mehrere Prozentpunkte gewachsen. Doch dieses Wachstum ist nicht nachhaltig und geht an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung vorbei: Es wird zu großen Teilen getrieben von Infrastrukturprojekten, die die Regierung vorwiegend mit Investitionen und Krediten aus dem Ausland finanziert. Oft handelt es sich bei diesen Projekten um prestigeträchtige und unrentable Bauten, etwa neue luxuriöse Wohnanlagen im Umkreis Kairos, die sich nur eine winzige Elite leisten kann.

Die Bauprojekte bergen ein weiteres Problem, das im Zentrum der ägyptischen Misswirtschaft steht: Die Firmen, die sie ausführen, gehören in aller Regel dem ägyptischen Militär. Die Armee unterhält etliche Unternehmen in zahlreichen Branchen: Viele sind im Bausektor aktiv, andere unterhalten Fischfarmen, produzieren Babynahrung oder betreiben Ferienressorts. Bei öffentlichen Aufträgen werden diese Firmen regelmäßig bevorzugt, sie müssen weder Einkommensteuern noch Importzölle entrichten und auf bestimmte Güter keine Mehrwertsteuern zahlen.

Auf diese Weise stärkt Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi zwar seine wichtigste Machtbasis, das Militär. Doch er verhindert echten Wettbewerb und hemmt den privaten Sektor, der für nachhaltiges Wachstum sorgen könnte. „Al-Sisis Wirtschaftspolitik, wenn wir von einer sprechen können, basiert auf einer einzigen Strategie: der Kreditaufnahme“, schreibt der ägyptische Politikwissenschaftler Khalil al-Anani. Entsprechend steigt die Staatsverschuldung: Ende 2021 hatte sie einen Stand von 392 Milliarden Dollar erreicht. Damit belegte Ägypten den 158. Platz von 189 Ländern im Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt.

Aktuelle Probleme verschärfen die Krise. Steigende Weizenpreise infolge des Ukraine-Krieges belasten das Land besonders, da Ägypten als größter Weizenimporteur der Welt rund 80 Prozent seines Weizenbedarfs importiert; und nach dem russischen Überfall auf die Ukraine zogen

Al-Sisis Wirtschaftspolitik basiere auf einer einzigen Strategie: der Kreditaufnahme, schreibt der Politikwissenschaftler Khalil al-Anani.

ausländische Investoren Milliarden US-Dollar aus ägyptischen Staatsanleihen ab.

Zentrum der Nahost-Politik Chinas

Angesichts der chronischen Abhängigkeit von ausländischen Geldern dürfte es dem Al-Sisi-Regime gerade recht kommen, dass mit China ein zusätzlicher Financier bereitsteht. Unter Abdel Fattah al-Sisi, im Amt seit 2014, haben sich die bilateralen Beziehungen intensiviert: Der Präsident hat China in seiner Amtszeit bereits sechs Mal besucht und mindestens 25 bilaterale Abkommen unterschrieben. Auch sein Vorgänger Hosni Mubarak reiste sechs Mal nach China – allerdings im Laufe von 30 Jahren.

Der genaue Umfang der Investitionen, Kredite und Spenden, die China Ägypten gewährt, ist nicht bekannt: Kaum ein Land der Welt hält die Details seiner Entwicklungszusammenarbeit derart unter Verschluss. Im Aid Transparency Index, der die Transparenz verschiedener Staaten im Hinblick auf ihre Entwicklungshilfe bewertet, rangiert China auf einem der letzten Plätze.

Abhilfe verspricht die Datenbank der Nichtregierungsinitiative AidData, die chinesische Hilfsprojekte auflistet. Die Datenbank stützt sich auf verfügbare Informationen wie Medienberichte und Verlautbarungen der chinesischen Regierung, ist also zwangsläufig lückenhaft. Doch sie liefert zumindest einen groben Eindruck von Umfang, Art und Fokus des chinesischen Entwicklungsengagements.

Einer der Forscher, der sich am AidData-Projekt beteiligt, ist der deutsche Entwicklungsökonom Andreas Fuchs. Seiner Analyse zufolge ist die Gesamthöhe chinesischer Gelder, die in afrikanische Staaten fließen, vergleichbar mit der Summe, die die EU-Kommission und einzelne EU-Staaten zusammen aufbringen – das wären rund 25 Milliarden Euro im Jahr. Wie viel davon nach Ägypten fließt, gibt die lückenhafte Dokumentierung nicht preis. Fest steht jedoch: Ägypten hat für China einen besonderen Stellenwert.

„Ägypten ist das Zentrum der Nahost-Politik Chinas“, sagte der chinesische Politikwissenschaftler Degang Sun vor einigen Jahren gegenüber dem katarischen TV-Sender Al-Dschasira. Den Angaben eines ägyptischen Beamten zufolge, zitiert von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, ist China der größte Investor in Sachen Suez-Kanal. Zudem unterstützt das Land den Bau von Ägyptens neuer Verwaltungshauptstadt: So haben chinesische Banken zugesagt, dafür Kredite im Umfang von mehreren Milliarden US-Dollar bereitzustellen.

Auch für andere ägyptische Staatsprojekte gewährt China dem Land milliardenschwere Kredite, etwa für den Bau eines Stadtbahnsystems für Kairo. Im Zuge der Corona-Krise spendete Peking Ägypten mindestens 16 Millionen Dosen seines Sinovac-Impfstoffs und hilft dem Land nun, eigene Kapazitäten aufzubauen, um den Impfstoff selbst herzustellen. Zudem ist China Ägyptens größter Handelspartner und „einer der aktivsten und am schnellsten wachsenden Investoren“ in dem Land, wie der chinesische Botschafter in Ägypten, Liao Liqiang, kürzlich in der ägyptischen Zeitung *Al-Ahram* schrieb.

Verlockendes Versprechen

China hat dem Regime in Kairo aber nicht nur Geld zu bieten, sondern auch ein verlockendes Versprechen. „Chinas Botschaft an Entwicklungsländer wie Ägypten lautet: Anders als die USA, die in andere Länder einmarschieren und Regime stürzen, mischen wir uns nicht in eure inneren Angelegenheiten ein“, sagt der israelische China-Experte Alexander Prevner. Während finanzielle Hilfen westlicher Länder in der Regel an Bedingungen geknüpft sind, etwa im Hinblick auf Menschenrechte oder Umweltstandards, fließen chinesische Gelder ohne solche Auflagen.

Auch in anderer Hinsicht unterscheiden sich die Geldströme. Der Großteil westlicher Entwicklungsfinanzierung besteht aus Schenkungen oder stark vergünstigten Krediten. Die meisten chinesischen Gelder fließen hingegen in Form kaum oder gar nicht vergünstigter Kredite, die das Risiko der Überschuldung bergen, wie der Ökonom Andreas Fuchs ermittelt hat. Und während west-

liche Staaten in der Regel mit den zuständigen Fachministerien der Geberländer zusammenarbeiten, gehen chinesische Gelder oft direkt ans Präsidentenbüro.

In Ägypten sind Geldflüsse ohne Bedingungen besonders problematisch, weil sie bestehende Fehlentwicklungen zu verstärken drohen: die Neigung des Regimes, das Geld in prestigeträchtige Infrastrukturprojekte zu investieren; und die Vormachtstellung der Armeefirmen, die dem Privatsektor die Luft zum Atmen nimmt. „Ägypten ist unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi zu einem Bettelstaat geworden, seine Wirtschaft ist immer abhängiger von ausländischer Unterstützung", warnt der Nahost-Experte Robert Springborg in einer vielbeachteten Analyse. „Es gibt bemerkenswerte Ähnlichkeiten zwischen der inzwischen erbärmlich gescheiterten Wirtschaft des Libanon und der angeschlagenen Ägyptens. Die verheerenden Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Libanon wären noch schlimmer, wenn sie sich in ägyptischem Ausmaß wiederholen würden."

Bedrohliches Szenario

Dieses Szenario sollte auch westliche Beobachter beunruhigen: Ein Kollaps der ägyptischen Wirtschaft, womöglich begleitet von Armutsaufständen, Gewaltausbrüchen und politischer Instabilität, könnte die Sicherheitskooperation zwischen westlichen Staaten und Ägypten beeinträchtigen, weitere Migrationswellen auslösen und radikalen Gruppen Aufschwung verleihen.

Auch in politischer Hinsicht dürften die Geldströme aus Peking nicht folgenlos bleiben. Allen Versprechen der Nichteinmischung zum Trotz zeigt China wenig Skrupel, seinen Einfluss geltend zu machen: So hat die ägyptische Polizei auf Chinas Wunsch hin Dutzende uigurische Studenten in Ägypten festgenommen und nach China deportieren lassen. Andreas Fuchs und seine Forscherkollegen haben zudem festgestellt, dass die Zuwendungen das Abstimmungsverhalten der Empfängerländer in den Vereinten Nationen beeinflussen: Von China begünstigte Staaten stimmen in Angelegenheiten, die China betreffen, mit höherer Wahrscheinlichkeit im Sinne ihrer Geldgeber.

Innenpolitisch stärken Zuwendungen ohne Bedingungen die autokratischen Strukturen des Regimes, weil es ihm ermöglicht, seine Machtbasis auszubauen. Unter Präsident al-Sisi hat die Unterdrückung von Journalisten, Dissidenten, sexuellen Minderheiten und selbst bauchtanzenden Social-Media-Influencerinnen zugenommen. Tausende politische Gefangene darben unter oft miserablen Bedingungen in ägyptischen Haftanstalten. Die Standards im Hinblick auf Menschenrechte, Regierungsführung und Wirtschaftsreformen, die westliche Geldgeber aufstellen, sind bei Weitem nicht perfekt, von ihrer Umsetzung ganz zu schweigen. Doch zumindest gibt es sie. Je mehr alternative Geldquellen dem Regime zur Verfügung stehen, desto weniger Druck dürfte es verspüren, sich westlichen Forderungen zu beugen.

Wie der Westen reagieren kann

Westliche Staaten stellt das wachsende Engagement Chinas in Ägypten vor eine Herausforderung. Auch wenn China von seinem steigenden Einfluss in dem Land bisher nur in Einzelfällen Gebrauch macht, kann der Westen es sich nicht leisten, passiv darauf zu vertrauen, dass dies so bleibt.

Die US-Regierung verfolgt im Umgang mit China bereits einen deutlich konfrontativeren Kurs als die meisten EU-Länder sowie Israel. Das betrifft auch den Nahen Osten. „Unterm Strich geht es bei dieser Reise einmal mehr darum, Amerika in dieser Region für die Zukunft zu positionieren", sagte US-Präsident Joe Biden bei seiner Nahost-Reise im Juli. „Wir werden im Nahen Osten kein Vakuum hinterlassen, das Russland oder China füllen können."

Um dem chinesischen Einfluss in Entwicklungsländern wie Ägypten etwas entgegenzusetzen, haben westliche Staaten auf den Impuls der Vereinigten Staaten hin bereits mehrere Initiati-

ven geplant. Umfangreiche Infrastrukturprojekte wie „Build Back Better World“ oder „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ sollen eine Alternative zur chinesischen Seidenstraßen-Initiative bieten. Kritiker halten dies jedoch nicht für ausreichend: „Die Biden-Regierung ist in den Entwicklungsländern im Rückstand“, schreiben etwa die China-Experten Paul Haenle und Sam Bresnick im *National Interest*. In Bezug auf Ägypten kritisieren viele Beobachter, dass westliche Gelder oft ebenfalls Fehlentwicklungen befördern, weil Standards falsch gesetzt oder nicht umgesetzt werden.

Zuerst sollte der Westen deshalb eigene Fehler korrigieren. Bislang haben westliche Geberländer ebenso wie internationale Institutionen viele selbstgesetzte Ziele in Ägypten verfehlt. Zwar hat die Al-Sisi-Regierung sich im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu wirtschaftlichen Reformen verpflichtet, die dem IWF zufolge ein „nachhaltigeres, inklusiveres und vom Privatsektor geleitetes Wachstum“ bewirken sollen. Namhafte Experten bezweifeln jedoch, dass die Reformen, sofern die Regierung sie überhaupt umsetzt, diese Ziele erreichen – zumal das größte Problem, die Dominanz der Armeefirmen, fortbesteht. „All diese Investitionsströme werden vom Militär genutzt, um seinen wirtschaftlichen Fußabdruck zu vergrößern“, sagt der ägyptische Politologe Maged Mandour. Verlange beispielsweise die Weltbank die Errichtung einer Schule, beauftrage die Regierung dafür ein Bauunternehmen in Armeebesitz.

Der amerikanische Präsident Joe Biden versicherte bei seiner Nahost-Reise im Juli, man werde in der Region „kein Vakuum hinterlassen, das Russland oder China füllen können“.

Westliche Staaten sollten deshalb die Bedingungen, die sie an Hilfsgelder und Kredite knüpfen, klar justieren. Ägyptens derzeitige Schuldenkrise könnte dafür eine Gelegenheit bieten. Nicht ohne Grund warb Präsident al-Sisi bei seinem jüngsten Berlin-Besuch im Juli stark um deutsche Investitionen. „Das Regime befindet sich an einem kritischen Punkt“, zeigt sich Maged Mandour überzeugt. „Seine Mega-Projekte zahlen sich nicht aus, eine globale Rezession kündigt sich an. All das macht das Regime verwundbar.“

Geben und gestalten

In dieser Lage sollten westliche Geberländer im Gegenzug für weitere Hilfen Reformen fordern, die der ägyptischen Wirtschaft und seiner Bevölkerung nachhaltig nutzen. Neben einer Verbesserung der miserablen Menschenrechtslage zählt dazu in erster Linie ein Ende der systematischen Bevorzugung der Armeefirmen. Weil das Regime die Armee als wichtigste Machtbasis betrachtet und Armeeunternehmen oft nicht leicht als solche erkennbar sind – viele haben komplizierte Eigentümerstrukturen –, dürften sich solche Reformen nur schwer durchsetzen und noch schwerer überprüfen lassen.

Doch derzeit herrschen vergleichbar günstige Bedingungen für eine solche Einflussnahme vor, die der Westen nicht verpassen sollte. Auch im Hinblick auf China drängt die Zeit: Je stärker Peking sein finanzielles Engagement ausweitet, desto leichter wird das Regime westlichen Forderungen ausweichen können.

Gutes tun und darüber reden

In anderer Hinsicht kann der Westen von China lernen. Das Land bewirbt sein Engagement im Ausland selbstbewusst: So markiert es die Impfstoffe, die es spendet, explizit als chinesische Vakzine und versieht sie mit chinesischer Fahne, wie der Entwicklungsökonom Fuchs berichtet. Von der EU gespendete Impfstoffe dagegen würden weniger stark als EU-Produkte wahrgenommen. Eine offensivere Außendarstellung ihrer guten Taten könnte der EU und anderen westlichen Staaten helfen, ihr Ansehen in der ägyptischen Bevölkerung zu verbessern – was Umfragen zufolge vor allem die USA dringend nötig haben. Zwar müssen autokratische Regime wie al-Sisis zum Machterhalt weniger Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Bevölkerung nehmen als demokratische Regierungen. Doch bedeutungslos ist die öffentliche Meinung auch für Autokraten nicht.

Sollte das chinesische Engagement eines Tages westliche strategische Interessen in Ägypten konkret bedrohen oder zu einer erheblichen Verschlechterung der Menschenrechtslage beitragen – etwa durch den Export fortschrittlicher Überwachungstechnologien –, dürfte der Westen auch etwas robuster auftreten. Ägypten ist ein wichtiger Abnehmer westlicher Waffen. Das birgt seine eigenen moralischen Probleme, in jedem Fall aber kann die chinesische Rüstungsindustrie noch nicht mit der westlichen konkurrieren.

Diesen Wettbewerbsvorteil sollten westliche Staaten, wenn nötig, nutzen, um Druck auf Kairo auszuüben. Unabdinglich dafür ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den großen Waffenexporteuren, allen voran den USA und Deutschland. Israel wiederum sollte dafür sorgen, dass israelische Unternehmen wie der Spionagesoftware-Hersteller NSO ihre Spähsoftware nicht an autokratische Regime wie jenes in Kairo verkaufen. Zudem sollten westliche Staaten ihre Beziehungen zu zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen und kulturellen Einrichtungen in Ägypten pflegen und ausweiten, soweit das unter den vorherrschenden repressiven Bedingungen möglich ist. Dass sich die Wirkung jener Soft Power, die damit kultiviert wird, schwer messen lässt, mindert nicht ihren Wert: Womöglich begegnen westliche Akteure in einer dieser Organisationen oder Universitäten den Führungseliten von morgen.

Israel sollte dafür sorgen, dass israelische Unternehmen ihre Spähsoftware nicht an autokratische Regime wie jenes in Kairo verkaufen.

Schließlich sollte bei allen berechtigen Warnungen eines nicht aus dem Blick geraten: Chinas finanzielles Engagement in Ägypten birgt auch Chancen. Manche chinesisch finanzierten Projekte, etwa der Bau von Straßen, Schienen und Kraftwerken, könnten nachhaltiges Wachstum befördern ebenso wie die Kapazitäten zur lokalen Impfstoffproduktion, die Ägypten mit chinesischer Hilfe aufbaut.

Verlässliche Helfer

Ferner sollten westliche Geberländer versuchen, potenziell negative Folgen des chinesischen

Engagements in Ägypten zu mindern – und sich dabei selbst als verlässliche Helfer präsentieren. Andreas Fuchs schlägt vor, dass westliche Staaten Entwicklungsländer wie Ägypten unterstützen könnten, die chinesischen Geldflüsse effizient zu nutzen, einen übermäßigen Aufbau von Schulden zu vermeiden und Standards bei der Verwendung von Geldern zu entwickeln, etwa in Umweltfragen. Zwar hat sich die ägyptische Führung bisher wenig offen für ausländische Beratung gezeigt. Doch gerade in Sachen Schuldenmanagement kann sie jeden guten Rat gebrauchen. Es liegt an den westlichen Geberländern, ein solches Hilfsangebot auf eine Weise zu unterbreiten, die nicht paternalistisch erscheint, und den damit zu gewinnenden Einfluss klug und nachhaltig einzusetzen.

Handlungsspielraum ausschöpfen

Das globale Ringen zwischen China und dem Westen wird sich, so es denn dazu kommt, nicht am Nil entscheiden. Allein infolge stärkerer oder klügerer Einflussnahme wird sich Ägypten auch nicht in ein demokratisches Musterland mit florierender Wirtschaft verwandeln. Denn bei aller berechtigter Kritik am dortigen Regime: Ägypten ist ein souveränes Land; tiefgreifende Veränderung muss und kann nur von innen heraus geschehen.

Die Konsequenz aus alledem darf aus Sicht des Westens aber nicht lauten, sich resigniert zurückzuziehen. Die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, sollte er nutzen. Noch immer hat der westliche Staatenblock mehr ökonomisches Gewicht als China, noch immer produziert er mächtigere Waffen, noch immer unterhält er im Nahen Osten ein engmaschiges Netz von historisch gewachsenen Verbindungen politischer, ökonomischer oder kultureller Art.

All das sind wertvolle Ressourcen in einer Region, die für den Westen von hohem strategischen Interesse ist. Er sollte sie nutzen – zum einen, um eine nachhaltigere, transparentere und demokratischere Entwicklung in Ägypten und anderswo zu fördern, zum andern, um die eigenen Interessen zu bewahren. Oftmals fallen beide Ziele zusammen: Ein weniger repressives Regime und eine nachhaltigere Wachstumsstrategie, die der breiten Bevölkerung nutzt, würde das Risiko für einen ökonomischen Kollaps, soziale Unruhen, Radikalisierung und unkontrollierte Migrationsströme senken.

Westliche Staaten haben ihren Handlungsspielraum in Ägypten längst noch nicht ausgeschöpft. Einige mögliche Maßnahmen werden in diesem Text geschildert, gewiss lassen sich weitere finden. Entscheidungsträger in westlichen Staaten sollten den intensiven Austausch mit ägyptischen Experten, Aktivisten und Unternehmern suchen, um neue, innovative Ansätze zu entwickeln, die den speziellen Bedingungen des Landes Rechnung tragen.

Die aktuelle Schuldenkrise macht die Führung in Kairo anfälliger für externen Druck. Und noch ist das Ausmaß der chinesischen Finanzflüsse Richtung Ägypten allem Anschein nach nicht hoch genug, um westliche Geber überflüssig zu machen. Ein guter Zeitpunkt also für westliche Geberländer, ihr Engagement in Ägypten zu überprüfen, nachzuschärfen und zu vertiefen. Wenn die neue Konkurrenz aus Peking ihnen die Dringlichkeit dafür vor Augen führt, liegt am Ende sogar eine Chance darin. •

Mareike Enghusen ist Journalistin und lebt in Tel Aviv. Seit 2014 berichtet sie für deutschsprachige Medien aus dem Nahen Osten, darunter für den *Tagesspiegel*, *brand eins*, *Cicero*, *DIE ZEIT* und den Radiodienst der dpa. Neben Israel und den Palästinensergebieten deckt sie Ägypten, Jordanien und gelegentlich weitere Länder der Region ab. Ihre journalistische Ausbildung absolvierte Mareike Enghusen an der Henri-Nannen-Schule in ihrer Heimatstadt Hamburg. Zuvor studierte sie Politik, Nahost- und Islamwissenschaften in Göttingen, an der University of California und der University of St Andrews. Sie spricht Hebräisch und Arabisch.

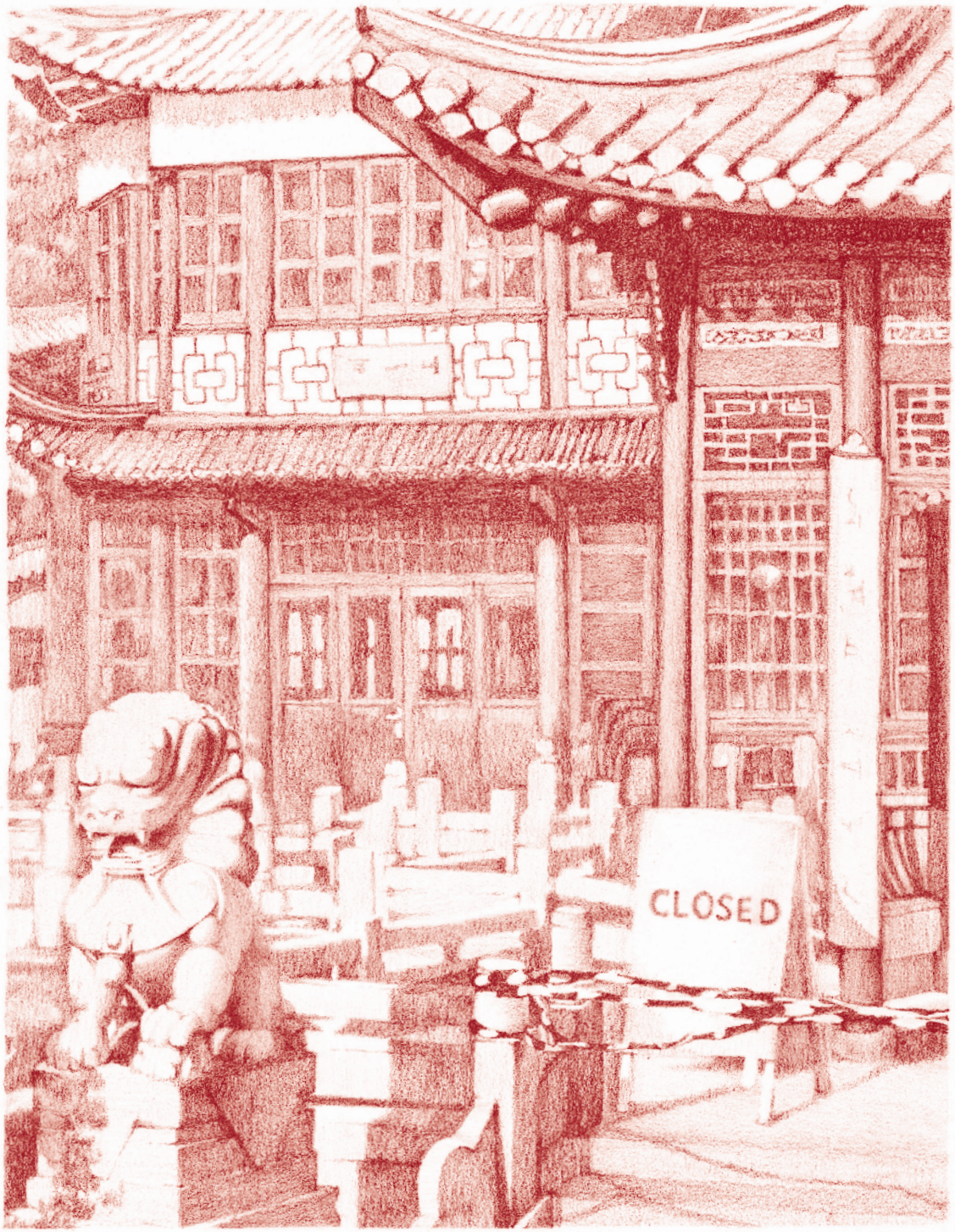
Konfuzius' Welterfolg

Die Wissenschaftskooperation mit dem autokratischen System Chinas wirft Fragen auf

Von Roy Zunder

Irgendwann während seines Aufenthalts in Berlin von 1997 bis 2001 keimte im Kopf des ehemaligen chinesischen Botschafters in Deutschland, Lu Qiutian, die Idee zur Gründung eines Instituts für chinesische Sprache und Kultur auf. Bald darauf wurde ein Treffen arrangiert, bei dem Qiutian seine Idee vorstellte. Allerdings nicht dem Chinesischen Rat für Sprache (Hanban) oder anderen Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), sondern ausgewählten deutschen Wissenschaftlern. „Ich habe mich mit ein paar Leuten von der Universität Leipzig zusammengesetzt und wir haben die Idee entwickelt", erzählte Qiutian 2016 dem Sinologen Falk Hartig und erinnerte daran, dass der Name „Konfuzius-Institut" ursprünglich eine Idee des Ostasien-Instituts war. Das Institut unterhielt ein Forschungszentrum, das sich speziell mit dem vor 2573 Jahren geborenen chinesischen Philosophen befasste.

Rückblickend war die Begegnung zwischen der Universität Leipzig und Lu Qiutian ein Erfolg. Was ursprünglich als reiner „Ideenaustausch" gedacht war, wie mir Ralf Moritz erzählte, der damals als Professor am Ostasien-Institut tätig war, ist heute ein zentrales Kapitel chinesischer Globalisierungsgeschichte. „Ich habe also jemandem im Außenministerium von dieser Idee erzählt, und anscheinend hat man sie aufgegriffen", schilderte Qiutian Hartig den weiteren Verlauf. Drei Jahre später wurde das erste Konfuzius-Institut in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul aus der Taufe gehoben.


CLOSED

Angesichts der bemerkenswerten Erfolgsgeschichte der deutschen Sprach- und Kulturinstitute überrascht es wenig, dass Qiutian sich dafür interessierte, wie aus Konfuzius ein neuer Goethe werden könnte. Es ging ihm allerdings auch von Anfang an darum, die chinesische Vision eines weltweiten autokratischen Bildungswegs an westlichen Universitäten zu normalisieren. Er wollte sein Konzept so eng wie möglich an das anlehnen, was die Europäer ohnehin bereits überall auf der Welt taten, die Beschreibung von Ralf Moritz seiner Begegnung mit dem chinesischen Botschafter als „Ideenaustausch" ist in gewisser Weise naiv.

Wir wissen zwar nicht viel über den konkreten Inhalt der außergewöhnlichen Besprechung an der Universität Leipzig, aber wir wissen, dass Qiutian einige gute Ratschläge erhielt. Diese trugen unter anderem dazu bei, dass das Geflecht der Konfuzius-Institute (KI) heute zu den größten Kulturnetzwerken der Welt zählt. Mit 525 Instituten, die in 146 Ländern tätig sind, und 369 Konfuzius-Klassenzimmern in 96 Ländern übertreffen sie die Zahl der Goethe-Institute, die in 98 Ländern vertreten sind, deutlich. Derzeit gibt es allein 190 KIs in der EU, von denen 19 an deutschen Universitäten angegliedert sind.

Nicht darüber sprechen

Im Oktober 2021 wandte sich ein weiterer chinesischer Diplomat an eine deutsche Universität, doch dieses Mal blieb der Austausch ergebnislos. Der chinesische Konsul in Düsseldorf, Feng Haiyang, hatte von einer bevorstehenden Online-Veranstaltung erfahren, bei der eine neue Biografie mit dem Titel „Xi Jinping: Der mächtigste Mann der Welt" vorgestellt werden sollte. Gastgeber war die Universität Duisburg-Essen. Der Konsul schaltete sich ein, um die Veranstaltung zu stoppen. „Über Xi Jinping kann man nicht mehr wie über einen normalen Menschen reden, man darf ihn nicht diskutieren", soll ein Konfuzius-Institut-Mitarbeiter dem Piper Verlag, der die von den Journalisten Stefan Aust und Adrian Geiges verfasste Biografie herausgibt, klargemacht haben.

Wie bei vielen anderen Zensurmaßnahmen, die von der chinesischen KP angeregt und von den Konfuzius-Instituten durchgeführt wurden, folgt auf eine versuchte Einflussnahme in der Regel eine gewisse öffentliche Empörung: „Eine Diktatur versucht hier nicht nur, den Westen wirtschaftlich zu überholen, sondern auch ihre Werte international durchzusetzen – Werte, die sich gegen unsere Freiheit richten", so Stefan Aust über die Absage durch das KI (die Lesung wurde dann vom Ostasien-Institut der Universität durchgeführt). Andere wurden noch deutlicher: „Dieser Vorfall sollte jedem deutschen Hochschulpräsidenten klar machen, dass Konfuzius-Institute an deutschen Hochschulen und allen anderen der akademischen Freiheit verpflichteten Einrichtungen nichts zu suchen haben", sagte Thorsten Benner, Direktor des Global Public Policy Institute in Berlin, kurz darauf der Presse.

Rund 13 Jahre zuvor kam es in Israel zu einem ganz ähnlichen Vorfall. Im Winter 2008 veranstal-

In wenigen Jahren waren 525 Konfuzius-Institute in 146 Ländern aktiv, hinzu kamen noch 369 Konfuzius-Klassenzimmer in 96 Ländern.

tete die Zentralbibliothek der Universität Tel Aviv eine Ausstellung über die verbotene chinesische spirituelle Praxis „Falun Gong", die ebenfalls abrupt abgebrochen wurde. Obwohl die Ausstellung ursprünglich von Yoav Ariel, Professor und damaliger Leiter der Ostasien-Abteilung, genehmigt worden war, ordnete ausgerechnet er den Abbruch an. Ariel gab an, er habe mehrere anonyme E-Mails von israelischen Studenten in China erhalten, in denen sich diese darüber beschwerten, die Ausstellung würde China mit Nazi-Deutschland gleichsetzen, was Antisemitismus fördern könne. Daraufhin habe er die Entscheidung zum Abbruch getroffen.

Der wahre Grund für seine Entscheidung wurde erst ein Jahr später bekannt, nachdem eine Klage gegen die Universität wegen Verletzung der Redefreiheit eingereicht wurde. Offenbar erhielt Ariel einen Tag vor seiner Entscheidung einen Überraschungsbesuch des chinesischen Kulturattachés in Israel. Der Attaché äußerte seine Unzufriedenheit mit der Ausstellung, die aus seiner Sicht eine „falsche, gegen China gerichtete Propaganda" darstellte. Die anonymen E-Mails, die als harte Beweise verkauft worden waren, wurden dem Gericht nie vorgelegt. Wie der Richter selbst andeutet, hat es sie wahrscheinlich nie gegeben. „Der chinesische Druck hatte Wirkung", schlussfolgerte der Richter zugunsten der Kläger.

„Nach den Gräueln des Nazi-Regimes und der Verfolgung jüdischer Intellektueller ist es für mich einfach unverständlich, dass deutsche Universitäten ihren Namen für ein neototalitäres Land hergeben, in dem nachweislich ein schleichender Völkermord stattfindet", sagte mir der Politikwissenschaftler und scharfe Kritiker der Konfuzius-Institute, Andreas Fulda, Professor an der Universität Nottingham. „Es gibt keinen Free Lunch", so Fulda. „Wenn die Institute erst einmal in einer deutschen Universität eingebettet sind, müssen die Hochschulen Kompromisse eingehen, das ist unvermeidlich. Natürlich werden sie so der KPCh gegenüber nachsichtiger und schweigen zum Beispiel zur tibetischen Frage. Indem sie das tun, untergraben sie die akademische Freiheit. Das geht zu weit in einem Land, das gerne vorgibt, ein aufgeklärtes zu sein."

Fulda verweist auch auf die negative Reaktion in der Öffentlichkeit auf den 2017 enthüllten Vertrag der Freien Universität Berlin mit dem dort neugegründeten Konfuzius-Institut. In dem Vertrag, der zunächst vertraulich blieb, wurde vereinbart, dass die KPCh den Fünf-Jahres-Vertrag jederzeit kündigen kann (nach „chinesischem Recht"). Der Freien Universität steht dieses Recht jedoch nicht zu, sofern sie jedes Jahr pünktlich 100 000 Euro von der KPCh erhält. Die sich auf eine halbe Million Euro belaufenden Gelder ermöglichten es dem Sinologen Andreas Guder, seine bisherige Position als Ko-Direktor des Konfuzius-Instituts an der Universität Göttingen gegen eine ordentliche Professur an der Freien Universität einzutauschen.

Es scheint, als bildeten diese Art von Verträgen ein sehr attraktives Muster. Trotz Deutschlands mangelndem Engagement für die Informationsfreiheit können uns andere Quellen die restlichen Teile des Puzzles liefern. Laut Anfragen nach dem Freedom of Information Act im Vereinigten Königreich hat die KPCh zwischen 2006 und 2021 insgesamt 24 Millionen Pfund für 17 britische Universitäten bereitgestellt, was im Durchschnitt etwa 100 000 Pfund pro Jahr für jede Universität bedeutet.

In den Vereinigten Staaten lassen sich ähnliche Trends feststellen. Ein pensionierter Anthropologe der University of Chicago, Marshall Sahlins, enthüllte 2013, dass jedes Konfuzius-Institut mit 100 000 Dollar „Startkosten" ausgestattet wird, gefolgt von fünf jährlichen Zahlungen in ähnlicher Höhe. Dazu kommen Gehaltszahlungen für die chinesischen Fakultätsmitglieder. 2019 sahen sich elf australische Universitäten gezwungen, ihre Verträge mit KIs zu widerrufen. Vier dieser Verträge enthielten dieselbe Klausel, die die Gastuniversität dazu verpflichtete, „die Bewertung des Hauptsitzes der Institute zur Lehrqualität" zu akzeptieren.

Mangelnde Transparenz macht es schwer, die Praxis deutscher und israelischer Universitäten bei diesen Vereinbarungen zu beurteilen, die sie

noch immer als vertretbar einschätzen. Wenn die Universitäten ihr „Amtsgeheimnis“ mit der KPCh nicht offenlegen, müssen wir vom schlimmsten Szenario ausgehen. Die Universitäten stünden dann in der Schuld der KPCh. Von ihren ursprünglichen Absichten zur Verwendung der Mittel – der Intensivierung von Forschung – entfernen sie sich immer weiter. Auf diese Weise machen sich auch deutsche und israelische Universitäten den undemokratischen Slogan „Nicht darüber sprechen“ zu eigen, wenn es um ihre Konfuzius-Institute geht.

Auf möglichst viele Arten und Weisen

Israels Regierung ist sich schon seit einiger Zeit bewusst, dass die Aufnahme chinesischer Wissenschaftler an ihren Universitäten das Land vor große Herausforderungen stellt. In einem Knesset-Protokoll von 2003 wird Yigal Caspi, der ehemalige israelische Botschafter in der Schweiz (der seinen Hut nehmen musste, nachdem er die Opposition auf Twitter mit einem Hermann-Göring-Zitat abgekanzelt hatte) mit den Worten zitiert: „In China hat Bildung höchste Priorität, insbesondere im Bereich von Wissenschaft und Technologie, wie die Zahl der chinesischen Studenten zeigt, die mit Stipendien an unseren Universitäten studieren. Auch wenn manche meinen, es handele sich um eine einseitige Wissensgewinnung, so erfahren wir doch aus der akademischen Praxis, dass es gegenseitig verläuft. Nach Ansicht einiger Professoren ist es eine Investition in die Zukunft, wenn ein chinesischer Doktorand Informationen aus Israel gewinnt und diese dann wieder in das chinesische Bildungssystem einbringt, da es uns eine zukünftige Verbindung zu etablierten Akademikern garantiert. Die Zusammenarbeit wird von uns sehr positiv bewertet, und wir sind bestrebt, sie auf möglichst viele Arten und Weisen weiterzuentwickeln.“

Und genau das wurde getan. 2007 eröffnete die Universität Tel Aviv das erste Konfuzius-Institut in Israel, gefolgt von der Hebräischen Universität Jerusalem zwei Jahre später. 2013 eröffneten das Technion Institute of Technology und die Shantou-Universität mit Hilfe einer 130-Millionen-Dollar-Spende des reichsten Mannes Hongkongs, Li Ka-Shing, ein gemeinsames Forschungszentrum für Wissenschaft und Technologie (die Stadt Shantou selbst steuerte ebenfalls 147 Millionen Dollar bei). Ein Jahr später richteten die Universität Tel Aviv und die Tsinghua-Universität in Peking ein 300-Millionen-Dollar-schweres Innovationszentrum ein, das der Präsident der Tsinghua-Universität als „die umfassendste Kooperation“ bezeichnete, „die Tsinghua jemals eingegangen ist“.

„In manchen Vorlesungen saß ein Vertreter des Konfuzius-Instituts neben uns und machte sich in einem kleinen Büchlein Notizen“, erzählte mir Tuvia Gering, der am Konfuzius-Institut der Hebräischen Universität Jerusalem studierte und später auch lehrte. Jetzt arbeitet er als Analyst am Jerusalem Institute for Strategy and Security (JISS). „Hunderte von eingeschriebenen chinesischen Studenten sind allerdings täglich in diese Art von Spionage verwickelt. Die wirkliche Gefahr besteht darin, dass die Eröffnung des Konfuzius-Instituts dem Präsidenten der Hebräischen Universität als Gegenleistung für eine wichtige Zusammenarbeit mit Chinas Universitäten im Technologiebereich aufgezwungen wurde. Wir haben dafür allerdings keine konkreten Beweise“, sagte mir Gering.

Laut Gering ist „die Existenz von Konfuzius-Instituten an israelischen Universitäten alles andere als ideal, und wir sollten Chinas humanitäres Fehlverhalten verurteilen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass China kein Feind ist und die Vorteile einer Kooperation die Nachteile bei Weitem überwiegen.“ Als ich ihn daran erinnerte, dass eine ähnliche Haltung gegenüber Russland direkt nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine in sich zusammenbrach, wiederholte er, dass „wir uns daran erinnern müssen, dass Israel nicht gerade das beliebteste Land der Welt ist. Es ist für ein kleines Land nicht von Vorteil, vorschnell zu handeln und alle Brücken zu China abzubrechen, wie es etwa Australien und Litauen getan haben. Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Länder die Gerechtigkeit auf ihrer Seite haben, aber ich kann Ihnen versichern, dass es nicht zu ihrem Besten war.“

Vom Aufstieg zum Fall?

In jüngster Zeit läuft es für die Konfuzius-Institute im Westen nicht mehr so gut. Von den 118 KIs, die es einst in den Vereinigten Staaten gab, haben 104 bereits wieder geschlossen oder sind gerade dabei. Verschiedene KIs in Belgien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Kanada, Japan und Frankreich wurden aufgrund von versuchter Zensur, Spionagewarnungen oder öffentlichen Debatten bereits geschlossen oder stehen vor dem Aus. In Deutschland haben die Universitäten Düsseldorf und Hamburg ihre KI-Partnerschaften beendet. Die Institute sind allerdings weiterhin aktiv, nur ohne das Universitätslogo auf ihren Websites.

„Die Konfuzius-Institute sollten von deutschen Universitäten abgekoppelt werden. Der Staat sollte ein deutliches Signal senden. Es geht darum, Rechenschaftspflicht zu gewährleisten."

„Die KIs sollten von deutschen Universitäten abgekoppelt werden", sagt Andreas Fulda. „Staatliche Eingriffe sind völlig legitim. Der Staat sollte den Hochschulen ein deutliches Signal geben, dass sie die Kooperation mit ihren Instituten nicht fortführen sollten. In diesem Fall geht es nicht darum, den Menschen vorzuschreiben, was sie denken oder schreiben sollen, sondern darum, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten", so Fulda.

In einem seiner Artikel appelliert er an Deutschland, eine eigene Version des amerikanischen Foreign Agents Registration Act zu verabschieden und Universitäten, die chinesische Gelder annehmen oder kein adäquates Risikomanagement betreiben, die Mittel zu streichen. In der Realität ist solch ein Gesetz allerdings weitgehend wirkungslos. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der National Association of Scholars zeigt, dass viele Konfuzius-Institute an amerikanischen Universitäten nach ihrer Auflösung in neuer Form wieder aufgetaucht sind: Von den 104 aufgelösten KIs wurden 28 durch ähnliche Programme ersetzt; 58 Universitäten haben enge Beziehungen zu ihren früheren KPCh-Partnern aufrechterhalten und fünf haben ihre KIs an einen neuen Träger übertragen, was sie am Leben hält (bei drei weiteren ist eine solche Übertragung zwar nicht offiziell bestätigt, aber wahrscheinlich).

Ähnliche Fälle gab es auch in Europa. Die Universität Leeds in England bestätigte, dass die Finanzierung ihres Instituts seit 2020 über eine chinesische Partneruniversität und nicht mehr über den chinesischen Staat direkt läuft. Auch die Universität von Aberdeen in Schottland erhielt 2021 Gelder von der Universität Wuhan und bekommt somit keine Mittel mehr direkt vom chinesischen Bildungsministerium.

Es ist nicht überraschend, dass der Foreign Agents Registration Act gescheitert ist, hat er doch viele Universitäten dazu verpflichtet, Gelder von

der KPCh zurückzuzahlen – manchmal mehr als eine Million Dollar –, ohne echte Alternativen zur Abfederung der finanziellen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, zur Hand zu haben. Dies war offenkundig keine ideale Lösung und hat die Suche nach Schlupflöchern befördert.

„Ich persönlich halte es für die falsche Entscheidung, die Konfuzius-Institute und gemeinsame Forschungsprogramme mit China ganz zu verbieten", sagte mir Katja Drinhausen vom Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin, an dem sie als Senior Analyst tätig ist. „Sich wie die KPCh zu verhalten und Verbindungen zwischen Akademikern noch weiter zu unterbinden, wäre grundfalsch. Stattdessen können verstärkte Transparenz- und Sorgfaltspflichten helfen, den Erhalt akademischer Freiheit und ethischer Standards zu gewährleisten."

„Verglichen mit anderen hochdotierten Forschungsvorhaben sind die Investitionen des chinesischen Staates in die deutschen KIs wirklich Peanuts", so Drinhausen weiter. „Meiner Meinung nach sind die Institute ein leichtes Ziel, aber sie lenken letztlich von viel problematischeren Bereichen der Forschung ab, die in ganz Deutschland ablaufen." Ihre Argumentation untermauert sie durch einen kürzlich erschienenen Bericht mit dem Titel „China Science Investigation", für den 350 000 wissenschaftliche Arbeiten aus den vergangenen zwei Jahrzehnten untersucht wurden. Die Studie zeichnet ein düsteres Bild, was die moralischen Standards in der deutschen Wissenschaftscommunity angeht.

Nach diesem Bericht wissen wir nun, dass viele deutsche Wissenschaftler eng mit chinesischen Kollegen zusammengearbeitet haben. Fast 350 gemeinsame Studien wurden durchgeführt, von denen viele sensible Felder wie Künstliche Intelligenz berührten. Die Verschmelzung von Künstlicher Intelligenz mit moderner Kriegsführung bildet heute das Zentrum aller fortschrittlichen Verteidigungstechnologien. China, Deutschland, Israel und die Vereinigten Staaten nutzen bereits Echtzeit-KI-Visualisierungen aktiver Schlachtfelder.

Wie wir wissen, wird Künstliche Intelligenz sowohl für Kriegsführung und Verteidigung als auch zur nationalen Überwachung eingesetzt, die sich während der Coronavirus-Pandemie in beträchtlichem Maße weiterentwickelt und standardisiert hat. Erst kürzlich wurde berichtet, dass Chinesen, die in der Provinz Henan gegen einen Bankenskandal demonstrieren wollten, der Zugang zu ihren Häusern verwehrt wurde, nachdem ihre Covid-App, deren Daten von der Polizei verwendet werden, rot aufleuchtete. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, wie all die oben genannten gemeinsamen Forschungsprojekte für totalitäre, diskriminierende Zwecke und auch zur Organisation eines Völkermords eingesetzt werden könnten.

Wie wir bisher gesehen haben, mögen manche die Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen als moralisch unproblematisch ansehen; andere halten sie für unmoralisch. In dieser moralischen Schwebe, in der wir uns befinden, schlugen einige Wissenschaftler einen nuancierteren, wenn auch nur begrenzt anwendbaren Ansatz vor: „Die Angst um die Sicherheit und Freiheit eines Kollegen, Freundes oder Verwandten in China ist beispielsweise in der Regel ein besserer Grund für Selbstzensur als der Wunsch, eine Stelle als Gastwissenschaftler zu behalten, mit der die eigenen teuren akademischen Reisen und Forschungsaufenthalte bezahlt werden", schreibt Eva Pils, Professorin am King's College London, in einem kürzlich erschienenen Artikel über intrinsisches Fehlverhalten demokratischer Akteure und wie dieses zu Chinas Erfolg beiträgt.

Aber was passiert, wenn es bestimmte Ziele gibt, die Autokratien und Demokratien gleichermaßen verfolgen? Wenn Künstliche Intelligenz oder jeder andere technologische Fortschritt das menschliche Leben sowohl verbessern (zum Beispiel in der Medizin) als auch existenziell bedrohen kann, ist es äußerst schwierig, Wissenschaftlern und Universitäten irgendeine praktische moralische Anleitung für den Austausch mit autokratischen Systemen an die Hand zu geben.

Und nicht nur das: Wenn liberale Länder bereit sind, ihre eigenen liberalen Werte im Namen des

wirtschaftlichen und geopolitischen Wachstums oder auch nur für den wissenschaftlichen Fortschritt zu riskieren, warum sollten Universitäten es ihnen dann nicht gleichtun?

Eine neue Generation

Ein deutscher Gelehrter, dessen Buch über Konfuzius-Institute eine aufschlussreiche Quelle für diesen Artikel war, hat die akademische Welt vor vier Jahren verlassen und arbeitet jetzt als Manager in der Unternehmenskommunikation bei Porsche. Auf meine E-Mail mit der Bitte um ein Interview antwortete er: „Es wäre ziemlich kompliziert, von meinem Arbeitgeber die Erlaubnis zu erhalten, über ein Thema zu sprechen, das nichts mit meiner aktuellen Tätigkeit zu tun hat."

Es ist in der Tat kompliziert, kritisch über China zu sprechen, wenn man in der Automobilindustrie arbeitet. Schließlich handelt es sich um eine Industrie, die die Öffentlichkeit gelegentlich gern damit erschreckt, dass „Deutschland ganz anders aussehen würde", sollte es China den Rücken kehren, um es mit den Worten von Ex-Volkswagen-Chef Herbert Diess vom Juni 2021 zu sagen (Audi hat fragwürdigerweise sein eigenes internes Konfuzius-Institut unter der Leitung von Peter Augsdörfer, Professor an der Technischen Hochschule Ingolstadt, die öffentliche Fördergelder erhält). Und in der Tat würden Deutschland und Israel in einem solchen Fall wohl ganz anders aussehen: Beide wären viel näher an dem liberalen Bild, das sie weltweit zu vermitteln versuchen.

Liberale Staaten haben oft wechselnde Ideale, wenn es um Redefreiheit und die akademische Unabhängigkeit geht. Um ihre eigenen demokratischen Glaubenssätze zu untergaben, brauchen sie oft nicht einmal die Hilfe Chinas oder anderer Autokratien. Es war kein chinesischer Parteichef, der die freie Presse als „den wahren Volksfeind" bezeichnete, sondern der 45. Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump. Kürzlich hob der Oberste Gerichtshof Israels einstimmig die Entscheidung des ehemaligen Bildungsministers Yoav Gallant auf, der verhindert hatte, dass der wichtigste Exzellenzpreis Israels („Israel-Preis") an Oded Goldreich, Informatiker und Professor am israelischen Weizmann-Institut, verliehen wurde, weil dieser angeblich „Boykotte gegen Israel" unterstütze.

„Auch Israel wendet Zensur an, manchmal sogar noch effektiver", sagte mir Jonathan Elkobi, der am Konfuzius-Institut an der Hebräischen Universität Jerusalem studiert hat. „Das Konfuzius-Institut in Jerusalem ist keine Forschungseinrichtung, sondern eine Sprach- und Kultureinrichtung. Ganz im Unterschied zu KIs in Afrika, wo neue Arbeitskräfte ausgebildet werden. Das Ausmaß der Zensur hängt also ganz von der Natur des jeweiligen Instituts ab. Meinen Professoren kam es seltsam vor, dass ich mein Studium nicht in China fortsetzen wollte. In der jüngeren Vergangenheit konnten nur wenige Akademiker nach China einreisen, so dass ein Großteil der Literatur über China aus der Außenperspektive verfasst wurde. Heute, durch Twitter und andere soziale Netzwerke, kann ich dasselbe tun, ohne mich den Einschränkungen vor Ort aussetzen zu müssen", erzählte er mir von seinen Zukunftsplänen.

Die Entfernung ist ein wirksames Mittel, um dem langen Arm Chinas zu entgehen; das aber ist von nur begrenzter Wirksamkeit, da die Daten, die man aus China erhält, vorsichtig formuliert, nicht immer genau sind. Nichtsdestotrotz macht sich die nächste Generation von Sinologen bereits Gedanken über die immensen Kosten der Abhängigkeit von China. Vielleicht ist es an der Zeit, ihnen Gehör zu schenken, bevor sie in einer neuen Tätigkeit für immer verstummen, die viel lukrativer ist und weniger moralische Probleme mit sich bringt. •

Aus dem Englischen von John-William Boer

Roy Zunder
ist ein in Berlin lebender israelischer Sozialwissenschaftler und Journalist. Zuvor hat er seinen Bachelor- und Masterabschluss in Kunstgeschichte und Anthropologie an der Universität Tel Aviv absolviert. Seit 2020 schreibt er für die israelische Zeitung *Haaretz* über Kunst, Kultur und Geschichte.

Die Wege des Xi Jinping

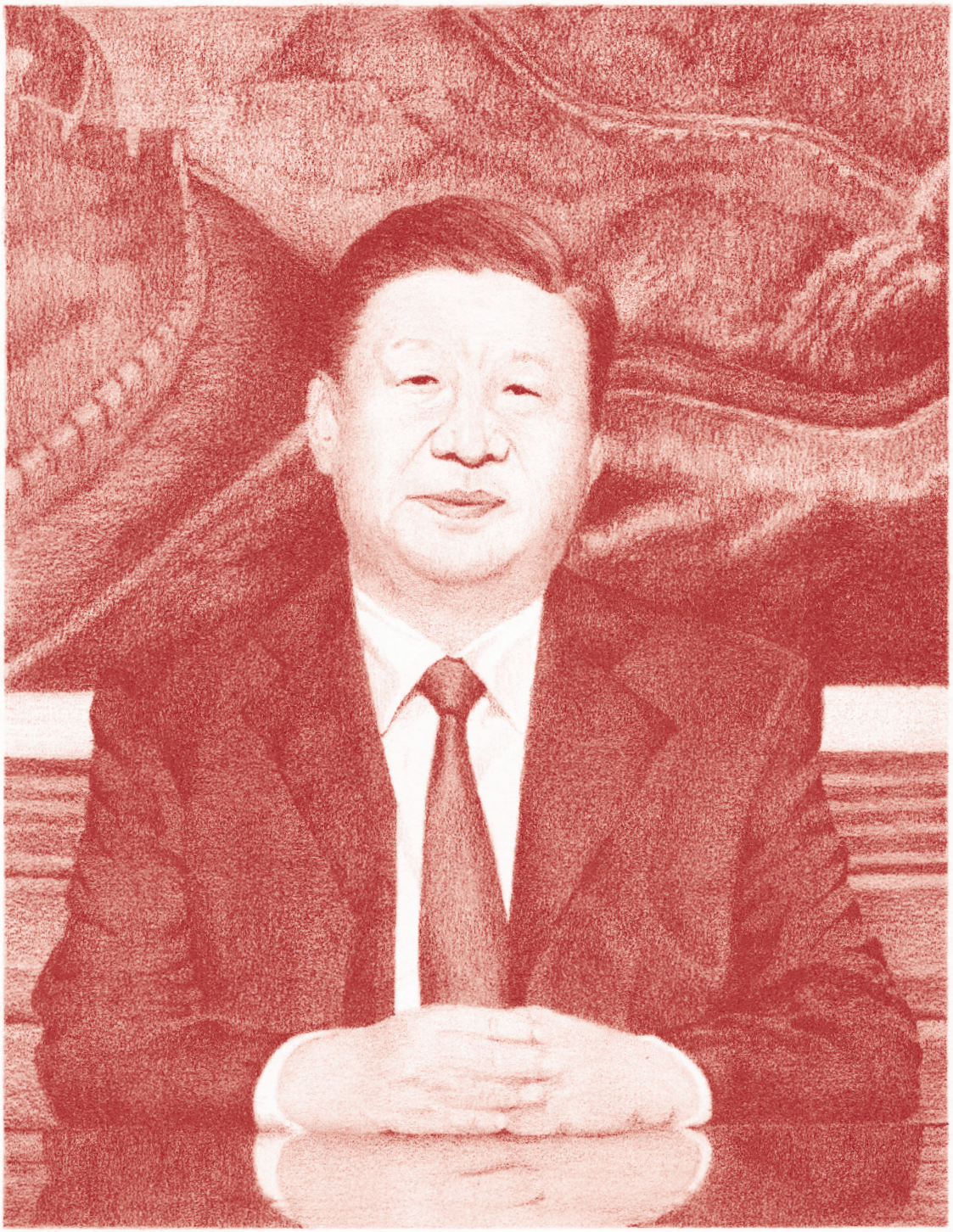
Eine Analyse der rationalen Grundlagen der Belt and Road Initiative im Nahen Osten

Von Benaya Cherlow

Xi Jinping ist einer der einflussreichsten Staatsführer der Welt. Seit seinem Amtsantritt hat der Präsident der Volksrepublik das internationale Ansehen Chinas vielfach gestärkt, unter anderem mit Blick auf die chinesische Wirtschaft, die Handelsbeziehungen und die finanziellen wie infrastrukturellen Investitionen in Entwicklungsländer mit besonderem Schwerpunkt auf Afrika und dem Nahen Osten.

Die Belt and Road Initiative (BRI) folgt als ein strategisch-wirtschaftliches Projekt Xis Vision, Chinas Stellung zu festigen und seine Interessen zu fördern. Die BRI soll Afrika und Europa mit Asien verbinden und gleichzeitig ein strategisches Netz aus kulturellen, staatlichen, Handels- und Investitionsverbindungen zwischen Staaten und Städten schaffen. China, das sich jahrzehntelang abgeschottet hat, begibt sich immer mehr auf die internationale Bühne. Doch strebt Xi dabei nach globalem Einfluss und einer Führungsrolle, um eine polarisierte Welt mitgestalten und den USA die Stirn bieten zu können? Oder profitiert China nicht gerade von dem Supermachtstatus der USA und kann seine Bemühungen so auf die Stärkung der eigenen Sicherheit und des regionalen Einflusses konzentrieren, um sich mit seinen Infrastrukturprojekten eine Überlegenheit gegenüber seinen Nachbarstaaten zu sichern?

Chinas Einfluss auf den Nahen Osten und insbesondere auf Israel als wichtigen Bestandteil der BRI bildet zusammen mit seiner Abhängigkeit vom iranischen Erdöl eine strategische Gemengelage,



die auch Auswirkungen auf die nukleare Bedrohung in der Region hat. Darüber hinaus herrscht auf chinesischer Seite eine gewisse kommunikative Ambiguität, was den Umfang des Projekts, sein Management und seine Ziele angeht.

Die BRI – ein neuer Marshallplan?

Eine Schlüsselfrage ist die nach der Konzeption der BRI. Wie sieht Xi Jinping ihre Reichweite und was ist seine Motivation? Ist die BRI das Äquivalent zum amerikanischen Marshallplan in Europa, mit dem die USA nach dem Zweiten Weltkrieg die dortige Infrastruktur entwickelten und die Wirtschaft stabilisierten? Oder handelt es sich um eine Neuauflage der alten Seidenstraße, die in den Texten Marco Polos aus dem 13. Jahrhundert beschrieben wird, also um ein Netz für den Transport und den Austausch von Waren und Wissen zwischen dem Westen und China? Ist Xi von einer beispiellosen politischen Ambition getrieben, die es China ermöglichen wird, weltweit diplomatischen und politischen Einfluss auszuüben und die US-amerikanische Hegemonie herauszufordern?

Wie es scheint, ist Xis Investitionspolitik im Rahmen der Belt and Road Initiative zwar rational begründet und folgt wirtschaftlichen Präferenzen. Trotzdem herrscht unter Fachleuten Unsicherheit über die Entscheidungsfindung hinter dem Projekt. Gerade wegen der unzureichenden politischen Transparenz in China bleibt unklar, ob eine einzelne Person beziehungsweise Xi die Entscheidungen trifft oder eine Gruppe von Spitzenfunktionären der Kommunistischen Partei. Xis Entscheidungen könnten also auch Mitgliedern der Partei zugeschrieben werden.

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht die Frage nach Xis Entscheidungsmustern vor dem Hintergrund einer angenommenen „Belagerungsmentalität“, insbesondere im Zusammenhang mit den Investitionsentscheidungen im Rahmen der BRI, die er in seiner Amtszeit als Präsident getroffen hat; später gilt das Augenmerk des Textes der Frage, ob Xi eher risikofreudig oder -scheu ist, wenn es um Investitionen in dieses Projekt geht.

Der vorliegende Text geht von der Annahme aus, dass das Framing eines Vorhabens wie der BRI tatsächliche Entscheidungen beeinflusst – und dass Xi im Rahmen der „Belagerungsmentalität“ zwischen Risikobereitschaft und -aversion schwankt. Denn wer sich ständig mental unter Druck gesetzt fühlt („Ich gegen die ganze Welt“), der neigt dazu, das Risiko zu suchen. Wer sich von Anfang an in einer vorteilhaften Situation wiederfindet, neigt dazu, risikoscheu zu sein, um seine Position noch weiter zu verbessern. Dieser Text vermittelt Einblicke in das Framing der BRI und will zeigen, dass Xis und Chinas Risikobereitschaft von außen manipuliert werden können. Anhand spezifischer Fälle wird gezeigt, wie Xi

Xi Jinpings Entscheidungen haben erhebliche Auswirkungen auf das politische Gesamtgefüge im Nahen Osten und namentlich auf Israel.

seine Präferenzen unter dem Mantel einer „Belagerungsmentalität“ geändert hat und wie er sich mal für das Risiko und mal dagegen entschieden hat, um seine Ziele zu erreichen.

Relevant ist das vor allem, um Xis Entscheidungsprozess im Rahmen der BRI zu entschlüsseln und so ebenfalls Schlussfolgerungen für seine allgemeineren Handlungen abzuleiten. Denn jede von Xis Entscheidungen hat erhebliche Auswirkungen auch auf das politische Gefüge im gesamten Nahen Osten, auf die Beziehungen zwischen den benachbarten Großmächten und insbesondere auf das Verhältnis zwischen Iran und Israel.

Chinas Politik gegenüber den Ländern, die an der BRI beteiligt sind, hat drei Hauptstränge: den wirtschaftlichen und ressourcenbezogenen, den geostrategischen und den politisch-religiösen. Als größter Brennstoffimporteur Asiens hat China im Nahen Osten und in Afrika einen reichen Quell an wertvollen Ressourcen wie Öl, Gas und anderen Industrieprodukten und Rohstoffen aufgetan. Mit dieser Art der geografisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit könnte China in Zukunft weitere wirtschaftliche und finanzielle Potenziale erschließen. Bereits heute hat China sein Einflusspotenzial in der Region unter Beweis gestellt und bestimmt das geopolitische Geschehen maßgeblich mit. Die chinesische Kontrolle über Ressourcen, Handels- und Transportwege wird dem Land in Zukunft noch weitreichendere Vorteile verschaffen.

China „hilft“ scheinbar ohne Bedingungen

Ein entscheidender Vorteil Chinas gegenüber anderen Mächten, die versuchen, im Nahen Osten Einfluss zu nehmen, besteht darin, dass die politische und wirtschaftliche Unterstützung der USA traditionell mit gewissen Bedingungen verbunden ist. Hilfe wird hier meist nur unter dem Vorbehalt geleistet, dass westliche Standards eingehalten und demokratische Werte gelebt werden. China wiederum verlangt keine solchen Garantien. Damit ermöglicht Peking es den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas, finanzielle Unterstützung anzunehmen, ohne die eigene Kultur und Regierungsweise aufs Spiel zu setzen. Im Gegenzug hat China die Möglichkeit, sich in diesen Regionen auf Kosten des Westens zu etablieren. Es ist kaum eine Überraschung, dass sich viele Länder für China als Partner entscheiden und dessen globaler Einfluss so weiter zunimmt.

Verschiedene Belagerungsmentalitäten

Die sogenannte Belagerungsmentalität ist ein Konzept, das das kollektive soziale Gefühl beschreibt, ständig von Menschen mit anderen Weltanschauungen angegriffen zu werden. Diesen wird unterstellt, dem entsprechenden Land oder der Gesellschaft gezielt schaden zu wollen. Die Belagerungsmentalität ist in diesem Sinne also das kollektive Gefühl einer Gesellschaft, die in dem Glauben lebt, dass sich die ganze Welt gegen sie verschworen hat. Diese Mentalität führt zu einem Schutzreflex beziehungsweise zum Zwang, sich gegen diejenigen verteidigen zu müssen, die angeblich die eigene Lebensweise zerstören wollen. China findet sich in einer solchen Mentalität auch wegen einer alten chinesischen Philosophie wieder, nach der die Welt aus den Söhnen des Lichts einerseits und den Söhnen der Finsternis andererseits besteht. In dieser Denkweise besteht der Rest der Welt aus den Söhnen der Finsternis, denen China etwas von seinem Licht abgeben muss.

Im jüdischen Volk herrschte schon vor der Gründung des Staates Israel eine Belagerungsmentalität: angefangen bei den alttestamentarischen Erzählungen über die Verfolgungen der Juden über die mittelalterlichen Geschichten der Vertreibungen aus England und Spanien bis hin zu den Pogromen in Osteuropa und dem Holocaust. All dies hat das Wesen der Juden als Volk und später den Staat Israel geprägt. Und selbst mit der Gründung des Staates Israel, der den Juden erstmals ihre Souveränität und Unabhängigkeit gewährte, hörten die Ausrottungs- und Vertreibungsversuche nicht auf. Wie der Unabhängigkeitskrieg von 1948, der Sechs-Tage-Krieg von 1967, der Jom-Kippur-Krieg von 1973 und andere Konflikte zeigen, ist Israel noch immer ständig bedroht. Die iranische Bedrohung, die seit etwa einem Jahrzehnt über

Israel schwebt, verstärkt diese Bedrohung noch weiter. Eine zusätzliche Ebene sind der wachsende Antisemitismus und die Kritik an Israel durch internationale Institutionen. Israel ist vor diesem Hintergrund in der Vergangenheit einige militärische Risiken eingegangen, etwa im Irak, in Syrien und im Iran.

Seit die Ajatollahs die Macht in Teheran übernommen haben, herrscht auch dort eine Belagerungsmentalität. Nach ihrer Machtübernahme riefen die Ajatollahs den Boykott des Westens und der USA aus. Heute behauptet die iranische Regierung, dass insbesondere die USA auf einen Aufstand im Land drängen, um Machtpositionen zu besetzen und ausnutzen zu können. Im Westen wurde der Iran als Teil der „Achse des Bösen" gesehen, Israel und die USA werden in Teheran auf ganz ähnliche Weise wahrgenommen. Der Iran, der sich selbst zum größten Rivalen des Westens im Nahen Osten gemacht hat, sieht die ganze Welt als seinen Feind an und unterstellt anderen Staaten, Revolutionen anzuzetteln und die iranische Regierung von innen heraus stürzen zu wollen.

In der Folge werden die Beispiele Israel und Iran mit Blick auf die BRI vorgestellt, um aufzuzeigen, was es mit der Belagerungsmentalität und dem strategischen Dreieck China–Israel–Iran auf sich hat. Zudem wird anhand dieser Beispiele veranschaulicht, wie Xi Jinpings Entscheidungsfindung beeinflusst werden könnte.

Herausragende Rolle der Häfen

Mittelmeerhäfen, darunter auch die israelischen Häfen Haifa und Ashdod, spielen in der Planung der Seewege von Chinas BRI eine wichtige Rolle. Denn über diese Knotenpunkte kann China Waren aus Asien über den Suez-Kanal zu den nächstgelegenen europäischen Häfen verschiffen. Chinesischen Quellen zufolge wurde der Hafen von Haifa deshalb schon früh in den israelischen Teil des Infrastrukturprojekts einbezogen. Im Jahr 2015 erhielt das in Schanghai ansässige internationale Hafenbetriebs- und -managementkonglomerat SIPG, das sich in chinesischem Staatsbesitz befindet, den Zuschlag für den Betrieb des Hafens HaMifratz in der Nähe von Haifa. Genauso wie der Hafen von Athen ist auch dieser Hafen ein strategischer Punkt, weil er für China den Mittelmeerraum – mit seinen europäischen Häfen und amerikanischen Truppenstützpunkten – erschließt. 2020 hat Peking den Zuschlag für den weiteren Betrieb des Hafens bis 2046 erhalten.

Dass sich der Hafen von Haifa in chinesischer Hand befindet, kann für Israel jedoch eine strategische Herausforderung darstellen, da die USA die chinesische Präsenz in Israel offenkundig nicht gutheißen. Außerdem steht zu befürchten, dass China durch seine Präsenz in der Region nachrichtendienstliche Informationen sammeln könnte. Mit amerikanischer Unterstützung wird Israel deshalb jeden chinesischen Versuch abwehren, die amerikanische Präsenz im Land zu untergraben, während die USA Israel ihrerseits dazu zwingen könnten, die chinesische Kontrolle des HaMifratz-Hafens zu untergraben.

Einmal mehr stellt sich deshalb die Frage, ob China die Belt and Road Initiative nutzt, um den Einfluss der USA einzudämmen. Aus realpolitischer Sicht könnte es für Israel sinnvoll sein, seine Allianzen zugunsten einer der Supermächte zu verschieben und dieser das volle Vertrauen auszusprechen. In jedem Fall birgt die chinesische Präsenz in Haifa ein hohes Risiko.

Beeinflussung des Handlungsrahmens

Xi Jinping mag das Risiko, das mit dem Projekt verbunden ist, und investiert in den Hafen. Entscheidungsträger in Israel diskutieren nicht zuletzt deshalb längst darüber, wie sie chinesische und amerikanische Entscheidungen beeinflussen können. Insbesondere für den Fall, dass die USA beschließen sollten, in dieser Angelegenheit gegen israelische Interessen zu handeln. Die Beeinflussung chinesischer Entscheidungen und Prioritäten könnte vor diesem Hintergrund ein wichtiger strategischer Ansatz für die israelische Sicherheitspolitik sein.

Um Xis Entscheidung zu beeinflussen, muss sein Handlungsrahmen verändert werden. Aufgrund seiner Belagerungsmentalität hat Xi

beschlossen, das Risiko zu suchen und in Israel zu investieren, um Chinas Position in der Region zu stärken. Israel ist deshalb zwischen seiner chinesischen und seiner US-amerikanischen Kooperation gefangen und muss einen Weg finden, nicht unter die Räder der Supermächte zu geraten.

Hinzu kommt die nukleare Bedrohung durch den Iran, aufgrund derer Israel an die USA als Schutzmacht gebunden ist. Gleichzeitig ist nicht ausgeschlossen, dass auch China – durch seine Verbindungen in den Iran und mit seinen Verstrickungen in das iranische Atomprogramm – die geopolitische Lage zugunsten Israels beeinflussen könnte.

Der Iran ist für Chinas Belt and Road Initiative ein wichtiger Partner, da das Land den Nahen Osten und das Mittelmeer mit seinen vielen europäischen Häfen verbindet.

Um diesen äußerst schwierigen Spagat zu meistern, könnte Israel einerseits versuchen, durch Soft-Power-Ansätze weitere chinesische Investitionen in den Hafen von Haifa zu verhindern und so die amerikanischen Interessen zu schützen. Andererseits könnte man China erlauben, mehr Geld zu investieren, solange Peking das iranische Atomprogramm vereitelt. Da jedoch klar ist, dass die USA in Bezug auf die chinesische Präsenz in Israel keine Kompromisse eingehen werden und China aufgrund des strategischen Dreiecks mit dem Iran für Israel wichtig ist, scheinen solche Strategien kaum zielführend.

Gemeinsame Unternehmensgründung?

Eine Art goldener Weg könnte derweil in einem ganz anderen und weitaus innovativeren Vorschlag liegen: in der Gründung eines halb israelischen, halb chinesischen Unternehmens.

Dieses würde einerseits volle Transparenz für die amerikanische Seite schaffen und publik machen, was China kauft und warum. Für China wäre es wiederum die Möglichkeit, chinesische Technologie zu verkaufen und seine Interessen in Israel weiter voranzutreiben. Israel könnte auf diese Weise auch mehr über die Motive Chinas erfahren und so wiederum Pluspunkte in Washington sammeln.

Gleichzeitig hätte man China als Partner gegen das iranische Atomprogramm gewonnen und Peking im Gegenzug seine Wünsche erfüllt. Auf diese Weise könnte China seinen Handel mit dem Iran wie gewohnt fortsetzen, während es mit Israel Technologien handeln würde. Die Vereinigten Staaten würden in diesem Fall kein Hindernis darstellen, da das israelisch-chinesische Unternehmen völlig transparent wäre und den USA die Möglichkeit gäbe, die gehandelten Technologien und deren Verwendung zu überprüfen.

Diese Alternative würde zwar kein perfektes Gleichgewicht zwischen dem Iran und Israel in Bezug auf ihre Zusammenarbeit mit China herstellen, nicht zuletzt, weil Peking iranischen Ölfässern wohl stets den Vorzug vor israelischer Technologie geben würde. Aber dieser alternative Weg würde es China ermöglichen, beides zu kaufen und gleichzeitig Israel zu unterstützen, indem es das iranische Atomprogramm vereitelt.

Diese Beeinflussung der Rahmenbedingungen würde sich wiederum auch auf Xi Jinpings Belagerungsmentalität auswirken, indem es ihm ein Gefühl der relativen Sicherheit vermittelt. China hätte so einen Punkt erreicht, an dem es sich gut positioniert fühlt und nicht bereit ist, Risiken einzugehen, die seine Lage verschlechtern könnten. Die Zusammenarbeit mit Israel und dem Iran wären gesichert und ein Konflikt mit den USA vermieden.

Die Rolle des Iran

Der Iran ist innerhalb der Belt and Road Initiative ein strategisch wichtiger Partner, da das Land den Nahen Osten und das Mittelmeer mit seinen vielen europäischen Häfen verbindet. Darüber hinaus ist der Iran für China ein wichtiger Bezugsposten für Öl und Energie. Für den Iran ist China wiederum ein wichtiger Geldgeber, der das Land aus der Wirtschaftskrise herausgeführt hat und der die von den USA verhängten Sanktionen abfedern konnte.

Im März 2021 unterzeichneten der Iran und China ein auf 25 Jahre angelegtes Kooperationsabkommen (auch „umfassende strategische Partnerschaft“ genannt), das eine langfristige wirtschaftliche, sicherheitspolitische und strategische Partnerschaft zwischen den beiden Staaten vorsieht. Nicht zuletzt geht es bei dem Abkommen darum, die iranischen Erdölexporte nach China zu sichern und im Gegenzug die technologische, militärische und entwicklungsbezogene Unterstützung Chinas festzuschreiben. China erhält also Zugang zu wertvollen Ressourcen wie Öl und Gas sowie zu See- und Handelsrouten und der Iran umfassende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Unterstützung.

Die Beweggründe der Gegenseite zu verstehen, ermöglicht uns, die Schritte eines Rivalen zu beeinflussen, ohne dabei auf Hard Power zurückgreifen zu müssen. Dieser Ansatz ähnelt einem Kugelstoßpendel, bei dem eine Kugel indirekt eine andere antreibt.

Es scheint in Chinas Interesse zu liegen, im Iran zu investieren. Um Einfluss auf Chinas Entscheidungsfindung im Iran zu nehmen, muss also gleichsam der Rahmen beeinflusst werden. Gefangen in einer Belagerungsmentalität würde China das Risiko einer Investition im Iran trotz der damit verbundenen Gefahren – wie einem potenziellen Konflikt mit dem Westen und der Instabilität im Nahen Osten – wohl eingehen wollen.

Deshalb ist es notwendig, China eine Alternative anzubieten. Würden die USA und Israel etwa Saudi-Arabien dazu drängen, speziell in Energiefragen engere Beziehungen zu China zu knüpfen, würde der Iran für Peking langfristig an strategischer Bedeutung verlieren.

Diese Manipulation des Rahmens würde Xi Jinpings Position stärken und seine Risikokalkulation wohl auch nachhaltig verändern. In diesem Fall würden Investitionen im Iran ein Energieabkommen mit Saudi-Arabien gefährden. Gleichzeitig könnte dieser alternative Weg auch die chinesische Unterstützung für das iranische Atomprojekt verringern und die Kräfteverhältnisse innerhalb des Dreiecks Israel–China–Iran zugunsten Israels verschieben.

Schlussfolgerung

In diesem Text wurde die Entscheidungsfindung Xi Jinpings als Teil seiner Belagerungsmentalität untersucht, insbesondere im Hinblick auf die chinesische Investitionspolitik im Rahmen der Belt and Road Initiative und deren Auswirkungen auf die Staaten Israel und Iran.

Untersucht wurde die Annahme, dass Xi innerhalb des relevanten Handlungsrahmens eine rationale Entscheidung auf der Grundlage von Risikobereitschaft und -vermeidung treffen würde. In Bezug auf die beiden Fälle Israel und Iran – also zweier Staaten mit unterschiedlichen Regierungssystemen, unterschiedlicher Wirtschaftsleistung und unterschiedlicher strategischer Bedeutung für China – scheint Xi innerhalb seines derzeitigen Handlungsrahmens rational gehandelt zu haben. Es kann angenommen werden, dass sich das Verständnis einer Belagerungsmentalität direkt auf Xis rationale Entscheidungsfindung auswirkt. Ein Umstand, der es den wirtschaftlichen, geopolitischen und internationalen Rivalen Chinas ermöglicht, Xis Politik zu beeinflussen.

Dieser Ansatz ähnelt dem Verhalten eines Kugelstoßpendels, bei dem eine Kugel andere antreibt, ohne eine direkte Kraft auf sie auszuüben. Allein die Beeinflussung des Rahmens, der Xis Verhalten bestimmt, kann seine Entscheidungen verändern.

Diese Schlussfolgerung bietet einen neuen Blickwinkel auf die Welt der Außenpolitik und auf das geopolitische Gleichgewicht. Die Beweggründe der Gegenseite zu verstehen, ermöglicht uns, die Schritte eines Rivalen zu beeinflussen, ohne dabei auf Hard Power zurückgreifen zu müssen. Mit seinem aggressiven strategischen Plan baut Xi Jinping ein weit verzweigtes, eng gesponnenes Netz wirtschaftlicher, kommerzieller und staatlicher Beziehungen auf, dessen Ziel noch immer nicht vollends klar ist. Es wird daher in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein, den riesigen chinesischen Drachen zu beeinflussen, ohne ihn direkt zu konfrontieren. •

Aus dem Englischen von Kai Schnier

Benaya Cherlow
ist Bachelorstudent im Honor Track Program für Strategie und Entscheidungsfindung an der Reichman Universität in Herzliya. In seinem Studium spezialisiert er sich auf die israelisch-chinesischen Beziehungen und nimmt derzeit an einem Praktikumsprogramm am INSS-Institut teil. Neben seinem Studium arbeitet er als Juniorberater in einer strategischen Beratungsfirma. Benaya engagiert sich auch als Sprecher der Studierendenvereinigung an der Reichman Universität.

Sylke-Tempel-Fellowship

Im Gedenken an Dr. Sylke Tempel (1963 – 2017) hat das Kuratorium der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum das Sylke-Tempel-Fellowship-Programm eingerichtet, das jährlich gemeinsam mit Partnerorganisationen umgesetzt wird.

Im Rahmen dieses Programms vergibt die Stiftung Forschungs- und Recherchestipendien an junge Expert*innen, die an relevanten außen- und gesellschaftspolitischen Themen in Israel und in Deutschland arbeiten. Das Programm richtet sich insbesondere an Journalist*innen, Autor*innen, Podcaster*innen und andere Medienschaffende am Beginn ihrer beruflichen Karriere. Die Arbeitsergebnisse werden unter Einbindung weiterer Expert*innen in geschlossenen Workshops diskutiert sowie auf Konferenzen öffentlich vorgestellt und publiziert.

Seit 2020 steht das Sylke-Tempel-Fellowship-Programm unter der Schirmherrschaft von Sigmar Gabriel, ehemaliger Bundesaußenminister und Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Seit 2021 unterstützt die ehemalige israelische Außenministerin Tzipi Livni das Programm.

stiftung deutsch-israelisches zukunftsforum עתיד zukunft

AJC Berlin Ramer Institute

THE EUROPA INSTITUTE

ELNET

Das Magazin für globales Denken IP

WIIS.de Women in International Security Deutschland e.V.

ATLANTIK-BRÜCKE

Das Sylke-Tempel-Fellowship-Programm 2022 steht unter der Schirmherrschaft von Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.

TZIPI LIVNI kam 2021 als zweite Schirmherrin zum Sylke-Tempel-Fellowship-Programm. Livni war Außenministerin Israels und bekleidete zahlreiche andere hochrangige Funktionen; 2019 hat sie sich aus der aktiven Politik zurückgezogen.

Dr. Sylke Tempel (1963–2017) war von 2008 an Chefredakteurin der *IP*. Sie kam am 5. Oktober 2017 bei einem tragischen Unfall in Berlin ums Leben. Das Fellowship-Programm soll mit ihrem Namen an Leben und Werk dieser herausragenden Journalistin, Autorin, Publizistin und Mentorin erinnern, ebenso ein jährlich ausgelobter und prämierter Essaypreis.

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Alina-Sophie Ober,
Lisa Marie Rumpf

Layout
Thorsten Kirchhoff

Illustrationen
Jaime Antonio Brehme Rojas

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP
Dr. Thomas Enders, Präsident
Rolf Nikel, Vizepräsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika
Dr. Thomas Bagger
Carsten Berger
Joanna Klever, Junge DGAP
Geraldine Schroeder
Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Dr. Guntram Wolff, Direktor
Martin Bialecki, Chefredakteur
Dr. Monika Lüke, COO

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Druckerei
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16 | 49074 Osnabrück

Pressevertrieb
IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
mehrmals jährlich

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studierendenabonnement	73,00 €
Studierendenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP erreichen Sie uns unter:**
IP Abonnentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?
Die Mitgliederbetreuung, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:
DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung / Dr. Steffen Zorn
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 205
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
zorn@dgap.org

Bildnachweis
S.5: Atlantik-Brücke e.V. | Maurice Weiss; S.29: Nimrod Saunders; S.45 oben: Dorina Milas; unten: School of Transnational Governance | Elena Annabel Teagno

Redaktionsschluss: 18. Oktober 2022
www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/11834-2201-1007

Sylke Tempel
FELLOWSHIP PROGRAM